

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis pro Nummer 10 Pf.
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Preisliste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 3 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Interions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf. für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (stetig-
 gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere
 Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Insetate für
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 5. März 1904.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Heimarbeit und ihre gesetzliche Regelung.

III.

Staatshilfe und Selbsthilfe.

In allen Ländern mit ausgeprägter kapitalistischer Produktionsweise findet sich Heimarbeit mit ihren, für Produzenten und Konsumenten gefährlichen Begleiterscheinungen. Aber nur wenige haben daraus die selbstverständliche Konsequenz gezogen, durch gesetzliche Maßnahmen dagegen einzuschreiten. Deutschland, dessen soziale Gesetzgebung sich nach der Meinung vieler Leute viel zu rasch entwickelt, ist nach dieser Richtung hin ganz besonders weit zurückgeblieben; die vorgeschrittenste Gesetzgebung weisen außereuropäische Länder, einige Staaten Nordamerikas und vor allem Australien auf. Dabei ist natürlich nicht außer acht zu lassen, daß es in den Ländern mit einer verhältnismäßig jungen Kultur, mit fehlender Tradition und geringerer Bevölkerungsdichte, die zur Folge hat, daß die Hausindustrie einen fast ausschließlich städtischen Charakter annimmt, viel leichter ist, mit gesetzgeberischen Mitteln erfolgreich einzugreifen, als in alten Kulturländern. Das darf aber keinen Vorwand bieten, um die Hände überhaupt in den Schoß zu legen und den Wert der uns von jenseits des großen Wassers gegebenen Beispiele gering anzuschlagen.

Eines geht aus allen bisher gewonnenen Erfahrungen klar hervor: daß es der Ausbreitung einer am Marke des Volkes zehrenden sozialen Krankheit Vorbehalt leisten heißt, wenn die Gesetzgebung die Schranken der Familie für unantastbar hält. Die Unterstellung aller Heimarbeiter und aller hausindustriellen Betriebe — der kleinen, wie der großen, der gelegentlichen, wie der ständigen, der Familienwerkstätten, wie der der Zwischenmeister —, unter die Gesetzgebung ist daher die Voraussetzung für ihren Erfolg. Ihr Ziel aber kann nur das sein, die allmähliche Einschränkung und endliche Auflösung einer Betriebsform herbeizuführen, die allein auf Grund einer schrankenlosen Ausbeutung der Arbeiter existenzfähig ist. Die zu gleicher Zeit notwendige Einwirkung der Gesetzgebung auf die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Heimarbeiter wirkt demzufolge ebenfalls hemmend auf die Ausbreitung der Hausindustrie.

Der fundamentale Unterschied zwischen der Arbeiterschutzgesetzgebung im allgemeinen und der Heimarbeiterschutzgesetzgebung im Besonderen, ist der, daß während die eine die Existenzberechtigung der Betriebsform voraussetzt und nur innerhalb dieser die Arbeitsbedingungen der Arbeiter zu sichern und zu bessern sucht, die andere mit der Verbesserung der Arbeitsbedingungen die Betriebsform selbst notwendig zersprengt. Eine rein mechanische Übertragung der Bestimmungen der Gewerbeordnung auf die Heimarbeiter muß daher wirkungslos bleiben, und von einer wirksamen Bekämpfung der Hausindustrie kann nur dann die Rede sein, wenn eine Reihe von gesetzlichen Bestimmungen ineinander greifen, für die der Rahmen der Gewerbeordnung teilweise zu eng ist.

Das zeigt sich schon bei der Betrachtung der wichtigsten Forderung in Bezug auf die Heimarbeit: der Trennung von Werkstatt und Wohnung und der Festsetzung bestimmter Vorschriften für die Hygiene der Werkstatt. Es liegt auf der Hand, daß eine solche Bestimmung lediglich totor Buchstabe bleiben würde, wenn nicht einerseits eine möglichst große Zahl von Personen für ihre Durchführung verantwortlich gemacht wird, und andererseits eine ausreichende Aufsicht über die Betriebe der Hausindustrie vorhanden ist. Zunächst muß nicht nur der die Heimarbeiter beschäftigende Unternehmer, wie das in England und Nordamerika teilweise der Fall ist, für den Zustand der Werkstatt der von ihm beschäftigten Heimarbeiter haftbar gemacht werden, sondern auch der Hausbesitzer, respektive Vermieter der vom Heimarbeiter benutzten Wohnung. Um aber die gesetzlichen Anforderungen an Wohnungen und Werkstätten überhaupt erst setzen zu können, bedarf es einer besonderen, ganz neu zu schaffenden Wohnungsgesetzgebung und einer daraus resultierenden allgemeinen Wohnungsaufsicht, — einer Gesetzgebung also, die sich in die Gewerbeordnung nicht einzwängen läßt.

Eine Verengung der Werkstätten ist auch nur unter dieser Voraussetzung denkbar. Denn wenn die Pflicht, den zu benutzenden Raum vor seiner Inanspruchnahme anzuzeigen, dem Vermieter und Hausbesitzer wie dem Heimarbeiter auferlegt werden muß, so muß doch auch bei dem großen Umfang der Heimarbeit eine besondere Behörde geschaffen werden, die der Aufgabe der Untersuchung und Erlaubniserteilung gewachsen ist. In einigen Staaten Nordamerikas und Australiens haben sich diese Bestimmungen bewährt, sie müßten aber gerade bei uns, wo die Heimarbeit eine so weit verzweigte und schwer erreichbare ist, durch die Vorschrift ergänzt und unterstützt werden, daß die Unternehmer, wie es in England zum Teil geschieht, eine Liste der von ihnen beschäftigten Heimarbeiter führen und sie regelmäßig dem Inspektorat vorlegen müssen. Auch die weitere Vorschrift, ansteckende Krankheiten anzuzeigen, Wohnungen und Werkstätten zu desinfizieren, Waren, wenn notwendig, zu vernichten, kann nur dann ihren Zweck erfüllen, wenn nicht nur der Unternehmer mit der Verantwortung und allein die Kosten dafür trägt, sondern wenn auch eine Wohnungsinpektion vorhanden ist.

Sollen weiterhin solche Forderungen, die für die Fabrikarbeiter bereits zu Recht bestehen, in der Heimarbeit durchgeführt werden, — es sei nur an die Bestimmungen zu Gunsten der Frauen und Kinder, an Sonntagsruhe, Lohnbücher, Arbeitsordnungen und dergleichen mehr erinnert, — so reicht der Etat unserer sowieso schon überlasteten Gewerbe-Aufsichtsbeamten bei weitem nicht aus, eine auch nur annähernd ausreichende Aufsicht zu gewährleisten. Ein eigenes Inspektorat für die Hausindustrie müßte geschaffen werden. Aber

auch dann darf man sich nicht verhehlen, daß eine große Zahl von Paragraphen, besonders die den Wächnerinnenschutz und die Arbeitszeit betreffenden, grobenteils nichts sind als nur Paragraphen. Der vollkommene Schutz der Heimarbeit ist eben unmöglich, daher ist der größte Nachdruck auf jene Forderungen zu legen, die sie beseitigen helfen. Dazu gehört die von der Sozialdemokratie längst geforderte Ausdehnung der Arbeiterversicherung auf alle Heimarbeiter mit dem Zusatz, daß der Unternehmer, der durch ihre Beschäftigung Ersparnisse macht, zu höherer Beitragsleistung verpflichtet wird, als er für Fabrik- und Betriebswerkstattarbeiter zu zahlen hat. Wenn ihm die Heimarbeit ebensoviel kostet und größere Unbequemlichkeiten auferlegt als die Beschäftigung der Arbeiter in eignen Werkstätten, so wird er bald diese, die überdies bessere Arbeitsleistungen sichern, vorziehen.

Leider aber würde dem Unternehmertum, selbst bei genauester Handhabung der Gesetze, immer noch ein Ausweg bleiben, um durch niedrigste Betriebsunkosten seinen Profit zu vergrößern: das Land. Hier ist eine Aufsicht, die der Übertragung der Gesetze wirklich hindernd in den Weg treten kann, nichts mehr als eine utopische Vorstellung. Darum muß hier auf andre Weise dem Ausbeutungsbedürfnis der Boden entzogen werden und zwar durch eine zielbewusste, energisch durchgeführte Verkehrspolitik. Jede neue Bahnverbindung in abgelegene ländliche Gegenden unterstützt die Tendenz der Großindustrie, sich aus der Stadt mit ihren enormen Grundstückspreisen zu flüchten, und jede neue Fabrik auf dem Lande entzieht die Heimarbeiter ihrer bisherigen Arbeitsweise. Mögen Naturchwärmer eine solche Entwicklung beklagen und als eine Verunstaltung der Gegend brandmarken, vom Standpunkte der Sozialreform wirkt die Gefährdung des Volkes durch die Heimarbeit verunstaltender auf das Land, und jeder Fabrikstein in den Bezirken der Hausindustrie ist für sie ein erfreuliches Zeichen des Fortschritts.

Die Heimarbeit zu unterdrücken, dazu müssen aber vor allem die öffentlichen Verwaltungen, die skandalöserweise nicht von selbst die Verpflichtung fühlen es zu tun, gezwungen werden. Die Militär- und Marineverwaltung, die Eisenbahn, die Post und ebenso die städtischen Verwaltungen unterstützen heute geradezu die Ausbreitung der Heimarbeit, indem sie auf dem Wege der Subvention diejenigen Unternehmer beschäftigen, die das niedrigste Angebot machen, also die schlechtesten Löhne zahlen, was gleichbedeutend ist mit der Beschäftigung von Heimarbeitern. Sie sollten statt dessen alle Arbeiten nur in Betriebswerkstätten und unter menschenwürdigen Arbeitsbedingungen herstellen lassen, um dadurch mit dem guten Beispiel voranzugehen, wie England es längst getan hat.

Nicht übersehen wollen wir aber auch eine gesetzliche Bestimmung, die in Neuseeland und Victoria vom größten Erfolg begleitet worden ist: die der Festsetzung von gesetzlichen Mindestlöhnen für bestimmte Kategorien der Hausindustrie. Sowohl auf Antrag von Arbeiter- oder Unternehmerorganisationen, als durch direktes Eingreifen der zuständigen Behörden werden Lohnkommissionen, zur Hälfte aus Arbeitern, zur Hälfte aus Unternehmern bestehend, eingesetzt, und die von ihnen normierten Lohnsätze erhalten Gesetzeskraft. Ihre Übertragung wird durch außerordentlich strenge Strafen gesichert. Uns scheint, daß für die Heimarbeiter, besonders für bestimmte Kategorien sehr schlecht entlohnter und sozial tiefliegender, bei denen auf lange Zeit hinaus auf Selbsthilfe in Bezug auf Lohnfestsetzungen gar nicht zu denken ist, dieser Weg zu ihrer wirtschaftlichen Hebung gangbar gemacht werden sollte. Auch er führt schließlich, wie jeder, der zu besseren Löhnen leitet, zur Unterdrückung der Heimarbeit.

Die Erörterung dieser Frage, der man ohne Voreingenommenheit gegenüber treten sollte, führt zu der Frage, inwieweit die Selbsthilfe überhaupt für die Heimarbeiter in Betracht kommen kann. Es bedarf für uns keiner weiteren Erläuterung, daß schlecht entlohnte, in unbegrenzter langer Arbeitszeit sich abrackende, vereinzelt lebende Arbeiter so gut wie organisationsunfähig sind. Manche großstädtische Hausindustrielle mögen eine Ausnahme dieser Regel bilden; für die Allgemeinheit gilt sie und ihre Folge ist, daß die Heimarbeiter ihren Kollegen in Fabrik und Betriebswerkstatt nicht nur eine gefährliche Schmutzkontaminierung machen, sondern daß sie auch aus eigener Kraft nicht im Stande sind, bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Man darf sich deshalb die Mühe, sie so viel als möglich zu organisieren, nicht verweigern lassen, aber mit noch größerem Nachdruck muß man auf der Durchführung von gesetzlichen Vorschriften bestehen, die schließlich allein im Stande sind, die Heimarbeiter aus Stumpfsinn und Verblendung herauszureißen.

In einer Beziehung freilich könnte die Selbsthilfe mit einiger Aussicht auf Erfolg einsehen: Schweizer, österreichische und dänische Arbeiterorganisationen haben es unternommen für die Heimarbeiter ihrer Branche, teils aus eignen Mitteln, teils mit Unterstützung von Gemeinden und Handelskammern, Centralwerkstätten einzurichten, in denen der einzelne für sehr wenig Geld einen Platz mieten kann. Gerade die Gemeinden und städtischen Verwaltungen, die an der Gesundheit der Bürger aufs lebhafteste interessiert sind, sollten eventuell unter Heranziehung der Unternehmer zu den Kosten, Bestrebungen dieser Art unterstützen, ebenso könnten die Mittel der Alters- und Invaliditätsversicherungs-Anstalten, die zum Bau von Arbeiterwohnungen zur Verfügung stehen, auch zur Einrichtung von Werkstätten in Anspruch genommen werden.

Wir haben nur allgemeine Gesichtspunkte für eine Heimarbeiterschutzgesetzgebung aufstellen und einige Anregungen geben können, ebenso wie wir die Schäden der Heimarbeit nur in großen Zügen zu schildern vermochten.

Der bevorstehende Heimarbeiterschutz-Kongress, den einzuberufen das Verdienst der Generalkommission der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands war, wird sich in weitgehendster Nähe mit alledem zu beschäftigen haben. In der richtigen

Erkenntnis davon, daß auch die bürgerliche Gesellschaft ein lebhaftes Interesse an der Bekämpfung der Schäden der Heimarbeit haben muß, hat die Generalkommission Vertreter aller Richtungen zur Teilnahme an dem Kongress eingeladen und es steht zu hoffen, daß die gemeinsame Arbeit trotz der tiefgehenden Unterschiede der Weltanschauungen dazu führen wird, bestimmte Forderungen an die Gesetzgebung aufzustellen. Vor allem aber wird der Kongress in höchstem Maße agitatorisch wirken, indem er Wilder des Glends entfällt, Folgen der unbeschränkten Ausbeutung aufdeckt, angeht, deren ein jeder gerecht Denkende sich schämen wird, mit Worten wie „Kulturstaat“, „christliche Weltordnung“, „klassisches Land der Sozialreform“ um sich zu werfen, solange sie ungehindert fortbestehen.

Es giebt eine Sage von einem Mann, der einen am Wege liegenden Schwerverwundeten damit tröstete, daß in der nächsten Stadt eine Salbe zu haben sei, die unvertunbar mache. Die Sozialdemokraten gleichen, trotz aller gegnerischen Behauptungen, nicht diesem Mann. Sie werden, wie stets, so auch in Bezug auf die Heimarbeiter, die Arznei zu verschaffen suchen, die Erleichterung bringen kann, aber sie werden zugleich wissen, daß sie nicht gesund macht. Wohl ist die soziale Reform für sie ein erstrebenswertes Ziel, aber zugleich ein Mittel zu höheren Zielen, das gilt besonders von der Heimarbeiterschutzgesetzgebung: durch sie wird den Waffen der Heimarbeiter, die heute physisch und geistig in Glend und Stumpfsinn schmachten, erst die Bahn geöffnet werden, die zur Erkenntnis der eignen Lage und schließlich zum Kampf gegen eine Gesellschaftsform führen muß, die sich auf dem Prinzip der Ausbeutung vieler zu Gunsten weniger aufbaut.

Vom Kriegsschauplatz.

London, 4. März. „Daily Chronicle“ wird aus Tokio von gestern gemeldet: Es verlautet, daß 1500 Russen den Tumenfluß bei Dorchong überschritten und von den Amtsbureaus des Bezirks Besitz ergriffen haben. Sie verwendeten naturisierte Koreaner als Spione. Nintschwang, 4. März. (Melbung des Reiterischen Bureau.) Die russisch-chinesische Bank hat ihre Vorbereitungen, nach Mukden zu gehen, abgeschlossen. Frauen und Kinder verteilen sich auf ein Verlassen des Orts vor in der Annahme, daß die japanische Flotte, sobald der Fluß in ungefähr 14 Tagen eisfrei wird, zu erwarten ist. Angesichts der Unmöglichkeit, die Küste hier zu verteidigen, bis die Bitterung den Bau von Gräben und Befestigungen gestattet, sind die Russen darauf vorbereitet, sich auf die Haupt-Eisenbahnlinie zurückzuziehen und sich darauf zu beschränken, im Innern des Landes einen Vorstoß der Japaner durch ein Gefecht aufzuhalten. Es verlautet, daß die Absicht vorliegt, die schwer zu verteidigende Ebene westlich von Tschchi-Kian wenn möglich zu halten wegen der Eisenbahn, die Mukden mit Port Arthur verbindet, und daß die Linke Hai-tschong-Linien die äußerste Grenze des Juridweichens sein solle. Es scheint indes, daß wegen der exponierten Lage der Eisenbahn an diesem Punkt und des fast sicheren Erscheinens der Japaner, ehe die Bitterung das Anlegen von Verteidigungswerken gestattet, die Russen ganz darauf gefaßt sind, daß Port Arthur abgeschnitten und belagert wird.

Fünf russische Torpedoboote, zwei aus Suex in Port Said eingetroffen. Die drei Torpedoboote, welche sich im Mitteländischen Meere aufgehalten hatten, haben, durch einen Sturm stark beschädigt, den Hafen in Port Said angeliefert, aber den Befehl erhalten, den Hafen zu verlassen. Man wird ihnen das Laden von Kohlen verweigern. Ein andres russisches Torpedoboot hat im Suexkanal einen Zusammenstoß mit einem ägyptischen Zolllutter gehabt und denselben zum Sinken gebracht, nachdem es die Mannschaft gerettet hatte. Es verlautet, daß der Kanal auf mindestens 24 Stunden gesperrt sein wird.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 4. März.

Schlechthießende Königstreue.

Der Anfang der Militärdebatte im Reichstage brachte am Freitag ein neues Schlagwort, dessen Ursprung der neue Kriegsminister Herr v. Einem ist. Es ist das wunderbare Ideal eines guten Soldaten, das Herr v. Einem feierte: Lieber ein Soldat mit königstreuer Gesinnung, der schlecht schießt, als ein guter Soldat, der zwar äußerlich vortrefflich ist, dem aber statt eines königstreuen, christlichen Herzens ein sozialdemokratisch aufgellarter Kopf eigenständig ist. Das Junterwort, daß die dümmsten Arbeiter die besten seien, findet damit eine weitere Variation. Auch die dümmsten Soldaten sind die besten, nicht einmal gute Schützen brauchen sie zu sein; denn die Befahr, daß die Intelligenz sozialdemokratisch macht, ist höher einzuschätzen, als die höchste soldatische Tüchtigkeit. Nach dieser Anschauung muß es ein unermeßliches Glück für die Sicherheit des Vaterlandes sein, daß das Ideal des Kriegsministers nicht erreicht wird, und daß es auch gute sozialdemokratische Schützen in der Armee giebt, statt brave Seelen, die zwar am Ziel vorbei treffen, aber königstreue Traktaten mit Eifer, wenn auch langsam zu buchstabieren verstehen! Warum aber Herr v. Einem die guten sozialdemokratischen Schützen für gefährlich hält, hat er nicht verstanden. Auch er wird nicht glauben, daß sie gegen den äußeren Feind verlagen, und so muß er wohl die königstreue Gesinnung deshalb über alles stellen, weil er in der Armee nicht in erster Linie ein Instrument zum Schutze des Vaterlandes sieht.

Das Geständnis des Kriegsministers beleuchtet den Seelenzustand der herrschenden Klassen. In ihrer Angst vor der Sozialdemokratie opfern sie alles: Lieber eine Armee von Dummköpfen, lieber eine Nation von Lumpen als Männer, die den klaren Blick der Sozialdemokraten haben. Es ist das Geständnis, daß die Kultur

unauffhaltsam zum Socialismus drängt, und daß nur die geistige und moralische Barbarei ein Bollwerk gegen diese notwendige Bewegung sein kann. Also das Lob der Dummheit, also das Lob der moralischen Inferiorität im Gewande guter Gesinnung — in jedem Zuge die Logik der Dunkelmänner!

Nachdem Herr Müller-Kulda vom Centrum in einigen Worten die Stellung des Centrums bis auf weiteres dahin festgelegt hatte, daß es gegen jedes Unikumquam oder Septennat sei — weil der Reichstag ja doch alles bewilligen werde — gab Webel eine Kritik des herrschenden militärischen Systems, die in alle Winkel hineinleuchtete und auch die modischen Besonderheiten würdigte. Das Kapitel der Soldatenmishandlungen streifte Webel nur, da es im Zusammenhang mit der eingebrachten Resolution für sich diskutiert werden soll.

Herr v. Einem verfuhr die Antwort. Seine sonst nicht unsympathische, schlichte Art verfuhr gegenüber der socialdemokratischen Wahrheit und Gründlichkeit vollständig. Auch seine Königstreue bewährte sich darin, daß er vorbei schoß. Seine Rede fiel sich in den wunderlichsten Verwicklungen. Der vielfach geteilten Meinung, daß das jetzige Militärsystem nach Jena führe, begegnete er mit einer historischen Entdeckung ersten Ranges. Der Kriegsminister teilte nämlich zur Ehrenrettung der Jena-Armee dem verblüfften Hause mit, daß das preussische Heer bei Jena sich durchaus ehrenvoll geschlagen habe, und daß der Zusammenbruch des Staates nicht etwa durch die korrupte, feige und faule Junkerwirtschaft herbeigeführt sei, sondern durch den — Kosmopolitismus. Also haben Lessing, Goethe, Schiller, Kant und wie diese Kosmopoliten heißen mögen, Jena vorbereitet! Auf heille Einzelfragen, die Webel an den Kriegsminister gerichtet, antwortete Herr v. Einem ihm sei nichts bekannt. Er hätte sich aber zu behaupten, es sei nicht wahr. Denn der Kriegsminister gehört nicht dem Militärkabinet an und braucht deshalb nicht zu wissen, ob eine Kabinettsorder gegen die schriftstellernden Offiziere a. D. erlassen worden ist, auch nicht, ob der Erbprinz von Meiningen wegen seines Erkasses gegen die Soldatenmishandlungen strafbefördert worden sei. Auffällig war sein Verhalten gegenüber dem von Webel kurz erwähnten Roman des Herrn v. Vaudislin über die „erstaunlichen Menschen“. Als Webel davon sprach, ertönte ihm der konservative Zwischenruf: Er — nämlich der Verfasser, sei ein Lump! — Herr v. Einem aber hüpfte über das Thema mit der rätselhaften Bemerkung hinweg: Sofern die Socialdemokraten wirklich glauben, daß das Offiziercorps so korrupt sei, wie es in dem Roman dargestellt werde, dann seien sie Philister, wie Revolutionäre, wenn sie damit nicht aufträmen. Wie? Will Herr v. Einem, sofern die Wahrheit der Schilderungen etwa nach Forbächer Muster festgestellt werden sollte, dann etwa der Socialdemokratie das Recht geben, gewaltiam dies System zu beseitigen? Oder was meinte Herr v. Einem sonst?

Ja, was meinte er überhaupt? Was meinte er damit, daß die Socialdemokratie, die jahrelang ganz allein gegenüber allen Ableugnungen mit zäher Energie die Soldatenmishandlungen bekämpft hat, schuld an diesen Abscheulichkeiten sei?

Herr Müller-Meinungen führte dann die Debatte auf das Gebiet militärischer Neuheiten, auf die Kammerraketen, die Braunen Handschuhe und die ägypten Weiselofer der Lieutenanten. Hier erwies sich Herr v. Einem in seiner Antwort geistig gewachsen, und der bairische Militärbevollmächtigte Herr v. Endres, der sich der Gunst des ganzen Hauses erfreut, plauderte mit dem freisinnigen Rivalen des geistreichen Reichstagslanglers auf eine recht ammutige und zierliche Art.

Eine Meyer-Rakaldebate über die Vouillon-Quelle schloß den ersten Tag des Militär-Erats, dessen Beratung Sonnabend fortgesetzt wird.

Preussisches Abgeordnetenhause.

Im Abgeordnetenhause begann am Freitag die zweite Lesung des Etats der Eisenbahnverwaltung. Vor Eintritt in die Generaldebatte gab der Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben die Erklärung ab, daß eine Sekundärbahn-Vorlage in dieser Session noch bestimmt zu erwarten sei.

Die Debatte drehte sich zunächst um die Frage der Personentarife. Die Abgg. Dr. Wiemer (fr. Wp.) und Genossen hatten ihren alljährlich wiederkehrenden, aber stets abgelehnten Antrag von neuem eingebracht, der eine Reform der Personentarife in der Richtung wünscht, daß unter Aufhebung der Rückfahrkarten die Preise für die einfache Fahrt auf die Hälfte der Preise der jetzigen Rückfahrkarten festgesetzt werden. Ein hierzu vortragendes Amendement Camp (fl.) fordert gleichfalls eine Reform der Personentarife, und zwar sollen unter Aufhebung der Rückfahrkarten die Preise für die einfache Fahrt nur in Personentarifen auf die Hälfte der Preise der jetzigen Rückfahrkarten festgesetzt, für Schnellzüge dagegen entsprechende Zuschläge eingeführt werden. Der Antrag bedeutet also keine Verkehrs-erleichterung, sondern eine wesentliche Erhöhung des Verkehrs.

Nach unbedeutender Debatte, aus der höchstens die Rede des Abg. Dr. Römel (fr. Wp.) erwähnt zu werden verdient, der namentlich mit Rücksicht auf die Wohnungsnot eine Erweiterung des Vorortverkehrs verlangte, gingen beide Anträge an die Budgetkommission.

Die sich hieran anschließende Diskussion über die Gütertarife wurde abgebrochen und auf Sonnabend verlag.

Herrenhaus.

Das Herrenhaus hat am Freitag das Wildschaden-Gesetz nach unwesentlicher Debatte in der Kommissionsfassung angenommen und einige Petitionen ohne allgemeines Interesse erledigt.

Die nächste Sitzung findet erst nach Ostern statt. Die Herren wollen also vor Ostern weder den Etat beraten, noch auch das verfassungsmäßige Notgesetz verabschieden. In Preußen kann schließlich auch ohne Budget regiert werden.

Ein erstklassiger Mensch!

Was wir gestern voraus sagten, ist heute eingetroffen: Krenberg wurde freigesprochen, da ihm bei Vernehmung seiner bestialischen Bluttat das Bewußtsein derselben gefehlt habe.

Auch wir haben bereits gestern die Ueberzeugung ausgesprochen, daß Krenberg geistig nicht normal sein könne. Aber wir fügten gleich hinzu und betonten diese unsere Auffassung auch heute wieder mit besonderem Nachdruck: Krenberg war nicht verrückt, als 90 Prozenzentigen Mörder, die auf dem Schafot oder im Zuchthaus enden. Denn der unbehaglichen modernen wissenschaftlichen Auffassung, die im Verbrecher den Entarteten sieht, hat sich unsere Strafrechtswissenschaft angepaßt, sie erblickt in dem geistig minderwertigen Verbrecher nicht einen Ungläubigen, der mit Rücksicht auf die Gesellschaft durch Internierung in einer Irrenanstalt unschädlich gemacht werden muß, sondern das reichende Tier, das zertreten werden muß. Die billigste Art der Unschädlichmachung ist ja die Hinrichtung, etwas kostspieliger ist schon das Zuchthaus, das aber immerhin noch weit wohlfeiler ist, als das Irrenhaus!

Deshalb gilt für unsere kapitalistische Strafrechtswissenschaft die Theorie von der Entartung des Verbrechers nicht; erst wenn der Wahnsinn des Verbrechers auch dem Laien ins Auge springt, zieht man den Psychiater zu Rate.

Wäre der Mörder Krenberg kein Prinz gewesen, sein Körper hätte längst anatomischen Studienzwecken gedient, bestenfalls wäre er im Zuchthause langsam vermodert. So aber ruhten seine einflußreichen Sippen nicht eher, bis das Wiederaufnahme-Verfahren durchgeführt war, bis durch Feigen und Sachverständige der notorische Irrensin des Prinzen Mörder festgestellt wurde. Jetzt siedelt Krenberg aus dem Gefängnis in eine Nervenklinik über. Und — da das Gutachten der Psychiater nicht unheilbaren und gemeingefährlichen Wahnsinn, sondern nur geistige Minderwertigkeit, Schwachsinn für festgestellt erachtet hat — keine Gewalt wird es verhindern, daß nach einiger Zeit der Prinz Mörder auch das Sanatorium wieder mit der goldenen Freiheit verläßt!

Der Mörder des Justizrats Levy, Grobe, der als 16jähriger die Mordthat begangen, schmachtet noch jetzt, nach fünf Jahren im Zuchthause, trotzdem sein schon zur Zeit der Verurteilung zu Tage getretener Irrensin immer deutlicher erkennbar geworden ist! Oder ein anderer Fall, der uns in der Erinnerung geblieben ist: Ein Landproletarier hatte auf Anstiften eines alten schwachsinnigen Weibes für achtzehn Mark einen Greis erdrosselt und die That so bloßsinnig plump angefangen, daß er sofort erdetzt werden mußte. Der Mörder war ein überaus stumpfsinniger Mensch, er benahm sich nach seiner Verhaftung wie ein Irrensiniger, aber er wurde geköpft. Sicherlich war auch er ein „Entarteter“, ein „Schwachsinniger“, der wie ein Tier Menschenblut vergossen hatte — er wurde trotzdem zum Tode verurteilt. Wir erheben damit keinerlei individuelle Anklage, wir charakterisieren nur das System. Auch im Fall Krenberg wurde der Justizmord ja nur verübt durch — die Vergnügung!

Wir zweifeln nicht daran, daß Krenberg den Typus des Entarteten, den typischen Verbrecher verkörperte. Aber andererseits sei denn doch hervorgehoben, daß Krenberg dadurch, daß er sich herauszulösen, daß er anfangs seinen persönlichen Anteil an dem schauerlichen Mord zu vertuschen suchte — man vergleiche den ausführlichen Verhandlungsbericht in unserer heutigen Nummer — doch genügend Anhaltspunkte für die Annahme bot, daß er sich der Ungehörigkeit und Unverantwortlichkeit seiner That direkt nach deren Begehung wohl bewußt war. Daß er später, als er in Anklagezustand versetzt war, den Unbehagungen spielte und seine That als patriotisches Verdien in darstellte, beweist demgegenüber gar nichts! Auch seine Reue, seine Tobsuchtsanfalle (Verbrecher nichtprinzlicher Abkunft, die während der Haft den „wilden Mann“ markieren, werden gewöhnlich in den Keller gesperrt!), seine Tierqualereien beweisen an und für sich sehr wenig, da jeder zum Mörder gewordene Zuhälter solche Irrensin-Symptome in Masse nachzuweisen im Stande sein wird! Bei einem Zuhälter aber wird man solche Exzesse gerade als straferscharfend in Betracht ziehen! Der Prozeß Krenberg beweist also geradezu als Schulfall die Unhaltbarkeit und Inkonsequenz unserer heutigen Strafrechtspflege!

Aber ferner: Wie war es möglich, daß ein geborener Verbrecher, ein Wahnsinniger viele Jahre lang Offizier, und gar Offizier in unserer Schutztruppe sein konnte?

Die Ausrede, daß man von der Verbrechermatur des entarteten Prinzen keine Ahnung gehabt habe, kann man nicht anwenden. Im Gegenteil: man wußte, daß Krenberg an Tollkruft litt! Das bezeugt klar und deutlich das Gutachten des wissenschaftlichen Senats der Kaiser-Wilhelm-Akademie, in dem es heißt, daß man schon in seinem Garnisonort Münster eine Katastrophe befürchtet habe.

Das bezeugt klar und deutlich das Gutachten des General-Arzt Dr. Gerter, daß Krenbergs Umgebung ihn in allen Phasen seines Lebens für anormal gehalten habe. In Dutzenden von Fällen habe er Untergebene mishandelt. Einmal sogar habe er einen Kameraden — also einen Offizier! — der ihn habe beruhigen wollen, derart an die Wand geworfen, daß dieser es nur dem Zufall zu verdanken habe, daß er mit dem Leben davon gekommen sei!

Man wußte also, daß man es mit einem zu jeder Gewaltthat fähigen Irrensinigen zu thun hatte und that doch nicht das geringste, um diesen gemeingefährlichen Kranken unschädlich zu machen; man ließ es im Gegenteil zu, daß er in die verantwortungsvollste Stellung eintrat, die sich denken läßt, in den Kolonialdienst. Diese Ungehörigkeit wird keine Rabulistik jemals aus der Geschichte unsres Militarismus, unsrer Kolonialpolitik tilgen können!

Der neue Humorist des Reichstags, Herr v. Einem, forderte auch heute wieder die Notwendigkeit der unbedingten Disziplin. Die Disziplin war es, die den Reiter Lieberger zwang, den Mordbefehl seines notorisch verrückten Vorgesetzten auszuführen und einen notorisch unschuldigen Menschen in barbarischer Weise abzuschlachten! Angesichts dieser Ungehörigkeit war es noch ein Wunder, daß der Reiter Stoll sowohl wie Lieberger sich weigerten, auch noch den weiteren Mordbefehl, die Angehörigen Gains heimlich zu meucheln, zur Ausführung zu bringen!

Ein furchtbares Schlaglicht auf unsre kolonialen Zustände wirft auch die Behandlung des Lieutenanten Betwin, daß Krenberg durchaus korrekt gehandelt haben würde, wenn er wirklich die Werts als „feindlich“ habe ansehen können. Wenn das der „Rechtszustand“ in unsren Kolonien ist, dann stellen die Inquisition und die Gegenprozesse noch ideale Rechtsgarantien dar!

Was werden die wahren Angeklagten, unsre Strafrechtswissenschaft, unser Militarismus und unser Kolonialsystem auf die furchtbaren Anschuldigungen dieses Prozesses zu erwidern haben?!

Deutsches Reich.

Preussentrecht kontra Reichsrecht.

In dem Reducell Vodbiecki-Koscielski hat der preussische Landwirtschaftsminister Neuerungen gethan, aus denen hervorgeht, daß er sich auf der Annahmehemweg von reichsrechtlichen Gedanken nicht vor den Bauch stoßen lassen wollte. Jetzt bringt der „Reichs-Anzeiger“ den offiziellen Wortlaut dieser höchst interessanten landwirtschaftsministerlichen Rechtsausführungen. Herr v. Vodbiecki sagte wörtlich:

Meine Herren! Die Regierung ist allein dazu verpflichtet, ihre Würde wahrzunehmen und wird sie wahrnehmen. Sie muß unweigerlich, wie nun einmal der Kampf in den Ostmarken entstanden ist, diesen Kampf bis zum letzten Moment durchführen. Und in einem solchen Kampfe kann man nicht über das A und O entscheiden, ob hier ein kleines Titelchen verkehrt, ob dort etwa zu viel weggenommen wird. Es wäre einfach ein Selbsthinausgeben, wenn man nicht alle Mittel in seiner Hand vereinigte, um sich den Sieg in den deutschen Ostmarken zu sichern. (Sehr wahr!)

Aus dieser Auffassung kann man allerdings alles machen. Wer sich um die Verletzung kleiner Titelchen nicht kümmert, der ist principell für den reaktionären Staatsstreik ebenso reif wie für den „gewaltthätigen Umsturz“.

Was der Insurrektionsgeneral a. D. proklamiert, ist in der That nichts anderes als der Umsturz des Reichsrechts wie der preussischen Verfassung durch preussische Gewalt.

Die „Germania“ ist das erste unter den deutschen bürgerlichen Blättern, das dieses Rezept ein wenig gefährlich findet. Unfren Ausführungen über die vierfache Rechts- und doppelte Verfassungs-widrigkeit des neuen antipolnischen Ansetzungsgegesetzes tritt sie heute in vollem Umfange bei, womit sie sich allerdings den Dank der oberflächlichen Centrums-Gatistisen Koppcher Richtung schwerlich verdienen wird. Der Artikel des „Vorwärts“, meint sie, sei, mag derselbe auch an Uebertreibungen leiden, ein ernstes Warnungssignal für alle, welche nicht blindlings auf eine abschüssige Bahn sich begeben wollen.

Herr v. Hammerstein hat ferner im preussischen Herrenhaus sich schließend zu dieser Ausrede geäußert:

Er (Herr v. Hammerstein) hat zunächst gemeint, daß § 15b, der ja hauptsächlich sich um den polnischen Besitz dreht, mit der preussischen und der Reichsverfassung im Widerspruch stehe, und hat sich bezogen auf den Satz der preussischen Verfassung: Alle Preußen sind vor dem Gesetz gleich. Ja, meine Herren, dieser § 15b richtet sich ja gerade so gegen die Deutschen in den polnischen Provinzen, die dort ihren Besitz parzellieren und der Tätigkeit der Ansetzungscommission direkt oder indirekt entgegenwirken wollen, wie gegen die Polen; sie sind beide vor dem Gesetz vollständig gleich. Es würde vielmehr eine Ungleichheit vor dem Gesetz sein, wenn wir hier ein die Polen besonders begünstigendes Gesetz vorlegten. Und was das Reichsindigenat betrifft, nach dem die Bürger aller Staaten des Deutschen Reiches das Recht haben, in jedem Staat sich niederzulassen, sich aufzuhalten, Güter zu erwerben usw., das wird auch keinem Deutschen in Polen verwehrt.

Eine viel offenerherzigere Auskunft, als diese gequälte Verlegenheitsrede sie giebt, liefert eine Zuschrift, die der konservative „Reichsbote“ aus Polen erhält. Da heißt es nämlich:

Wenn die neue sogenannte AnsetzungsVorlage wird jetzt von polnischer Seite Sturm gelaufen. Man sucht den deutschen Besitzern einzureden, daß die Annahme der Vorlage den Grundbesitz entwertet werden und hofft so, mit Hilfe der Konservativen die Vorlage zu Fall zu bringen. Solche Besorgnisse sind natürlich ganz grundlos, denn die Aufteilung des Grundbesitzes bezw. ein Besitzwechsel wird ja nur verhindert, soweit Polen als Käufer in Frage kommen.

Das sind doch offenkundige Widersprüche, und wer den Gesetzentwurf und dessen Begründung kennt, weiß, daß die Wahrheit bei dem polnischen Berichterstatter des „Reichsboten“ steht. Vergebens versucht der Polizeiminister die „kleinen Titelchen“, die nicht stimmen, zu verschleiern. Die Wahrheit ist am Tage, und ihr Licht ist so grell, daß sie scheinbar selbst das preussische Justizministerium, trotz seiner dunklen Brillen, vor ihm verfiel.

Depeschewechsel. An den Chinesen Choufu, Gouverneur der Provinz Schantung, richtete Wilhelm II. anlässlich der Vollendung der Eisenbahn bis Tsinanua eine Glückwunschsdepesche, auf die der Chinese als geborener Meisterdiplomant u. a. erwiderte:

„Ich hoffe fest, daß die Freundschaft zwischen Deutschen und Chinesen immer andauern und noch inniger werden wird, und daß deutsche und chinesische Kaufleute immer einträchtig zusammen wirken werden; ich will mit allen Kräften helfen und trachten, daß sich Eurer Majestät Hoffnungen erfüllen. In der Provinz Schantung ist alles friedlich. Ich wünsche Eurer Majestät Gesundheit und langes Leben. Choufu, Gouverneur von Schantung.“

Vor dreieinhalb Jahren forderte Wilhelm II. die nach China ziehenden Soldaten auf, dafür zu sorgen, daß auf tausend Jahre hinaus kein Chinese es wage, einen Deutschen schein anzugehen.

Es ist indes sehr erfreulich, daß der Draht zwischen Berlin und Schantung so rasch wiederhergestellt wurde.

„Mandelstamm und Silberfarn“ lautete die Tagesordnung einer Antihemitenversammlung, die hier in Berlin am Freitag abgehalten wurde.

Referent Bülow.

Budde will es! Aus Magdeburg meldet uns ein Privattelegramm:

Der preussische Eisenbahnminister Budde hat durch die Betriebsinspektion den Beamten und Arbeitern befohlen, aus dem Konsumverein auszutreten.

So überschlägt sich der Terrorismus und die Staatsflaverei, daß die Beamten und Arbeiter im Reiche Buddes sogar nicht einmal ihre Lebensmittel einkaufen dürfen, wo sie wollen. Der Weg zur formellen Wiedereinführung der Sklaverei ist nicht mehr weit.

Der geheime Kriegsrat. Der Vorstand der „Deutschen Tageszeitung“ funktioniert zwar richtig, aber er geht, wie der einer bekannten Lustspielfigur, „immer fünf Minuten nach“. Heute will sie ihre jedes Mißverständnis ausschließenden Bemerkungen über die Geschäftslage des Reichstags und das Vörsengesetz durchaus nicht als „Androhung einer Obstruktion“ aufgefaßt wissen. Denn:

„Wenn wir mit dem Gedanken umgehen, das Zustandekommen der Novelle durch die Mittel der Obstruktion vielleicht zu verhindern, so würden wir uns peinlich und wohlweislich hüten, das öffentlich zu verhandeln, weil durch die Veröffentlichung des Planes sein Gelingen von vornherein in Frage gestellt werden würde.“

Wie man sieht, thut es der „Deutschen Tageszeitung“ heute aufrichtig leid, daß sie gestern das Gelingen des agrarischen Obstruktionsfeldzuges durch die Veröffentlichung seines Planes in Frage gestellt hat. Und morgen wird sie ganz gewiß einsehen, daß sie heute einen nicht minder argen Schiner begangen hat. Wenn nämlich kein geheimer Kriegsplan besteht, dann giebt es doch nichts, was öffentlich zu verhandeln die überfluge Agrarierin sich „peinlich und wohlweislich hüten“ müßte. Und übermorgen wird sie sich dann vielleicht daran erinnern, daß der Reichstags-Abgeordnete Graf Reventlow schon im Circus Busch die Obstruktion gegen das Vörsengesetz mit herzerfrischer Offenherzigkeit angezündet hat.

Um die Freiheit! Die „Post“ und die „Deutsche Tageszeitung“, die mit diesem Eifer hemüht sind, die Arbeitermassen aus der socialdemokratischen Knechtschaft zu befreien und ihnen die wahre Freiheit Saarabens und Osteliens zu verschaffen, beschäftigen sich wieder mit ein paar ganz frischen Schandthaten. Eine davon ist von dem konservativen Reichstags-Abgeordneten v. Rippenhausen bereits dem schändernden Reichstage mitgeteilt worden. Vier Maurer hatten Ueberarbeit geleistet, die von dem Verbands als Rotarbeit nicht anerkannt wurde, und deshalb wurden sie vor die Wahl gestellt, den Lohn in der Höhe etwa eines Thalers an die Verbandskasse zu erstatten oder aus dem Verbands auszuscheiden. Die „Deutsche Tageszeitung“ meint, sie wüßte nicht, ob dieses Vorgehen als Erpressung angesehen werden könne; sei das aber nicht der Fall, so müsse geschwind ein Gesetz geschaffen werden, um es bestrafen zu können. Die Unternehmer-Partei, die das gleiche System einer Konventionalstrafe eingeführt haben, werden vor Herrn Vertels gesetzgeberischen Plänen zittern. Die „Post“ vergleicht die Lage solcher von einer Konventionalstrafe Bedrohten mit der wehrloser Reisender, denen ein Begleiteter mit vorgehaltenem Revolver entgegentritt, bemerkt aber schließend — wenn auch nicht dem Ausdruck, so doch dem Sinne nach — überaus treffend: „In letzter Linie war natürlich der Unternehmer der Ausgeraubte“, womit gesagt ist, daß die Konventionalstrafe im Interesse der Arbeiterschaft verhängt und erhoben wurde, während bei den Unternehmern in gleichem Maße nicht der einzelne Unternehmer, sondern der Konsument „in letzter Linie natürlich der Ausgeraubte“ ist.

Mit großer Genugthuung wird dagegen das Urteil verzeichnet, durch das sich Köpfer wegen „Erpressung“, begangen am Köpfer Adomeit, zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt worden sind. Wie wir bereits gestern mitteilten, hatte Herr Adomeit sich nach seinem freiwilligen Austritt aus dem Verband dahin geäußert, er hätte schon ein paar nach Pöngessee gebracht, er werde noch den ganzen Verband ins Zuchthaus bringen. Die Kollegen weiterten sich darauf, mit diesem Herrn zusammenzuarbeiten. Die „Deutsche Tageszeitung“ findet solche Abhandlung immer noch nicht ausreichend. Dagegen ist sie natürlich sehr einverstanden mit dem preussischen Gesetzpläne, Arbeitgeber, die kontraktbrüchige Landarbeiter in

Arbeit nähmen, mit Strafe zu belegen, und würde womöglich diese Arbeiter selbst an den Prügelstock schnallen. Das ist nun wieder die Freiheit, die sie meint! —

Die polnische Fraktion und der Zarismus.

Das Schweigen der polnischen Fraktion bei den russischen Episteldebatten im Reichstag und im Landtag hat in den polnischen Arbeiterkreisen einen Sturm von Entrüstung hervorgerufen. Die Erregung wurde noch größer, als man erfuhr, daß nicht eine einfache Rückfälligkeit vorlag — sondern ein direkter Beschluß der polnischen Reichstagsfraktion, in die Debatte nicht einzugreifen. Die Mehrheit der Fraktion stellte sich auf den Standpunkt, man dürfe Rußland nicht reizten, man müsse Vorsicht gegen Rußland üben. Der Beschluß entsprach also der allslawischen — d. h. nach heutigen Umständen der allzarischen — Strömung, die in dieser Fraktion ihr Unwesen treibt und ihren unreaktionären Charakter beweist.

Bei der letzten Reichstagsdebatte über das russische Epistelwesen ergriff nun der Vorsitzende der Fraktion, Fürst Radziwiłł, das Wort — fand aber kein Wort gegen die Russenpolitik der Regierung.

Polnische Blätter teilen nun mit, daß die parlamentarische Kommission der polnischen Fraktion den Beschluß gefaßt hatte, die polnischen Abgeordneten hätten sich bei der Abstimmung über die socialdemokratische Resolution über das Fremdenrecht der Stimme zu enthalten und den Saal zu verlassen.

Diese klägliche Unterwürfigkeit gegenüber dem Zarismus ist ein vollendetes Verrat an dem polnischen Volke, dessen Angehörige unter der preussischen Russenpolitik schwer leiden und dessen größter Teil unter der zarischen Knute leidet. —

Das Centrum und die Handlungsgehilfen.

Die zweite Lesung der Kaufmannsgerichte ist in der Kommission beendet worden und hat nur den einen Vorteil gebracht, daß die Zulassung der Rechtsanwalte abgelehnt wurde. Das passive Wahlrecht der Frauen fiel mit Stimmengleichheit, weil Müller-Reinigen — der bürgerliche Frauenrechtler — zu spät kam. Doch auch das aktive Frauenwahlrecht ist sehr in Gefahr. Das Centrum scheint einen Unfall für das Plenum vorzubereiten, wenigstens ging das aus dem zweideutigen Verhalten Trimbors hervor, der stark betonte, daß ein Teil seiner Freunde gegen das Frauenwahlrecht sei. Uebrigens versuchte das Centrum auch die Zuständigkeit der Kaufmannsgerichte für die Streitigkeiten aus der Konkurrenzkauf — auf die alle beteiligten Kreise größten Wert legen — wieder aus der Vorlage zu entfernen. Der Versuch scheiterte zwar, er wird aber im Plenum erneut gemacht werden. Darum wird alles gethan werden müssen, um diesem jesuitischen Treiben rechtzeitig zu begegnen. —

Majestätsbeleidigender Kriegervereiner.

Wegen Majestätsbeleidigung war das Mitglied des Kriegervereins, Hand Schuhmacher H. Hoppach, vom Landgericht Halberstadt angeklagt. H. sollte in einem öffentlichen Lokal sich äußerst abfällig über Wilhelm II. ausgesprochen, insbesondere ihn anlässlich seiner Krankheit beleidigt haben. Es wurde jedoch festgestellt, daß zwar die Beleidigung eine schwere, daß aber H. hochgradig nervös sei und an dem Tage zudem „viel Bier“ getrunken habe. Kreisarzt Dr. Moritz erklärte den Angeklagten „in diesem Zustande“ für nicht zurechnungsfähig. Das Urteil lautete deshalb auf Freisprechung.

Ministerkrise in Baden. Aus Baden wird uns geschrieben: Die badische Presse ist fast allgemein der Meinung, daß infolge der Vorgänge in der zweiten Kammer die Stellung des Ministers Schenkel erschüttert sei. Wir möchten nicht so leichtgläubig in der Beziehung sein. Ist es auch ein Skandal, daß ein Minister, der die Kammer bewacht getaucht hat, noch den Ministerstuhl zieren darf, so wird man ihn doch jetzt nicht fassen lassen, weil das ein außerordentlich starker Sieg der Socialdemokratie wäre, die den Minister der Unwahrscheinlichkeit überführte. So wird also Herr Schenkel vorerst noch bleiben. Allerdings nicht allzu lange, denn seine Position ist unhaltbar; so wie er zum Angriff übergehen will, wird man ihn an seine That vom 1. März erinnern und damit ist er geschlagen. —

Ausland.

Frankreich.

Prozeß Drechus.

Paris, 4. März. Die Sitzung wurde um die Mittagsstunde wieder eröffnet. Baudouin fährt in seiner Rede über die Geschichte des Prozeßes fort. Er schildert die Mordanschläge, die angeblich zu dem Tode ins Werk gesetzt wurden, die Ehre der Armee zu retten. Ferner unterzieht er die im Prozeße von Rennes gegen Drechus erhobenen Beschuldigungen einer Prüfung und weist die Fünftätigkeit aller aus dem Vorderau gegen Drechus hervorgegangenen Anschuldigungen nach. Die Verhandlung wird sodann vertagt. —

Italien.

Ein neuer Krawall im Militärgefängnis Gaeta. Rom, 1. März. (Eig. Ber.) Erst vor wenigen Monaten ist unter den Militärsträflingen von Gaeta eine Revolte ausgebrochen, der zu einer Reihe schwerer Verurteilungen geführt hat. Wie wir seiner Zeit berichtet haben, wurde gegen die unglücklichen Gefangenen aus Zufallsstrafen von drei bis sieben Jahren erlassen. Ueber die Ursachen der damaligen Unruhen ist nur wenig in die Oeffentlichkeit gedrungen: die Sträflinge sollen durch schlechte Kost, Mithandlung und Ueberarbeit zum Aufruhr getrieben worden sein. Es wurde in der That auch gegen mehrere Vorgesetzte vorgegangen und Disciplinarmassregeln gegen sie getroffen.

Deute liegen nun wieder Nachrichten vor über eine neue Meuterei. Das Lärmen und Schreien der Sträflinge wurde in weiter Entfernung des Gefängnisses gehört. Der Kommandant hat Soldaten zugezogen, die die Strafanstalt umstellten. Die Revolte soll seit 24 Stunden andauern. Genaue Nachrichten sind natürlich nicht zu erlangen.

Wie geht es zu, fragt man sich, daß die Sträflinge von Gaeta, trotz der furchtbaren Strafen, die mehreren der Militärsträflingen drohen, schon wieder zu diesem äußersten Mittel des Aufstuhns greifen? Sind sie nicht Opfer der Willkür und Grausamkeit ihrer Vorgesetzten? Ueber die Zustände in Gaeta wird nächstens ein Fraktionsmitglied unserer Partei den Kriegs- und den Justizministern befragen. —

Parlamentarisches.

In der Budgetkommission des Reichstags schloß die Debatte am Freitag bei dem Titel Garnisonbauwesen ein. Die Verwaltung fordert für eine große neue Kasernenanlage in der Biel bei Kiel zwei Kaserneninspektoren. Dagegen wandten sich mehrere Neben mit großer Entschiedenheit; bei der Marine werde eine nicht zu billige Verschwendung getrieben, es scheine, als ob die Verwaltung immer das Bestreben hätte, die Kosten bis zum Höchstbetrage hinaufzutreiben. Die Forderung der Regierung wurde einstimmig abgelehnt und nur ein Kaserneninspektor bewilligt. Abgestrichen wurde ferner ein Regierungsbaumeister. Dieses Streichkonzert veranlaßte Abg. v. Kardorff zu einem scharfen Vorstoß gegen das Centrum. In selbiger Erinnerung an die schöne Zeit der Volkstümlichkeit wünschte er eine Art von „Antrag Kardorff“ auch für die Kommission, indem er vorschlug, das Centrum solle nur seine Anträge stellen und dann wolle man debattieren darüber abstimmen, denn durch eine Diskussion werde an der Sache nichts geändert. Gegen diese ärgerlichen Worte wandten sich die Abg. Müller-Judva und Noeren. Als dieser sagte: „Wir haben uns noch immer der Verleumdung zugänglich gezeigt“, fuhr Herr v. Kardorff mit einem scharfen „Nein!“ dazwischen. Nach längerer Geschäftsordnungs-Debatte, in die auch Webel mit der Vermehrung eingriff, daß es schon immer die Gewohnheit des Abg. v. Kardorff gewesen sei, die Debatten in der Kommission zu verkürzen, fuhr die

Kommission in den Beratungen fort. Als bei einer der nächsten Positionen der Referent seinen Antrag auf Streichung nach kurzer Debatte zurückzog, schloß sich Herr v. Kardorff durchaus in der Rolle des Siegers.

Bei dem Kapitel Reise-, Marsch- und Frachtkosten stellte der Abg. Dr. Semler den Antrag, die Mehrforderung von ca. 50 000 M. zu streichen. Dr. Semler wies darauf hin, daß in der Stadt Wilhelmshaven eine große Mißstimmung herrsche, weil sich eine förmliche Klage von Offizieren und Beamten nach Kiel bemerkbar mache. Von den zur Nordsee-Station kommandierten Offizieren wohnt eine ganz große Zahl in — Kiel. Das wird erleichtert durch die Bewilligung von hohen Umzugsgeldern auf Grund einer kaiserlichen Kabinetsorder. Ferner wies Dr. Semler darauf hin, daß die großen Marine-Anlagen in Wilhelmshaven nicht nach Gebühr ausgenutzt werden. Dr. Semler meinte, man sei in der Förderung des Genossenschafts-Waarewesens in Wilhelmshaven zu weit gegangen; man habe die Sache auch ohne allen Zusammenhang mit der Stadtbücherei und den höheren Behörden gemacht; es seien auch 100 000 M. Baugelder von der Marineverwaltung hergegeben worden, die man im Etat nicht ermitteln könne. Der Staatssekretär wandte dagegen ein: Die Verwaltung thue alles mögliche, um an den Reisekosten zu sparen. Die Kommandierungen der Offiziere müßten nach rein dienstlichen Gründen vorgenommen und beurteilt werden. Für manche Dienstwege (z. B. das Torpedowesen) sei die Ostsee viel besser geeignet, und deshalb müßten regelmäßig eine Anzahl von Offizieren aus Wilhelmshaven nach der Ostsee abkommandiert werden. Das Geld für die Genossenschaftsbäuer stamme aus der Verstarbeiter-Unterstützungskasse. Abg. Müller-Judva machte darauf aufmerksam, daß der Fonds erst im vorigen Jahre um 150 000 Mark vermindert worden sei. Es würde bei der Marine offenbar außerordentlich viel gereist und verkehrt. Die Marine verfähre auch höchst eigenartig bei der Vergütung von Vierungen, sie schreibe nicht aus, sondern verberge alles unter Ausschluß der Konkurrenz. Dabei würde sehr unwirtschaftlich verfahren; z. B. sei zu einer Fabrik, die für etwa 8000—10 000 M. pro Jahr für die Racine liefere, im Jahre 1902 eine besondere Kommission erschienen, die die Leistungsfähigkeit prüfen wollte. Auf diese Weise werde eine arge Verschwendung getrieben. Wenn gesagt werde, daß bei einer Verfertigung des Fonds einfach die Summe überschritten werde, so sei man das bei der Marine schon gewohnt. Sie gäbe nicht einmal Aufschluß über die Wirkung der Beschlüsse des Reichstags. Darum sei es notwendig, den Reichstagsler in einer Resolution aufzufordern, für größere Sparsamkeit bei den Reisekosten usw. einzutreten und Ueberstreichungen zu verhindern. Der Staatssekretär bestritt, daß verschwendisch gewirtschaftet werde. Abg. v. Kardorff regte eine Aenderung des Dispositivs des Etatartikels an um das zu erreichen, was die Resolution Müller-Judva anspreche. Abg. Dr. Südekum verlangte genauere Auskünfte von der Verwaltung, als bisher gegeben worden seien. Abg. Müller-Judva behauptete, daß in den Schiffsbauanstalten über die Gelder für manche Vergünstigungskreise herrsche. Abg. Herr v. Thünefeld fragte an, ob tatsächlich von den 90 in Wilhelmshaven stationierten Offizieren vom Kapitänlieutenant aufwärts 48 nach Kiel abkommandiert seien.

Der Staatssekretär gab noch einige Aufklärungen über die Grundzüge der Verteilung des Seoffizierscorps auf die beiden Stationen Kiel und Wilhelmshaven; die in Wilhelmshaven dienstthuenden Offiziere müßten natürlich dort wohnen. Der Referent beantragte im Gegensatz zum Antrag Semler den Betrag von 25 000 M. zu streichen. Abg. Semler schloß sich dem Vorschlage des Referenten an.

Die Kommission stimmte dem Antrage des Referenten zu und ebenso der Resolution Müller-Judva.

Einem ganz außerordentlich hohen Betrag hat die Marine im abgelaufenen Jahre wieder für Telegramme und Frachten verbraucht; sie wünscht eine Erhöhung des Titels etwa um die Hälfte des bisherigen Betrages. Der Referent beantragte die Streichung von 100 000 M. Die Verwaltung wandte sich dagegen und songederte im höchsten Maße eine Kürzung des Titels um 74 000 M. Sehr hoch sind die Kosten für Auswechslung von Munition. Der Vorsitzende machte darauf aufmerksam, daß sich später noch Gelegenheit ergebe, die Pulverfrage zu behandeln; ob es nötig sei, sei deshalb zweifelhaft, weil man sich erst im letzten Jahre ausführlich darüber unterhalten habe. Der Staatssekretär gab Auskunft über die zurückgezogene und ausgewechselte Munition.

Von der Regierungsforderung wurden 100 000 M. einstimmig gestrichen.

Bei dem Kapitel Instandhaltung der Flotte und Werften wird eine erhebliche Vermehrung des Betriebspersonals gefordert. Der Referent beantragte eine Streichung im Gesamteffekt von etwa 75 000 M. Zu dem Titel liegt eine Menge von Petitionen verschiedener Kategorien von Werftbeamten vor, die vor dem Beginn der Diskussion vom Korreferenten vorgetragen wurden. Die Verhandlungen wurden darauf bis nächsten Dienstag vertagt. —

Kaufmannsgerichte. Die Kommission beendete am 4. März die zweite Lesung. Zu § 12, der den weiblichen Angestellten das aktive Wahlrecht giebt, erklärte der bayrische Bevollmächtigte Schneider, daß Baden, Bayern, Sachsen und Württemberg im Bundesrat nicht für das Frauen-Wahlrecht stimmen werden. Bundesratsbevollmächtigter Fischer-Sachsen gab die gleiche Erklärung ab. Singer (Soc.): Die Erklärungen können die Mehrheit der Kommission in ihrem richtigen Standpunkte nicht beirren. Die Verleihung des aktiven Wahlrechts an die weiblichen Angestellten sei ein Gebot der Gerechtigkeit und des Anstandes. Selbst Zunungen ziehen Arbeiterinnen zur Befreiung der Schiedsgerichte hinzu. Lipinski (Soc.) wies nach, daß schon im Statut des Schiedsgerichts für Bosen vom 20. Mai 1873 das Wahlrecht allen großjährigen Arbeitern, im Leipziger Statut vom 18. Januar 1877 allen großjährigen Arbeitern ohne Unterschied des Geschlechts das Wahlrecht eingeräumt worden sei. Italien und Oesterreich seien nun längst auf diesem Gebiet vorausgerückt. Trimbors (C.): Er selbst sei überzeugter Anhänger des Frauenwahlrechts, ein Teil seiner Freunde aber nicht. § 12 wurde gegen zwei Stimmen angenommen.

Große Debatte erregte der § 15 über die Zulassung der Rechtsanwalte. In erster Lesung war beschlossen worden, sie zuzulassen, wenn die Partei glaubhaft macht, daß sie behindert oder der Fall schwierig sei. Denselben Zweck verfolgte ein Antrag des Centrums. Präsident Schider regte an, ob man nicht die Rechtsanwalte zulassen wolle und dann eine Bestimmung der württembergischen Gemeindegerichte übernehmen wolle, nach der Rechtsanwaltskosten von der unterliegenden Partei nicht zu erstatten sind. Trimbors (C.) will die Ausnahmen der Konkurrenzkaufel. Singer (Soc.) begründete noch einmal eingehend den socialdemokratischen Antrag, die Berufungssumme von 300 auf 500 M. zu erhöhen. Sie seien aus Prinzip gegen die Zulassung der Rechtsanwalte, der Kompromißantrag leide an großer Unklarheit, Schwierigkeiten bei der Konkurrenzkaufel kommen nicht in Betracht, weil die meisten dieser Klagen Berufungsfähig seien.

Die Abstimmung ergab folgendes Resultat. Beschlossen wurde die Rechtsanwalte nicht zuzulassen, die Ausnahmen wurden jedoch mit 10 gegen 8 Stimmen gestrichen. Somit sind die Ausnahmebestimmungen auch der zweiten Lesung gefallen und sind die Rechtsanwalte generell von den Kaufmannsgerichten ausgeschlossen. Der socialdemokratische Antrag auf Erhöhung der Berufungssumme wurde gegen 5 Stimmen abgelehnt.

§ 16, der den Kaufmannsgerichten das Recht giebt Gutachten abzugeben und Anträge zu stellen, ist den Konservativen nicht genehm, und will ein Antrag demnach das Recht der Gerichte, Anträge zu stellen, streichen. Der Antrag wurde abgelehnt.

Mit Rücksicht auf die rheinischen Gewerbegebiete wurde folgender Antrag Trimbors angenommen. Als § 18 einzuschalten:

Die Landes-Centralbehörde kann anordnen, daß in den Bezirken, in welchen zur Entscheidung gewerblicher Streitigkeiten auf Grund der Landesgesetze Gewerbegebiete bestehen (§ 85 des Gewerbe-Gesetzes), auf die Zusammensetzung der Kaufmannsgerichte und auf das Verfahren vor denselben die

besonderen Vorschriften entsprechende Anwendung finden, welche für die bezeichneten Gewerbegebiete getroffen sind, mit der Maßgabe jedoch, daß für die Wahl der Weisiger die Vorschriften des § 11 dieses Gesetzes in Kraft bleiben.

Schließlich wurde noch folgende Resolution einstimmig angenommen, die den Reichstag ersucht, den Reichsanwalt aufzufordern, unverzüglich eine Reform des Zivilprozessverfahrens in die Wege zu leiten.

Damit war die zweite Lesung beendet.

Die Vorbereitung des Gesetzesentwurfes über die Entschädigung für ungeschädigte Unternehmungsgäste ist in erster Lesung in der Kommissionsitzung am Freitag beendet worden. Die §§ 4 bis 12 regeln den Weg zur Verfolgung des Anspruchs auf Entschädigung in ähnlicher Weise wie im Gesetz über Entschädigung im Wieder-entnahmeverfahren freigesprochen. Die Kommission änderte die Vorschläge der Vorlage nur in einem kleinen Punkte. Sie strich die Verschärfung einer Verzinsung, welche die Vorlage für den Fall eingeführt wissen wollte, in dem ein freigesprochener im Wieder-entnahmeverfahren verurteilt ist, eine Entschädigung aber bereits erhalten hat. Die zweite Lesung in der Kommission soll am Dienstag, den 15. März, beginnen.

Aus Industrie und Handel.

Deutscher Wettbewerb auf dem englischen Eisenmarkt.

Die Zeiten, wo England den deutschen Eisenmarkt beherrschte, sind bekanntlich längst vorüber. Zwar liefert England noch immer ansehnliche Mengen von Roheisen nach Deutschland, obgleich auch in diesem Artikel die englische Einfuhr in das deutsche Zollgebiet stark zusammengedrückt ist; aber in Halbzeug und fertigen Eisenprodukten hat sich, abgesehen von einigen kleineren Spezialartikeln, wie z. B. Weißblech, der deutsche Markt vollständig vom englischen Fabrikat emancipiert, während umgekehrt die deutsche Ausfuhr solcher Waren nach England seit einigen Jahren im schnellen Steigen begriffen ist. Den englischen Eisenindustriellen ist diese Konkurrenz natürlich nicht weniger als unangenehm. Sie haben sich nicht nur vielfach in letzter Zeit zu Mr. Chamberlains Schutztheorien bekehrt, sondern beginnen auch Arbeiter-Verbände zu gründen. So hat sich kürzlich in Leeds ein Verband britischer Schmiedeeisenarbeiter („Forge Trade Association of Great Britain“) gebildet, der seine Spitze hauptsächlich gegen den deutschen und belgischen Wettbewerb von aus schiedbarem Eisen herfertigen Erzeugnissen richtet. Namentlich hat man es, wie die „Deutsche Industriezeitung“ berichtet, auf den deutschen Wettbewerb abgesehen, während man beispielsweise den Wettbewerb der nordamerikanischen Union mit keiner Silbe erwähnt. Von der deutschen Konkurrenz behauptet man, daß sie wegen ihrer weit billigeren Preisangebote die englischen Erzeugnisse fast überall erfolgreich aus dem Felde schlage. Besonders in den für den Schiffbau benötigten Erzeugnissen aus schmiedbarem Eisen könnten die englischen Fabrikanten nicht konkurrieren, da hier die deutschen Angebote bis zu 50 Prozent niedriger im Preise seien als die englischen. Auch der „Iron monger“, der hauptsächlich die Interessen der Eisenhändler- und Verbraucher vertritt, nimmt sich der Klagen der Schmiede-Eisen-Verarbeiter an und führt für die Ueberlegenheit des deutschen Wettbewerbes hauptsächlich drei Gründe an: erstens die niedrigeren deutschen Frachtkosten, zweitens die billigeren Arbeitslöhne und drittens die technische Ueberlegenheit der deutschen Eisen- und Stahlerzeugung.

Auch im englischen Unterbaue bildet der deutsche Wettbewerb in Eisen- und Stahlwaren längst den Gegenstand eingehender Erörterungen. So gab die vor einiger Zeit einer deutschen Firma übertragene Lieferung von 800 Paar Rädern und Achsen für die indischen Staatsbahnen einem Parlamentsmitgliede Veranlassung, hierüber den Staatssekretär für Indien zu interpellieren. Der Staatssekretär erwiderte, die deutsche Firma hätte den Auftrag erhalten, weil ihr Angebot beträchtlich niedriger gewesen wäre, als die Angebote der konkurrierenden englischen Firmen. Auch die Beschaffenheit des gelieferten Materials lasse nach seiner Meinung hin zu wünschen übrig. Dasselbe müsse er von den unlängst nach Indien gelieferten deutschen Lokomotiven sagen.

Zur Lage des deutschen Maschinenbaues. In der gestern hier in Berlin abgehaltenen Versammlung des „Vereins der Maschinenbau-Anstalten“ gab der Vorsitzende Geh. Kommerzienrat Burg, eine Uebersicht über die gegenwärtige Lage des deutschen Maschinenbaues. Die Beförderung, die vor Jahresfrist erhofft wurde, ist leider nicht eingetreten. Im Gegenteil ist die Lage unserer Maschinenfabriken allgemein wegen der Schwierigkeit der Arbeitbeschaffung und der sehr niedrigen Verkaufspreise äußerst kritisch geworden. Die Ungunst der Verhältnisse auf rein wirtschaftlichem Gebiet wird verschärft durch den Umstand, daß der Maschinenbau auch in technischer Hinsicht in eine Krise eingetreten ist, die dadurch entstand, daß wir zur Zeit inmitten von Umnäherungen uns befinden, in einem Umfang, wie dies kaum je zuvor der Fall gewesen ist. Der herkömmliche Dampfmaschinenbau, der bisher als Grundlage für den allgemeinen Maschinenbau galt, scheint in dieser Stellung erschüttert. Trotzdem die Kolbendampfmaschine durch gründliche praktische und wissenschaftliche Behandlung gerade in Deutschland auf eine hohe Stufe der Vollendung gebracht worden ist und selbst die Länder der Erfindungen eines Watt und eines Corliß durch die deutsche Fabrikation vielleicht übertroffen worden sind, ist doch durch die mit Riesenschritten vor sich gehende Zunahme der Verwendung von Gasstrahlfabriken und Dampfmaschinen der Kolbendampfmaschine ein sehr ernster Wettbewerb entstanden und hierdurch ein Zustand geschaffen, der für diese unsere Maschinenfabriken äußerst schwierig ist. Auch die Dampfstrahlfabriken sind in Mitleidenschaft gezogen, weil naturgemäß mit der größeren Anwendung von Gasstrahlfabriken der Bedarf an Dampf-erzeugungsapparaten stark nachgelassen hat.

Die Goldproduktion der Welt. Nach einer vom New Yorker „Commercial and Financial Chronicle“ veröffentlichten Statistik ist die Goldgewinnung im letzten Jahre um 1 456 872 Unzen gestiegen. Sie stellte sich nämlich auf 15 894 541 Unzen gegen 14 437 669 Unzen im Jahre 1902. Beteiligt an dieser Produktion waren:

	1902	1903
Australien	3 049 394 Unzen	4 209 234 Unzen
Afrika	1 908 811 "	3 317 602 "
Bereinigte Staaten	3 870 000 "	3 800 331 "
Kanada	1 003 359 "	943 314 "
Rußland	1 100 000 "	1 134 000 "
Mexiko	491 158 "	500 000 "
Ander Länder	2 024 949 "	2 104 000 "
Zusammen	14 437 669 Unzen	15 894 541 Unzen

die Zunahme entfällt also vornehmlich auf Südafrika und Australien, während die Vereinigten Staaten und Kanada einen Ausfall hatten. Die amerikanische Goldgewinnung wurde durch den Arbeiterausstand in Colorado beeinträchtigt, ferner durch Dürre in Kalifornien und durch vorübergehende Schließung von Gold- und Kupfergruben in Montana.

Rußlands Roheisenproduktion. Nach einem Bericht des Kongresses der russischen Montan-Industriellen belief sich die Roheisen-erzeugung Rußlands (mit Ausschluß Finnlands) im verflochtenen Jahre auf 143 000 000 Pud (1 Pud = 16,38 Kilogr.) gegen 156 500 000 Pud im Jahre 1902, 173 000 000 Pud im Jahre 1901 und 177 500 000 Pud im Jahre 1900. Der sichtbare Verbrauch von Roheisen in Rußland wird für 1903 auf 163 Millionen Pud berechnet gegen 174 Millionen Pud im Jahre 1902, 195 in 1901, 207 im Jahre 1900 und 220 Millionen Pud im Jahre 1899. Da die Vorräte an Metall auf den Werken im Jahre 1903 um etwa 12 000 000 Pud abgenommen haben, so schätzt man den tatsächlichen Verbrauch an Roheisen in Rußland im Jahre 1903 auf annähernd 175 000 000 Pud. Die Leistungsfähigkeit der russischen Hochofenwerke beträgt etwa 200 000 000 Pud, d. h. sie übertrifft die Produktion des Jahres 1903 um fast 120 000 000 Pud und den tatsächlichen Roheisen-Verbrauch in demselben Jahre um 85 000 000 Pud.

Diese Ziffern illustrieren zur Genüge die Lage der russischen Eisenindustrie. In letzter Zeit zeigte sich zwar anscheinend eine Verbesserung der Geschäfte auf dem russischen Eisenmarkt; die Nachfrage stieg und die Preise zogen an. Indessen wird sich die russische Eisenindustrie nicht für lange Zeit dieser günstigeren Lage zu erfreuen haben. Bei der gegenwärtigen Organisation der russischen Eisenindustrie darf man vorläufig nicht auf eine andauernde Verbesserung des Eisengeschäfts rechnen.

Gerichts-Zeitung.

Die biochemische Methode.

Eine gegen den Naturheilkundigen Max Laabs gerichtete Anklage wegen fahrlässiger Körperverletzung hatte gestern nicht weniger als acht Sachverständige in den Sitzungssaal der dritten Strafkammer des Landgerichts I geführt und es kam dort zu lebhaften medizinischen Kontroversen. Als Sachverständige waren vom Gericht Prof. Dr. Straßmann, die praktischen Ärzte Dr. med. Zippert, Dr. Friedemann, Sanitätsrat Dr. Altmann, Dr. Heimann und der Gerichtschreiber Dr. J. Fischer, seitens des Verteidigers Rechtsanwalt Dr. Schöps der Geheimmedizinalrat Professor Dr. Schwening und Dr. M. Greiff-Odenburg geladen worden. Dem Angeklagten wurde vorgeworfen, daß er ein an Syphilis leidendes Mädchen, welches sich seiner Behandlung anvertraut hatte, in einer über Jahr und Tag dauernden Behandlung körperlich so weit herabgebracht habe, daß es sich schließlich in einem geradezu bejammernswerten Zustande befand und als Kranke, die einem der schwersten Fälle syphilitischer Erkrankung, verbunden mit schwerer Nierenentzündung, darstellte und dem Tode geweiht schien, einen praktischen Arzt aufsuchen mußte. Nach der Befundung des Dr. Heimann war der Zustand des jungen Mädchens ganz entsehrlich und sie, die früher blühend und gesund ausgesehen, sei gar nicht wieder zu erkennen gewesen. Sie hat früher, ehe sie zum Angeklagten ging, mit Herzbeschwerden bisweilen zu kämpfen gehabt und war von ihrem Hausarzt auf Rheumatismus behandelt worden. Der Angeklagte bestritt, seinerseits das Mädchen auf dem Gewissen zu haben. Er habe sofort die richtige Diagnose auf schweren Syphilis gestellt, die später sich bestätigt habe und habe eine funktionsgerechte Behandlung nach der biochemischen Methode, wie sie Dr. Schüller entwickelt habe, eintreten lassen. Seine Patientin habe aber seine Anordnungen nicht strikte befolgt und nachgewiesenermaßen auch Diätfehler gemacht. In dem Augenblick, als sich die Nierenkomplikationen herausstellten, habe er das Mädchen sofort selbst zu einem Arzt geschickt, er halte es auch gar nicht für selbstgeheilt, daß diese Nierenkrankheit eine Folge der Syphilis gewesen. — Die medizinischen Sachverständigen widersprachen den Ausführungen des Angeklagten. Insbesondere vertrat Prof. Dr. Straßmann und Dr. Friedemann die Ansicht, daß man sich von der biochemischen Behandlung keine rechte Idee machen könne und daß sich der Krankheitsfall unter der Behandlung des Angeklagten verschlimmert habe. Die schwere Infektion der Nieren und der Leber sei damit in lauem Zusammenhange. Die gereichten Medikamente seien nach Dr. J. Fischers Gutachten indifferenten Salze, sie hätten keine Heilkraft bei Syphilis. Wenn die Patientin nach wissenschaftlichen Grundsätzen richtig behandelt worden wäre, würden diese schweren Folgen nicht eingetreten sein. — Der Sachverständige Dr. Greiff-Odenburg trat der geäußerten Geringschätzung der biochemischen Methode, deren Mittel aus den 11 im Urteile enthaltenen Mineralstoffen bestehen, scharf entgegen und berief sich auf den Prof. Hugo Schulz in Greifswald und den Sanitätsrat Dr. Braß in Kissingen, der dargelegt habe, daß die biochemische Methode allen andern Behandlungsmethoden ebenbürtig und der therapeutischen überlegen sei. Er selbst sei 7 Jahre lang biochemischer Arzt. Dies sei seine obdurate Heilmethode. Er hätte die Kranke ebenso behandelt, wie der Angeklagte; durch diese Behandlung habe er nie Schaden können. Die Nierenentzündung hänge wahrscheinlich mit dem Herzen zusammen. Der Sachverständige bestritt ein Verschulden des Angeklagten und erklärte auf Befragen des Verteidigers: „Ein Laie kann oft mehr als ein Arzt.“ — Geheimrat Dr. Schöps erklärte, daß er sich über das häufige Vorkommen als Sachverständiger beschwerde, erklärte, daß es ihn wundere, daß Sachverständige über eine Sache, die erst neu im Aufschwung begriffen sei, herfallen, ohne sie genau zu kennen. Er selbst habe sich lange schon mit der biochemischen Methode beschäftigt, er könne sie absolut nicht verwerfen und wenn der Angeklagte danach behandelt habe, könne ihn kein Verschulden treffen. In der Medizin handle es sich nicht bloß um Wissen, Kunst und Humanität, sondern auch um Glauben und Vertrauen und wenn der Angeklagte Vertrauen zu der Methode hätte, würde er feige gewesen sein, wenn er nach einem Arzte sich umgesehen hätte, wenn er nicht gleich vollen Erfolg erzielt. Er selbst stehe 33 Jahre im Kampfe, aber er lasse sich in gar keiner Art und Weise davon abbringen, was er als das Richtige erkannt habe. Es sei nicht festgestellt, ob die Leber- und Nierenaffektion nicht schon da war, als das Mädchen zum Angeklagten ging und man kann nicht sagen, daß sie von der Syphilis abhängig war. Wenn in der Weise, wie hier der Angeklagte, Kräfte auf den Erfolg ihrer Behandlung kontrolliert werden würden, so würde er seine Thätigkeit lieber aufgeben. Auf Befragen des Verteidigers erklärte der Sachverständige: Die meisten Entdeckungen auf gesundheitslichem Gebiete sind von Laien gemacht und Laien haben manchmal Erfolg gehabt, wo die ärztliche Kunst versagte. — Der Staatsanwalt beantragte trotz dieser Gutachten 6 Monate Gefängnis, indem er der Meinung war, daß der Angeklagte als Laie sich wohl hätte hüten müssen, einen schweren Fall nach einer noch neuen Methode ein ganzes Jahr lang zu behandeln, ohne daß er sich durch die isolierte Verschlechterung in dem Befinden der Patientin habe betrogen lassen, ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. — Rechtsanwalt Dr. Schöps wunderte sich darüber, daß der Staatsanwalt überhaupt einen Strafantrag gestellt. Er beantrage die Freisprechung des Angeklagten und die Hebernahme der Kosten der von der Verteidigung geladenen Sachverständigen auf die Staatskasse. — Der Gerichtshof entsprach diesem Antrage nach beiden Richtungen hin. Wenn der Angeklagte nach der biochemischen Methode behandle, dann sei ihm daraus kein Vorwurf zu machen. Es habe sich nicht feststellen lassen, ob ihm ein Verschulden zur Last falle. Die Heilmethode könne nach der Gewerbeordnung von jedem frei geübt werden und wer sich anstatt zu einem Arzt zu einem Heilkundigen in Behandlung begibt und hineinfalle, der habe es sich selbst zuzuschreiben.

Ein Nachspiel zum Metallarbeiter-Streit beschäftigte gestern die dritte Strafkammer des Landgerichts I. In der Fabrik von Holzheim u. Feder war ein Streit der Gürtler ausgebrochen und um diesen zu unterdrücken, hatten auch die Bieher mit der Arbeit aufgehört. Am 16. Oktober nahm der Bieher Gerstmann die Arbeit wieder auf. Als er abends die Fabrik verließ, wurde er auf dem Fabrihofe von den Biehern Paul Michon und Albert Müller in Empfang genommen und mit Vorwürfen überhäuft. Sie beschimpften ihn mit den Worten Lump, Streikbrecher, Strolch und spien ihm schließlich in das Gesicht. Diese letztere Behandlung empfand Gerstmann als eine solche Schmach, daß er den Strafantrag stellte. Der Staatsanwalt beantragte je 4 Wochen Gefängnis. Der Gerichtshof verurteilte die Angeklagten zu je 50 M. Geldstrafe.

Im Kurpfuscher-Prozesse teilte der Gerichtsvorsitzende in der Sitzung am Mittwoch mit, daß dem Gerichte fortgesetzt anonyme Zuschriften aller Art zugehen, so aus Berlin, Breslau, Charlottenburg und andern Städten. Sie alle betreffen Fragen des Magnetismus, Hypnotismus usw. und ich übergebe sie dem Herrn Sachverständigen Dr. Roll aus Berlin zur Kenntnisnahme. Eine dieser Zuschriften rührt von dem bekannten Berliner Spiritisten Dr. Eibert Müller her, der im Prozesse gegen das Wundmännchen Anna Kothe in Berlin und im „Spul von Resan“ eine hervorragende Rolle spielte. Er erbietet sich, den Beweis für das Vorhandensein eines persönlichen Magnetismus, sowie dafür zu erbringen, daß die Ablenkung der

Magnetnadel im Kompaß mit persönlichem Magnetismus behafteten Personen möglich sei. Speziell die „femme musquée“, mit der auch Dr. Roll mehrfach erfolgreich experimentiert habe, sei die Ablenkung der Magnetnadel möglich. Ferner bringt der Vorsitzende einen ihm eingeschrieben zugegangenen Brief des Bundesvorstandes der Vereine für naturgemäße Lebens- und Heilweise in Berlin zur Verlesung. Es heißt darin: „Nachdem schon in der Presse vielfach versucht worden ist, den Magnetopathen Max Schröder als einen der führenden Geister der Naturheilmethoden hinzustellen, erklärte in der Sitzung vom 26. v. M. der Sachverständige Herr Kreisarzt Dr. Behrendt: Die Anwendung des Vauviseidismus charakterisiere die Naturheilmethoden, die angeblich naturgemäß und giffrei kuriere, in Wirklichkeit aber eines der schwersten Gifte, das Scrotonol, zur Anwendung bringe. Demgegenüber haben wir im Namen der deutschen Naturheilbewegung, die wir vertreten, zu erklären, daß weder der Magnetopath Schröder zu unserer Bewegung gehört, noch daß jemals die Naturheilmethoden sich des Vauviseidismus bedient hat. Wir können und nicht des Eindrucks erwehren, als wollten die medizinischen Sachverständigen den Prozeß benutzen, um die deutsche Naturheilbewegung zu discreditierten, obwohl dieselbe, wie gesagt, mit dem Angeklagten nicht das mindeste gemein hat.“

Beachtenswert war ein unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelter Fall. Die in Betracht kommende Zeugin, mit der Schröder sich eingelassen und sie dabei mit einer Krankheit angefaßt haben soll, bittet vor ihrer Vernehmung den Vorsitzenden schließlich, ihren Namen nicht in die Zeitungen zu bringen, da sonst ihre Existenz vernichtet sei. Sie bekennt dann, daß sie sich mehrfach dem Angeklagten hingegen habe. Sie litt an hochgradiger Nervosität und ist erst kürzlich wieder aus der Verdenheilanstalt entlassen worden. Der Verzeir trat nach einigen Konsultationen ein. Schröder hat zunächst die Zeugin als hochgradig hysterisch bezeichnet und versucht, die Sache als die Ausgeburt eines kranken Gehirns darzustellen. Heute giebt er zu, daß ein Verzeir stattgefunden habe, doch deutet er an, daß die Patientin ihn verführt habe, was die junge Dame mit aller Entschiedenheit bestritt. Ferner behauptet der Angeklagte, daß die Zeugin vor Jahren mit ihrem Onkel verbotenen Umgang gepflogen habe. Auch das wird von der Zeugin lebhaft bestritten. Sie weist weiterhin darauf hin, daß sie nur infolge ihres Verzeirs mit dem Angeklagten krank geworden sei. Auch in diesem Falle hat Schröder übrigens die Augenärztin angewandt und dabei angeblich festgestellt können, daß die Zeugin nicht mehr unberührt war. Die Anklage lautet in diesem Falle auf Körperverletzung. Bei allen Befunden, so bekennt die Zeugin weiter, habe Schröder sich als ein Rührer der neuen Heillehre des Magnetismus, Occultismus usw. aufgestellt und ihr erzählt, daß er von allen Seiten, speziell aber seitens der Aerzteschaft schwere Verfolgungen zu erdulden habe. Die Zeugin hat daher großes Mitleid mit ihm gehabt und ihm mehrere Liebesbriefe und Gedichte gesandt, in denen sie ihn zu stärken und zu trösten suchte. Sie bestritt dabei, daß sie etwas heiratsstoll gewesen sei, oder aber, daß Schröder ihr Heiratsversprechen gemacht habe. Sie habe ihm sogar immer abgeraten, jemals zu heiraten, da er sich der Wissenschaft erhalten müße. (Heiterkeit.) In den Händen der Schröderischen Zimmer, der damals noch nicht verheiratet war, hat die Zeugin Bilder bemerkt, die die Madonna und Christus mit der Dornenkrone darstellten. Letzteres trug die Unterschrift: „Das ist ich für Dich, was thust Du für mich?“ Auch viele fromme Sprüche und Ermahnungen seien an den Wänden zu sehen gewesen. Als die Zeugin Schröder darauf fragte: Glauben Sie an all das? habe dieser erwidert: Ach, so ein Mümpf! Zum Schluß bekennt die Zeugin noch, daß der Angeklagte die Kräfte als „Schurken“ und „Schwindler“, die ins Zuchthaus gehörten, bezeichnet und sie, Zeugin, durch sein Vorgehen fast wahnsinnig gemacht habe. Darauf ereignet sich ein sensationeller Zwischenfall. Der Angeklagte springt nämlich plötzlich auf und erklärt, er habe die Zeugin nur aufs Glatteis führen wollen, er habe sie thatsächlich niemals gebraucht und die Zeugin würde einen Reueid leisten, wenn sie ihre Aussage später bestritten würde. (Große Bewegung.) Er habe es nicht nötig gehabt, an die Zeugin heranzutreten, er habe immer sehr enthaltenhaft gehandelt und eventuell homöopathische Mittel benützt. Dr. Ruppe: Homöopathische Mädchen? (Heiterkeit.) — Angekl.: Das sagen Sie, Herr Sachverständiger, nicht ich. — Vorsitzender Landgerichtsrat Wirtsch findet es unter diesen Umständen auffällig, daß der Angeklagte mit der Zeugin sehr intime Unterhaltungen über geschlechtliche Dinge gepflogen habe. — Angekl.: Das habe ich mit andern Patientinnen auch gemacht. — Weis. Landgerichtsrat Wirtsch: Na ich danke. — Die Zeugin denkt daran, daß der Angeklagte vielfach sehr freundschaftliche Beziehungen zu seinen weiblichen Patientinnen unterhalten habe. Es kommt dann noch zur Sprache, daß auch die Schwester des als Sachverständigen amwesenden Kreisarztes Dr. Behrendt sich von dem Angeklagten habe behandeln lassen. — Dr. Behrendt: Ich kann doch nichts dafür, wenn meine Verwandten zu einem Kurpfuscher gehen. (Stürmische Heiterkeit.) Im übrigen haben sich andererseits Verwandte des Angeklagten von hiesigen Ärzten behandeln lassen. (Erneute Heiterkeit.)

Verammlungen.

Der socialdemokratische Wahlverein für den sechsten Berliner Reichstagswahlkreis hielt am 1. März im Stabilmestment Marienbad eine Verammlung ab. Der Vorsitzende Kiesel widmete dem am Tage vorher beerdigten, plötzlich einer tödlichen Infektionskrankheit erlegenen Bezirksführer Gen. Emil Lamber y in warm empfundenen Worten einen ehrenden Nachruf, wobei er der Pflichttreue des Verstorbenen besonders gedachte. — Dann hielt Genosse Bartels einen interessanten Vortrag über die „Entwickelung des Socialismus von der Utopie zur Wissenschaft“. Es gelang dem Redner gut, die in Betracht kommenden Fragen der Philosophie und Geschichtswissenschaft zwischen der Auffassung der Utopisten und der von Marx und Engels begründeten socialistischen Wissenschaft klarzustellen. Mit einem Ausblick auf den Socialismus als einem notwendigen Resultat unserer Delonomie- und Geschichtsentwicklung schloß er den Vortrag unter lebhaftem Beifall. — Bevor Genosse Kiesel die Verammlung schloß, verwies er auf die neueste Entthüllung des preussisch-deutschen Ausverkaufes, der jetzt in seiner ganzen Nacktheit sich dem Auge biete und sich erweise als Vändnis gegen den Fortschritt der Volksbewegung in Preußen-Deutschland selber. Es heiße deshalb für die Parteigenossen, auf dem Posten zu sein und in jeder Beziehung ihre Pflicht in der Agitation und Organisation zu thun. Mit einem Hoch auf die Socialdemokratie trennte man sich. —

Verband der Eisenarbeiter (Berlin II). In der Verammlung vom 21. Februar gab die Lohnkommission den Rechenberichtsbericht. Die Einnahme betrug 978,14 M., die Ausgabe 49,40 M., verbleibt ein Bestand von 928,74 M. Ferner wurde beschloffen, am 18. März an den Gräbern der Freiheitskämpfer einen Kranz niederzulegen.

Die Sektion der Gips- und Cemenbranche hielt am Dienstag im Gewerkschaftshause ihre Generalverammlung ab. Bezüglich des Jahresberichts des Vorstandes verwies der Vorsitzende Seidel im allgemeinen auf den gedruckten Bericht vom Zweigverein der Maurer, ging jedoch näher auf die Lohnbewegungen und Vertragsverhandlungen des verflossenen Jahres ein, die den Arbeitern der verschiedenen Branchen wenn auch nur geringe Vorteile gebracht haben. Die zum 1. Januar d. J. vereinbarten Lohn-erhöhungen sind bei den Spannern und Cementierern ohne besondere Schwierigkeiten erfolgt — es handelt sich hier um Erhöhung des Stundenlohnes von 62 1/2 auf 65 Pf. —; dagegen haben sich bei der Lohnbewegung der Cementierer-Gipsarbeiter von 45 auf 47 1/2 Pf. große Mängel herausgestellt. Bei einer Firma suchte man sogar statt der Erhöhung eine Herabsetzung des Lohnes durchzusetzen. Der Vorsitzende forderte die Mitglieder auf, alle Fälle, wo der vereinbarte Lohn nicht gezahlt wird, sofort der Kommission zu melden. Die Abrechnung, die der Kassierer Haase verlas, ergab, daß sich die Einnahmen der Sektion während des seit ihrer Gründung verlossenen Halbjahres

auf 15 982,79 M. beliefen, die Ausgaben auf 14 450,60 M., so daß ein Bestand von 1532,19 M. verblieb. An den Zweigvereinen wurden 10 925,63 M. abgeführt. Die Mitgliederzahl betrug am Ende des verflossenen Jahres 1309, das sind über 60 Proz. der in den die Sektion bildenden Branchen beschäftigten Arbeiter. — Dem Kassierer wurde einstimmig Dankschreiben erteilt. Die Verammlung beschloß einstimmig, daß der Hilfskassierer Wilhelm Hoffmann die ihm verloren gegangenen Vertragsmarken nicht ersetzen soll, da festgelegt ist, daß hier keinerlei Vergelten oder Mißbrauch vorliegt. Ebenso wurde einstimmig beschloffen, daß die Sektion diese Marken dem Zweigverein nicht bezahlen soll, weil kein Geldverlust dadurch erfolgt ist. — Die Vorstands wahlen hatten folgendes Ergebnis: 1. Bevollmächtigter Franz Duade, 2. Dörffel; 1. Kassierer Haase, 2. Dörffel; 1. Schriftführer Hippauf, 2. Birch; Revisoren Zieg, Wilhelm Müller und Franklat. — Die Wahl der Hilfskassierer sowie die übrigen Punkte der Tagesordnung wurden auf eine sobald wie möglich einzuberufende neue Verammlung verschoben.

Für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Damenmäntel-Branchen fand am Montag eine vom Verbands der Schneider nach dem „Englischen Garten“ einberufene Verammlung statt. Der Referent Tietz führte den Anwesenden die traurige Lage der in der Konfektion Beschäftigten vor Augen und zeigte ihnen, daß nur durch Zusammenschluß in der Organisation und durch gemeinsames Vorgehen eine Besserung der elenden Verhältnisse herbeigeführt werde. Unter anderm beleuchteten der Referent und in Uebereinstimmung mit ihm verschiedene Diskussionsredner das Elend der Heimarbeiter, die in der Konfektionsbranche einen ganz besonders großen Raum einnehmen. Viele Zwischenmeister verstoßen dadurch gegen das Gesetz, daß sie die von ihnen beschäftigten Arbeiterinnen die vollen Beiträge zur Krankenkasse zahlen lassen. Teils geschieht das ohne alle Umschweife, teils in verdeckter Form. Ein Fall wurde mitgeteilt, wo ein Zwischenmeister den von ihm zu leistenden Krankenkassenbeitrag der Arbeiterinnen nur dann zahlte, wenn diese ein bestimmtes Quantum Arbeit fertigstellten; bleiben sie unter dem festgesetzten Pensum, so müssen sie selber den vollen Beitrag zahlen. Andre Zwischenmeister setzen den Accorolohn um so viel oder noch etwas mehr herab, als der Anteil des Meisters an Maschinenbeiträgen ausmacht. So werden die klaren Bestimmungen des Gesetzes verletzt und die Arbeiterinnen dadurch benachteiligt. Die fürchterliche Ausbeutung der Konfektionsarbeiterinnen wird dadurch erleichtert, daß ihnen von Frauen schlecht bezahlter Unterbeamten, ja von diesen selbst, Konkurrenz gemacht wird. Als Beispiel dieser Art wurde angeführt: Die Frau eines Post-Unterbeamten, der ein Monatsgehalt von 90 M. hat, was natürlich zum Unterhalt der Familie nicht ausreicht, arbeitet in der Mäntelkonfektion. Die Frau aber ist bereits so schwach und krank geworden, daß sie die Arbeit nicht mehr leisten kann. Nun hat der Mann von seiner Frau die Arbeit erlernt, er sitzt in seiner dienstfreien Zeit an der Nähmaschine, um auf diese Weise zur notwendigen Ergänzung seines unzureichenden Einkommens beizutragen. Derartige Fälle sollen durchaus nicht vereinzelt vorkommen. Es ist klar, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen, welche allein aus der Beschäftigung in der Konfektion ihr Einkommen erzielen, unter solchen Verhältnissen ein elendes Hungerdasein führen. Wenn hier eine Besserung eintreten soll, so müssen die Arbeiter und Arbeiterinnen mit Hilfe der Organisation ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen suchen, auf der andren Seite muß aber auch die Gesetzgebung für den Schutz der Heimarbeiter eintreten, wozu der bevorstehende Heimarbeiterkongress, auf den in der Verammlung besonders hingewiesen wurde, Stellung zu nehmen hat.

Der Arbeiter-Sängerbund hielt am 21. Februar seine diesjährige Generalverammlung in der Brauerei Friedrichshain ab. — Dem Bund gehören zur Zeit 200 Vereine an. Davon sind 106 Männerchöre, 3 gemischte Chöre und ein Damenchor. Die Gesamtzahl der Mitglieder beträgt 5328, davon sind aktiv (Sänger) 4482, passiv 846. Neu eingetreten in den Bund sind im verflossenen Geschäftsjahre 15 Vereine. Dem Antrag der vorjährigen Generalverammlung, daß keine Vereine sich zu größeren Chören verschmelzen mögen, sind verschiedene Vereine nachgegeben. Der Massenbericht verzeichnet eine Einnahme von 4301,34 M. und eine Ausgabe von 3034,44 M., mithin verbleibt am 31. Dezember 1903 ein Bestand von 1266,90 M. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: 1. Vorsitzender Jul. Meyer (Kreuzberger Harmonie), 2. Vorsitzender B. Hilgert (Gesangverein der Gaswirtsgehilfen), 1. Kassierer A. Seiritz (Kreuzberger Harmonie), 2. Kassierer H. Raetebusch (Martha-Kammerchor Gesangverein), 1. Schriftführer M. Sinner (Fortschritt) und 2. Schriftführer G. Schönthal (Martha-Kammerchor Gesangverein). Ein Antrag des Vereins „Gleichheit“, den Massenbericht vom Sängerfest den Delegierten gedruckt einzuhändigen, wurde angenommen. Desgleichen ein Antrag von „Zukunft“-Steglich, welcher befragt, jedem Verein von jetzt ab 4. statt wie bisher 3 Quartetts von Bundesleitern zu gewähren. Der Antrag von „Melodia“-Nixdorf, betreffend den Uebertritt von Sängern aus einem Verein in einen andern Bundesverein, wurde ebenfalls angenommen. Die Festlegung des Provinzialfängerfestes wurde dem Ausschuss überwiesen, da mehrere Anträge vorliegen. Betreffs der Mitwirkung beim Sportfest mögen die Delegierten in der nächsten Ausschusssitzung die Ansicht ihres Vereins vorlegen.

Steglich. Die letzte, sehr stark besuchte Wahlvereins-Verammlung stellte einstimmig folgende Parteigenossen als Kandidaten zu der am Montag, den 7. März, stattfindenden Gemeinewahl auf: Für den 1. Bezirk Säckermeister Frh Hamburg und Lagerhalter Wilhelm Ruffner als Erbhmann für den ausgeschiedenen Genossen Happe; für den 2. Bezirk, in welchem nur ein Eigentümer zu wählen ist, wurde ebenfalls Frh Hamburg aufgestellt. Der Vorsitzende erläuterte die Gründe, aus welchen die Doppellandidatur Hamburg nötig war, und wurden dieselben von der Verammlung anerkannt. — Aus der sehr regen Debatte sei mitgeteilt, daß der Mieterverein sich wieder einmal selbst übertriffen hat, indem er unter seinen Kandidaten auch ein Mitglied des — Hausbesitzervereins aufzuweisen hat. Das Sprichwort lautet zwar: „Ein gebanntes Kind schreit das Feuer“, der Mieterverein scheint jedoch an den Herren Fischer und Dr. Wöttcher noch nicht genug zu haben. Diese Herren wurden bekanntlich auch vom Mieterverein aufgestellt und gewählt und schlossen sich nach ihrer Wahl der — Hausbesitzer-Verkehr an. — Der Vorsitzende giebt bekannt, daß am Sonntagmorgen 7 Uhr eine Flugblattverteilung und am selben Tage nachmittags 2 Uhr eine öffentliche Wählerversammlung im „Virkenswäldchen“ stattfindet.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Prozeß Dreyfus.

Paris, 4. März. (B. T. V.) Zu der heutigen Verhandlung ist noch nachzutragen, daß Daudin auch die neuen Momente eingehend besprach, welche Anlaß zu einer Revision des Prozeßes geben könnten. Er betonte die Notwendigkeit, die Untersuchung auf die einzelnen Thatsachen auszudehnen und namentlich auch die Urheber der begangenen Fälschungen zu befragen, obwohl sie durch die Amnestie geschützt seien.

Barmen, 4. März. (B. T. V.) Postdirektor Weder vom Postamt Unter-Barmen ist nach einer Meldung der „Allgemeinen Zeitung“ wegen Unterschlagungen und Fälschungen verhaftet worden, nachdem von der Ober-Postdirektion eine Revision stattgefunden hatte.

Reu York, 4. März. (B. T. V.) In Lima hat ein Erdbeben heute morgen beträchtlichen Schaden angerichtet; seit 80 Jahren hat dort kein so heftiges Erdbeben stattgefunden.

Barmen, 4. März. (B. T. V.) Postdirektor Weder vom Postamt Unter-Barmen ist nach einer Meldung der „Allgemeinen Zeitung“ wegen Unterschlagungen und Fälschungen verhaftet worden, nachdem von der Ober-Postdirektion eine Revision stattgefunden hatte.

Reichstag.

40. Sitzung. Freitag, 4. März 1904, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Einem. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Militär-Etat. Diefelbe beginnt bei den dauernden Ausgaben mit dem Titel Gehalt des Kriegsministers.

In Verbindung mit diesem Titel werden folgende Resolutionen zur Debatte gestellt:

1. eine Resolution Dr. Deumer (natl.), nach der den Mannschaften der Armee und Marine im Falle einer Urlauberteilung alljährlich für die Reise in die Heimat und die Rückreise freie Eisenbahnfahrt gewährt werden soll.

2. eine Resolution Eichhoff-Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.), die dasselbe Ziel verfolgt, jedoch hinzufügt, daß den Soldaten auch die Benutzung der Schnellzüge gestattet sein soll und daß diese freie Urlaubszeit, wenn nicht alljährlich, so doch mindestens einmal während der Dienstzeit gewährt werden soll;

3. eine Resolution Auer u. Gen. (Soz.) auf Vorlegung einer Denkschrift im Anschluß an die jährlichen Ueberführten über die Arbeiterverhältnisse in der Armee und Marine. In dieser Denkschrift sollen die Bestimmungen über die Löhne und Arbeitsbedingungen in den Lieferungsverträgen mit den Unternehmern angegeben werden;

4. eine Resolution Eichhoff-Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.), wonach im Etatsjahre 1905 die seminarisch gebildeten Lehrer an den Unteroffizierschulen, den Unteroffizier-Vorschulen und dem Militär-Skolenbildungsinstitut den seminarisch gebildeten Lehrern an den Kadettenanstalten bezüglich ihrer Befoldung gleichgestellt werden sollen.

Endlich 5. eine Resolution Seyl zu Herrnsheim: „in Erwägung darüber einzutreten, in wie weit die Gewinnung einer ausreichenden Zahl von Unteroffizieren für Armee und Flotte durch Ueberbürdung der einzelnen infolge ungleichmäßiger Verteilung der dienstlichen Obliegenheiten und durch unzulängliche Lösungsverhältnisse erschwert ist, um thunlichst bald Verbesserungsversuche an den Reichstag gelangen zu lassen.“

Die übrigen zum Militär-Etat eingebrachten Resolutionen sollen bei späteren Kapiteln behandelt werden, so unter anderem die Resolutionen über Soldatenmishandlungen.

Abg. Müller-Gulda (Kr.) giebt zunächst einen kurzen Rückblick über die Verhandlungen der Kommission zum Militär-Etat. Es wird sich in Zukunft fragen, ob es überhaupst noch notwendig sein wird, die Heeresstärke für längere Zeit im voraus festzustellen; die Regierung könne zu dem Reichstag das Vertrauen haben, daß er alljährlich das Notwendige bewilligen werde. Eine erhebliche Heeresvermehrung dürfe freilich überhaupt nicht mehr stattfinden. Wir sind an der Grenze der zweckmäßigen Heeresvermehrung angelangt. Im einzelnen geht der Redner auf die Ostmarkenzulage und die Avancementsverhältnisse der Oberstleutenants ein und begründet die ablehnende Stellung seiner Fraktion zu den Regierungsforderungen. Wenn wir auch hier und da insgesamt für 4 1/2 Millionen Abstriche für möglich gehalten haben, können wir doch im ganzen der Militärverwaltung unser volles Vertrauen aussprechen. Wir sind überzeugt, daß sie die Armee nicht in Zuständen entgegenführen wird, die eine Gefahr für unser Vaterland sind. (Wrabal im Centrum.)

Abg. Bebel (Soz.):

Wir sind mit dem Vorschlage des Vordredners einverstanden, daß die von uns eingebrachte Resolution über die Arbeiterverhältnisse in den Militärverhältnissen erst beim Etat des Reichsanzeigers verhandelt werden soll.

Der Vordredner hat Bezug genommen auf die Verhandlungen in der Kommission und insbesondere auf die Stimmung in Bezug auf Mehrbewilligungen für den Militär-Etat. Die Militärverwaltung werde mit der Stimmung des Reichstages zu rechnen haben, der nicht geneigt sei, größere Forderungen in den nächsten Jahren zu bewilligen. Wir freuen uns, daß eine derartige Erklärung vom Redner der maßgebenden Partei abgegeben worden ist, wir wollen sie doppelt unterstreichen und hoffen, daß wir künftig nicht in die Lage kommen werden, den Herren vom Centrum in Bezug auf die heute abgegebene Erklärung einen Vorwurf zu machen. Charakteristisch für die jetzige Beratung ist, daß wir über drei Resolutionen abzustimmen haben, die sich mit Soldatenmishandlungen beschäftigen, über eine, die einstimmig in der Budgetkommission angenommen worden ist, eine der freisinnigen Volkspartei und eine von meiner Partei. Alle sprechen sie den dringenden Wunsch aus, daß Reichskanzler und Militärverwaltung dafür Sorge tragen müssen, daß auf dem Gebiete der Militärverwaltung Wandel geschaffen werde. Meine Partei empfindet darüber eine ganz besondere Genugthuung, daß jetzt bis zur äußersten Rechten des Hauses eine solche Stimmung herrscht. Früher, wenn von dieser Stelle aus Klagen über die Zustände in der Armee, insbesondere in Bezug auf die Militär-mishandlungen vorgebracht wurden, sind diese von ihnen (nach rechts) immer auf das lebhafteste bestritten worden. Insbesondere Graf Moon hat in früheren Sesssionen stets versucht, wenn irgend ein nebenjähriger Punkt nicht richtig angegeben war, aus dem Häckchen einen Hals zu machen und die ganze Mitteilung in Frage zu stellen. Um so mehr freue ich mich, daß ein gewisses Maß von Einsicht auch bei der Rechten eingeleitet ist. (Unruhe rechts.)

Der Kriegsminister hat in zwei Sitzungen, am 11. Dezember vorigen Jahres gegenüber dem Abg. Dr. Schädler und am 14. Dezember wiederholend erklärt, daß wir die Militär-mishandlungen androhten müssen und würden; nur Zeit solle man ihm lassen. Wir haben von jeher die feste Ueberzeugung gehabt, daß man in den leitenden Stellen der Armee schon bisher bemüht war, die Mishandlungen aus der Welt zu schaffen. Aber alle diese allerhöchsten Erlasse und Verordnungen haben bisher nur sehr minimale Erfolge gehabt. Insbesondere seit das öffentliche Gerichtsverfahren bei Militär-sachen eingeführt ist, haben weite Kreise die Ueberzeugung gewonnen, daß eine Vermehrung der Mishandlungen eingetreten ist. Es ist ja außerordentlich schwierig, das zu bestreiten oder zu behaupten, denn die Statistik ist auf diesem Gebiete natürlich höchst unzuverlässig. Die Zahl derjenigen Mishandlungen, die nicht zur Kenntnis der Verwaltung kommen, wird naturgemäß viel größer sein, als die gemeldeten Fälle. Der Kriegsminister hat angedeutet, daß die Sozialdemokraten im Heere durch passiven Widerstand die Vorgesetzten zu Mishandlungen reizten. Jemand ein Beweis für diese Behauptung ist natürlich nicht erbracht worden. Das mühten auch merkwürdige Sozialdemokraten sein! Die Vorgesetzten haben so viel Mittel, auch ohne zu Mishandlungen zu schreiben, unbequeme Leute zu „schleifen“, daß dieser angebliche „passive Widerstand“ leicht gebrochen werden kann. Wir wollen Geduld üben und abwarten, ob es der Militärbehörde gelingen wird, die Mishandlungen einzuschränken. Wir geben zu, daß es selbst beim besten Willen unmöglich ist von heute auf morgen darin Erfolge zu erzielen. Um die Mishandlungen ganz zu beseitigen, müßte eine Aenderung der militärischen Organisation von Grund aus eintreten. Immerhin ist es ein großer Gewinn, daß die unangenehme öffentliche Erwähnung der Militär-mishandlungen von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten die Ueberzeugung gewirkt hat: So kann es nicht weiter gehen und daß sich auf allen Seiten der gute Wille regt, hier reformierend einzugreifen.

Bei der Einzeldebatte zum Etat sagte Herr v. Einem, man solle sich nicht immer auf die kritischen Arbeiten der Offiziere a. D. verlassen, sondern mehr auf die aktiven Offiziere, die dem König direkt verantwortlich seien. Darauf ist von seinen literarisch thätigen inaktiven Offiziere die richtige Antwort nicht ausgeblieben.

Es soll ja auch eine kaiserliche Kabinettsorder ergangen sein, die sich gegen die Schriftstellerei der inaktiven Offiziere wendet. Eine andre Kabinettsorder, die schon zur Zeit Wilhelms I. erlassen wurde, macht die Offiziere ausdrücklich darauf aufmerksam, daß sie zu jeder kritischen Veröffentlichung der vorherigen Genehmigung eines Vorgesetzten bedürften. Dadurch sind natürlich die aktiven Offiziere von vornherein daran verhindert, irgend welche kritische Arbeit zu veröffentlichen. In der französischen Armee besteht ganz im Gegensatz hierzu das volle Recht der Meinungsäußerung für die Offiziere. Diese Freiheit der Kritik ist der französischen Armee bis heute ganz ausgeübt bekommen, sie hat ganz hervorragende Fortschritte auf allen Gebieten gemacht. Wenn irgendwo Mängel vorhanden sind, so findet auf die Dauer die Kritik auch Mittel und Wege, zum Lichte zu gelangen. Die gewaltigen technischen Umwälzungen der letzten Jahre erfordern natürlich auch Veränderungen der Taktik; wenn letztere nicht gleichen Schritt hält mit den technischen Fortschritten, so entsteht wiederum in weiten Kreisen der Sachkundigen das Bedürfnis der Kritik. Es kommt hinzu, daß sich ja heute die Armee auch aus ganz andren Elementen zusammenlegt als vor dreißig und vierzig Jahren. Damals bestand sie zum überwiegenden Teil aus Angehörigen der bauerlichen Bevölkerung, die ja in Bezug auf geistige Kapazität gegenüber der städtischen inferior genannt werden muß. (Große Unruhe rechts.) Diese Auffassung ist in der Armee selbst weit verbreitet. Die städtischen Elemente stellen allerdings höhere Anforderungen in Bezug auf ansändige Behandlung. (Lebhafte Zustimmung links.) Es taucht ja immer wieder die Behauptung auf, die Armee sei sozialdemokratisch verfaßt. Es gilt jeder Soldat, der nicht unbedingt mit allen Anordnungen zufrieden ist, als Sozialdemokrat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber Graf Capriva hat schon 1893 anerkannt, daß es gar keine besseren Soldaten giebt, als die Sozialdemokraten. (Lebhafte Widerspruch rechts.) Jawohl: das sind Leute von höherer Intelligenz! (Stürmisches, drohnendes Gelächter rechts, das so lange anhält, daß der Redner längere Zeit innehalten muß.) Um Sozialdemokrat zu werden, muß einer schon ein höheres Maß von Einsicht haben. (Erneutes, schallendes, minutenlanges Gelächter auf der Rechten.) Die sozialdemokratischen Soldaten sind ja auch klug genug, den Befehlen der Vorgesetzten stets unbedingt zu gehorchen. Trotzdem bekommt keiner, der sozialdemokratischer Gesinnung verdächtig ist, mag er noch so pflichttreu und intelligent sein, den Rang eines Gefreiten oder Unteroffiziers. (Aufs rechts: Das ist sehr berechtigt!) Das trägt keineswegs dazu bei, die Armee qualitativ zu verbessern. Welches Entsetzen rief es neulich hervor, als bekannt wurde, daß ein sozialdemokratischer Reichstagskandidat Vicesfeldwebel war. Hauptmann Clausen sagt in seiner Broschüre „Still gefunden!“, daß zwei Drittel aller Kapitulanten Leute seien, die daran verzweifelt hätten, in einem bürgerlichen Berufe vorwärts zu kommen. Aus dieser Mangelhaftigkeit des Unteroffiziercorps erklären sich auch zum Teil die Soldatenmishandlungen. Es kommt hinzu der Waffens- und Paradebrill und die übermäßigen Exerzierübungen, kurz die mechanische Ausbildung und die Forderung des Kadavergehorsams und andererseits das Verlangen selbständiger Initiative in allen Situationen. Auf die Dauer kann das Heer diesen Gegensatz nicht vertragen. Als ich vorhin von zweifeln Paradedrill sprach, haben die Herren auf der Rechten sehr misshütige Röne von sich gegeben. (Heiterkeit.) Aber darin sind alle hervorragenden Militär-schriftsteller einig. So tadelt der kommandierende General des 15. Armeecorps, Freiherr v. Meerscheidt-Hüllesheim, die exzerzierplatzmäßige Ausbildung des Soldaten, die im Frieden sehr geringen, im Kriege aber gar keinen Wert hat. Er sagt, daß die kriegsmäßige Ausbildung, die Ausbildung von Feldsoldaten die Hauptsache sei und meint: „Vor hundert Jahren bedurfte es der Ungläubigen von Jena und Auerstädt, um die Armee aus der Erstarrung zu lösen, in die sie seit dem Tode des großen Königs versallen war. Aber auch heute könnte aus Jena eine Mahnung sein, uns von dem Festsitzen frei zu machen, die die jetzige Ausbildungsmethode dem inneren Wert und der Geschicklichkeit unserer Infanterie anlegt.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Kommandierende General scharfer schreiben: Wenn solche Mahnungen laut werden, haben wir als Volksvertreter die verfluchte Pflicht und Schuldigkeit auf sie hinzuweisen und zu verlangen, daß die Zustände anders werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Armee ist das leibhaftigste Instrument des Staates. Auf Jahre hinaus tritt die Jugend unseres Volkes in sie ein. Wenn sich also Mängel in ihr zeigen, müssen wir mit allem Nachdruck auf sie hinweisen. Auch die ewigen Beschäftigungen und Vorstellungen erzeugen in der Armee eine gewisse Nervosität. Dazu kommt der außerordentlich rasche Wechsel in der Führung der Truppen. Jeder neue Regiments-Kommandeur bringt ein neues System mit. (Widerspruch rechts.) Die selbständige Ausbildung der Truppen wird in die zweite Linie gestellt. Auch bringt die Jugend der Unteroffiziere eine gewisse Charakterunreife mit sich. In jeder Compagnie muß monatlich eine gewisse Zahl von Bestrafungen erreiht werden. Für allzu viele macht man den Unteroffizier verantwortlich; zu wenige dürfen es auch nicht sein, sonst macht es den Eindruck der Schläppheit. Ein Oberleutnant, der eine Compagnie zu führen hatte, verbrachte im Monat August ziemlich viele, im September gar keine Bestrafungen. Vor den Obersten citiert, giebt er an, daß die Mannschaft sich vorzüglich gehalten habe, der Oberst meint: Die Brigade wird wohl monieren. Gerade wie ein Schumann oder Gendarm, wenn er nicht die nötige Zahl von Meldungen macht, als nachlässiger Beamter gilt.

Die Mishandlungen selbst zeigen ein solches Maß von Roheit, Grausamkeit und Raffinement, wie sie nur eine ganz verdorbene Phantase und ein ganz verdorbener Charakter zu erfinden im Stande ist. Ich verweise nur auf die zahlreichen Verdächte, die täglich über Militärgerichtsverhandlungen in unseren Zeitungen stehen, die oft einen Kulturmenschen geradezu schandbar machen. Wie ist es möglich, daß in einem so straff organisierten Körper Menschen gebildet werden, die solcher Grausamkeit fähig sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wie ist es möglich, daß einzelne Unteroffiziere und Offiziere sich solch ungeheure Zahl von Mishandlungen zu Schulden kommen lassen? Wie können Vorgesetzte so etwas übersehen? Der Kriegsminister hat selbst gesagt, wenn das lange Zeit in einer Compagnie vorkommt, so muß der Vorgesetzte davon wissen. Den Hauptmann v. Großmann, den Vorgesetzten Dreidenbachs, hat man ja auch mit vier Wochen Stubenarrest bestraft. Seine Hauptangst war ja, daß, wenn die Sache an den Reichstag kommt, bei den Sozialdemokraten der Teufel los ist. (Heiterkeit.) Aber nach den Worten des Kriegsministers ist der Mann unfähig, die Aufgabe eines Compagniechefs zu erfüllen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Ballestrem (unterbrechend): Herr Abg. Bebel, Sie haben selbst bei mir beantragt, die Frage der Soldatenmishandlungen bei einem andern Titel zu behandeln. (Sehr richtig! rechts.) Ich bitte Sie also, jetzt zu andern Fragen überzugehen. Eine vorübergehende Heranziehung dieser Fälle läßt sich ja wohl nicht vermeiden.

Abg. Bebel (fortfahrend):

Ich wollte diese Fälle nur summarisch erwähnen, um nachzuweisen, daß gegen die Vorgesetzten nicht dasjenige geschehen ist, was ihnen hätte geschehen sollen. Darauf lege ich bei meinen Ausführungen das Hauptgewicht. Nach dieser Richtung muß viel schärfer als bisher vorgegangen werden. — Auch die Zahl der Selbstmorde hat in der Armee nicht abgenommen. Im 95. Infanterieregiment haben in wenigen Monaten sieben Selbstmorde und ein Selbstmordversuch stattgefunden. Auch der Fall des Einjährig-Freiwilligen Korbes in Hannover hat ungeheures Aufsehen erregt. Viele, die als Soldaten eingezogen werden, müssen nach einem halben oder drei-

viertel Jahren als geisteskrank entlassen werden. Auch auf diesem Gebiete sind die Zustände schauerhaft. — Ich komme auf gewisse Vorfälle zu sprechen, die mit der kaiserlichen Verordnung vom 6. Februar 1890 in Widerspruch stehen. Es handelt sich um ein Ereignis, das im vorigen Frühjahr ungeheures Aufsehen erregt hat. Der kommandierende General des VI. Armeecorps, der Erbprinz von Sachsen-Meinungen, ist veranlaßt worden, seinen Abschied zu nehmen, weil er einen Erlaß über Soldatenmishandlungen veröffentlicht hatte, der mit der kaiserlichen Verordnung vom 6. Februar 1890 in allen wesentlichen Punkten übereinstimmt. Mit dem Befehlswort der Soldaten bei Mishandlungen, das durch diese Erlasse ausgedehnt wird, steht es wirklich so, wie ein Wigblatt sagte: „Wann hat der Soldat am besten Gelegenheit, Mut und Tapferkeit zu beweisen? Antwort: Wenn er sich beschweren will.“ Als Gegenstück dazu ist mir von sieben verschiedenen Seiten mitgeteilt worden, daß der kommandierende General des VII. Armeecorps, Freiherr v. Bissingen, seinen Burschen so mishandelt hat, daß dieser die Flucht ergriff. Der General soll mit einigen Stunden oder einigen Tagen Stubenarrest bestraft worden sein. (Fortwährende Unterbrechungen und große Unruhe rechts. Abg. v. Niepenhausen (l.) spricht fortwährend so laut, daß Präsident Graf Ballestrem wiederholt um Ruhe bitten muß.) Ich wünsche, daß der Kriegsminister sich darüber äußert, ob meine Mitteilung richtig ist.

Vorgesetzte, die ihre Untergebenen gemißhandelt haben, sind immer sehr billig weggegangen, ganz im Gegensatz zu Soldaten, die sich gegen Vorgesetzte vergangen haben. In einer Heidelberg'schen Kriegsgerichtsverhandlung, die großes Aufsehen erregt hat, wurden im vorigen Jahre drei Soldaten wegen Ueberfallens und leichter Mißhandlung eines Unteroffiziers zu zehn Jahren, sechs Jahren und drei Jahren neun Monaten Gefängnis verurteilt. Es hat förmliche Volksaufläufe in Heidelberg gegeben, als dieses harte Urteil bekannt wurde. Das Ober-Kriegsgericht hat jene Urteile noch verschärft: einer der Angeklagten erhielt sieben Jahre Zuchthaus! Mögen die Soldaten auch eine scharfe Bestrafung verdient haben, so sind doch die Urteile unannehmlich hart im Verhältnis zu dem, was die Zivilgerichte erkennen würden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Militär-schriftsteller Generalleutnant a. D. v. Boguslawski hat in einem Artikel gesagt, diese Ausschreitungen bei den babilonischen Mäandern seien jedenfalls Früchte sozialdemokratischer Agitation. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) In Wirklichkeit ist nicht der allgeringste Beweis erbracht worden, daß derartige Agitationen den Handlungen der Soldaten zu Grunde gelegen hätten. Es wäre doch die größte Thorheit, wenn meine Parteifreunde irgendwo durch Agitation in Deutschland dazu beitragen sollten, daß derartige passiv. Unfrei Partei hat die Armee allezeit als eine Art noli me tangere angesehen wegen der Gefahren, die den Angehörigen der Armee so leicht drohen. In Baden ist übrigens die Sozialdemokratie prozentuell sehr schwach vertreten, in Sachen dagegen außerordentlich stark. Wären die Verdächtigungen und Verleumdungen des Generalleutnants v. Boguslawski berechtigt, so mühten doch derartige Erscheinungen in Sachen besonders auftreten. Hier sitzen die militärischen Vertreter Sachsens; mögen sie uns darüber Auskunft geben, ob in Sachsen in einem prozentual höheren Maße Widersprechlichkeiten und Thätlichkeiten gegen Vorgesetzte vorkommen! Es wird schwer sein, das nachzuweisen und damit sind die Behauptungen des Herrn v. Boguslawski als gemeine Verdächtigungen gekennzeichnet. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ein so hoher Offizier sollte doch etwas mehr Objektivität und Ansändigkeit gegenüber seinen Gegnern bewahren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Große Unruhe rechts.) Im übrigen haben wir ja schon bei der Beratung des Militär-Strafgesetzbuchs immer darauf hingewiesen, daß die Strafen für Untergebene in einem großen Mißverhältnis stehen zu den Strafen für Offiziere. Ich kann mir nicht Gemeineres und Cholerischeres denken, als wenn ein Offizier sich gegen einen wehrlosen Untergebenen vergeht! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich wundere mich nur, daß von dem Rechte der Nothwehr, das ja auch für den Soldaten besteht, so wenig Gebrauch gemacht wird. Wenn ich als Soldat mishandelt worden wäre und den Entschluß gefaßt hätte: „Jetzt geht Du ins Jenseits“, so sollte der, der das Unrecht veranlaßt hat, zuerst dafür büßen und auch durch eine Kugel ins Jenseits befördert werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Große Unruhe rechts.)

Die Thätigkeit der Offiziere ist gewiß eine sehr geistigende. (Warm rechts.) Ich begreife es vollkommen, daß infolge dessen bei den jungen Offizieren das Bedürfnis entsteht, sich einmal auszutoben, Ausfärcerungen und Allotria zu begehen, die die Armee diskreditieren müssen. Es war gewiß niemandem unangenehmer, als dem Kriegsminister, daß der Roman „Aus einer kleinen Garnison“ erschien, und daß vor dem Kriegsgericht alles als wahr festgestellt wurde. Der Kriegsminister sagte, es geht nur ein Forbach, aber die neueren Vorgänge in Bismarck, wo eine Offiziersgattin sich geradezu als eine Art Messalina erwies, sowie eine Anzahl weiterer Meldungen aus verschiedenen Städten sehen dem entgegen. In seinem Roman „Erkaltete Menschen“ giebt Graf Baudissin Schilderungen der Zustände eines Garde-Regiments, die, wenn sie auch nur zu einem Drittel wahr sind, eine Unmasse von Korruption, Verderbnis und Eitelkeit verraten. (Anhaltende Unruhe rechts. — Auf: Nicht ist wahr!) Ich konstatiere nur die Thatsache! Es ist Sache der Militärverwaltung, Klarheit zu schaffen! (Große Warm und Widerspruch rechts.) Wenn die Militärverwaltung ernsthaft Klarheit haben will, so kann sie auch vor einem Zivilgericht das nötige herbeiführen! Aber nach Forbach, wo man auch nicht geglaubt hat, daß es wahr sei, wird man zu solcher „Klarheit“ nur noch wenig Reizung verspüren! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Auf rechts: Es ist ein Lump! — Große Unruhe.) Ich konstatiere, daß Sie (nach rechts) einen Schriftsteller, der zu Ihren Kreisen gehört, als Lumpen bezeichnet haben. Graf Baudissin wird sich wohl darüber etwas deutlicher aussprechen müssen, ob er seinen Roman als Phantastengebilde oder als Nacherzählung der Wirklichkeit gedacht hat. — Aber auch das Bürgerthum trägt zu solchen Zuständen bei. Mit der belämmerten kriegerischen Gesinnung wird der Offiziersstand als erster Stand im Staate angesehen. Sogar Richter haben dies ausgesprochen. Das Bürgerthum hat ja auch eine naive Freude an dem Titel des Referentenleutnants (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts). Das Offiziercorps verfällt immer mehr in Leppigkeit und Verwechslung. Die Liebesmühle mehren sich und der Luzus nimmt überhand. Ein Offizier kann seine Ausgaben gar nicht mit seinem Gehalt decken. Die Schuldenwirtschaft führt dann zu Geldheiraten. Selbst der „Reichsbote“ und die „Reinisch-Westfälische Zeitung“ haben nachdrücklich auf den zunehmenden Luzus hingewiesen. Durch die sündigen Uniformänderungen würden die Offiziere zum Schuldenmachen gezwungen. Wer die kostspieligen Feste aller Art nicht machen möchte, fähle sich vereinsamt und zurückgezogen. Der Kaiser habe im März 1890 dringend zur Entsamkeit gemahnt, thue aber jetzt nichts, dem Luzus entgegenzutreten.

Ich möchte an andre Fälle erinnern, die so merkwürdig sind wie die Vorgänge in Forbach. Wir haben ja gesehen, welche Rolle da die Kommandeuse spielte. (Heiterkeit.) Aber auch bei einem Artillerie-Regiment in Darmstadt soll die Frau eines Oberleutnants fortgesetzt die Dienstpferde reiten, sich tagelang in der Kaserne aufhalten und großen Einfluß haben. Ein Divisionskommandeur soll gezwungen worden sein, seinen Abschied zu nehmen, weil die Frau des kommandierenden Generals über seine uneheliche Verwandtschaft entrüstet war. (Wiesfaches Hört! Hört! links, Lachen rechts.) Das sind geradezu chinesische Zustände.

Die ganze Ausrüstung der Soldaten steht in schreiendem Widerspruch mit dem Zweck des Heeres. Seit 15 Jahren habe ich unablässig auf die Notwendigkeit hingewiesen, das Glänzende, das Winkende, das Auffallende an den Uniformen zu vermeiden. Anfangs hat man das verspottet, heute möchte man eine zweckmäßige Uniform am liebsten schon einführen, wenn die Kosten nicht gar so hoch wären. — Einer solchen gründlichen Reform steht allerdings die Sucht nach ansehnlichem Glanz und Prunk gegenüber. Die Auszeichnungen, die Medaillen, die Schärpe und Borten, die Ähren und all die Auserwählten, die alle paar Wochen in neuer Form eingeführt werden, müssen doch erhalten werden. Vor vier Jahren hat ein Oberst mit Recht gesagt, daß kein Mensch alle diese neuen Auszeichnungen aus den letzten zehn Jahren im Kopfe hat. Selbst die „Hamburger Nachrichten“ tadeln dies Uebermaß; sie behaupten, daß in der Marine nicht weniger als 250 verschiedene Abzeichen vorhanden seien. (Hört! hört!) Freiherr v. d. Goltz konstatiert die zunehmende Unzufriedenheit im Offiziercorps über die beständigen Veränderungen. In weiten Kreisen der Armee und des Volkes ist heute die Ueberszeugung vorhanden, daß wenn in einem künftigen Kriege das Heer so geführt werden sollte wie bei dem letzten Kaisermandöver, die Niederlage Deutschlands unvermeidlich sei. (Beifall.) In der Budgetkommission ist über die hohen Kosten der nutzlosen Manöver gellagt worden. Dabei werden die Kosten noch zum größten Teil auf die Landwirte abgewälzt, denen man kaum die Hälfte ihres wirklichen Schadens ersetzte. (Hört! hört! rechts.) Der Verlauf der Manöver hat keinen kriegsmäßigen Charakter mehr; immer scharfer wird deshalb die Kritik der Militärchriftsteller. Im Buche des Freiherrn v. Ullsen ist ein ganzes Kapitel „Phantastische Manöver“ überschrieben. Besonders über das Manöver von 1902 wird das denkbar schärfste Urteil gefällt. Oberst a. D. Gaedke hat im „Berliner Tageblatt“ Manöverfälschungen gegeben, die deutlich das abfichtlich Unkriegsmäßige der Kaisermandöver zeigen. Auch in der „Gegenwart“ hat eine militärische Autorität scharf das theatralisch-dekorative Element bei den Kaisermandävern getadelt. Die Kritiken über die Manöver der Schweizer Milizarmee sind da doch bei weitem günstiger. Die Ausbildung sei besser, obwohl die Dienstzeit bedeutend kürzer sei. Der Kriegsminister hat unsern Standpunkt ja als unhaltbar bezeichnet. Demgegenüber berufe ich mich z. B. auf das Urteil Karl Meißtrens (Hört! rechts). Der Kriegsminister winkt mit der Hand ab und lacht krampfhaft, der trotzdem einer der ersten Kriegshistoriker Deutschlands ist; ebenso auf das Urteil eines deutschen Offiziers, der den Boerenkrieg mitgemacht hat, der hebt mit Recht hervor, daß die deutsche Armee den Beweis erst noch führen solle, daß sie solche Strapazen zu ertragen imstande ist, wie die Milizen im Boerenkriege ertragen haben. Auch General v. d. Lippe kommt zu der Auffassung, es bleibe nichts weiter übrig, als einen Mittelweg zwischen dem, was besteht und dem was die Socialdemokraten fordern, zu beschreiten. Er schlägt eine stehende Armee von 200 000 Mann und eine Milizarmee von 1 800 000 Mann vor. Der General meint, uns würde die beste Ruh aus dem Stalle geholt werden, wenn ein preussischer Kriegsminister, ohne dazu gedrängt zu sein, mit einem derartigen Milizvorschlage läme und wir würden dann natürlich dagegen stimmen. Nun, es läme ja auf den Versuch an. Für das Milizsystem haben sich nicht nur französische Militärchriftsteller ausgesprochen, auch Freiherr v. d. Goltz vertritt in seinem Buche „Leon Combetta“ ähnliche Anschauungen und spricht sich vor allem lebhaft für die militärische Ausbildung der Jugend aus. So ist der Milizgedanke überall im Vorschein; wir hoffen, daß er mit der Zeit alle Widerstände besiegen wird. (Lebhafter Beifall bei den Socialdemokraten.)

Kriegsminister v. Einem:

Herr Bebel hat in seiner 2 1/2stündigen Rede alle Dinge von der Geburt des Rekruten bis zu seinem Abschiede aus der Armee geschildert. Ich weiß nicht, ob ich ihm auf diesem Pfade werde folgen können. Einen großen Teil seiner Ausführungen nahmen die Wendungen: „Es ist mir berichtet, es ist mir gesagt, es sind unerhörte Zustände, bestimmt versichern kann ich es nicht, von glaubwürdiger Seite wird mir berichtet usw.“ ein. Wenn ich derartige Anschuldigungen gegen ein Mitglied der socialdemokratischen Partei oder gegen diese selbst richten würde, würde Herr Bebel mit dem Panzer der Moral und der Schwere sittlicher Entrüstung betrautet auf mich einfallen. Auf alle diese ollen Kamellen (Sehr gut! rechts — Abg. Bebel: Keine einzige ollen Kamelle!) will ich nicht eingehen, z. B. nicht auf die schöne Geschichte von dem Oberleutnant in Alsenstein und der entrüsteten Divisionalkommandeuse. Das ist doch der vollkommene Unsinn! (Lebhafter Beifall rechts.) Wenn Abg. Bebel, der so außerordentlich Vieles weiß in allen militärischen Dingen (Große Heiterkeit), sich nur einmal die Rangliste ansehen würde, würde er wissen, daß in Alsenstein gar kein Generalkommando ist und daß der Königsberger Divisionalkommandeur nicht verabschiedet, sondern zum kommandierenden General ernannt worden ist. Die ganze Erzählung fällt in sich zusammen wie ein Kartenhaus. Von dem Fall des Generals v. Bissingen in Münster weiß ich absolut nichts, auch im Militärkabinett hat man keine Ahnung. Wäre es wahr, so wäre der General vor ein Kriegsgericht gestellt worden. Das ist nicht der Fall. Der Abg. Bebel hat über das werthvolle Eingreifen aller Parteien gegen die Mißhandlungen in der Armee seine Freude ausgesprochen. Die Regierung und die Militärverwaltung haben immer auf diesem Standpunkt gestanden. (Zuruf rechts: Wir auch!) und die Mißhandlungen stets verurteilt. Die Socialdemokratie ist darin keineswegs die führende Partei. Keine Partei hat weniger Veranlassung anzunehmen, daß sie auf bessere Zustände in der Armee hinwirken kann. Wenn auch der Parteitag in Dresden — (Stürmisches Gelächter bei den Socialdemokraten. — Abg. Bebel ruft: Ollen Kamellen! — Vizepräsident Dr. Paasche bittet wiederholt um Ruhe.) Wollen Sie denn jetzt Ihre wahren Meinungen verkennen? Wenn Sie also in Dresden erklärt haben, daß die Gegenfälle sich ständig verschärfen, wie können dann friedliche, harmonische Zustände im Heere bestehen? Dann müßten auch dort die Gegenfälle auseinander plagen. Auf dem Parteitag ist ein Antrag gestellt worden, die Partei möge unter den Proletariern, die alljährlich zur Armee eingezogen werden, in geeigneter Weise Propaganda für die Socialdemokratie machen, sie insbesondere über ihre Pflichten gegen den sogenannten inneren Feind aufklären, damit sie eventuell nicht gehorchen. Ein Antrag von Berlin I verlangt das Notwehrrecht für die Soldaten gegenüber ihren Vorgesetzten. Wenn die Mannschaften mit so verkundenden Instruktionen versehen in die Armee kommen, so ist die Socialdemokratie schuld an den Mißhandlungen. (Lachen bei den Socialdemokraten.)

Herr Bebel hat dann gesagt, ich wollte die Kritik der inaktiven Offiziere unterdrücken. In der That habe ich nur gesagt, man sollte sich nicht immer nur auf die Kritik derjenigen Offiziere verlassen, die sich nicht mehr im Dienst befinden, sondern sich auch auf die Offiziere verlassen, die Sr. Majestät dem Kaiser und König verantwortlich sind für die kriegsmäßige Ausbildung der Truppen. Ich habe das Recht der Kritik also den inaktiven Offizieren in keiner Weise streitig gemacht. Wir können eine Kritik, auch eine scharfe Kritik zum Segen der Armee überhaupt gar nicht entbehren. Die inaktiven Offiziere haben uns in ganz außerordentlichem Maße auf allen möglichen Gebieten der Organisation, der Ausbildung, der Erfindungen, des Waffenwesens usw. genützt. (Hört! hört!) Meine Bitte richtet sich nur dahin, daß eine Kritik unterbleibe, die verheerend wirkt, die in das Volk Aufregung und den Glauben hineinschleift, daß die Armee nicht mehr so tüchtig sei als wie sie zur Sicherheit des Vaterlandes sein müßte. Was ist nun aus dieser meiner rein objektiven Stellungnahme gemacht worden? Das „Berliner Tageblatt“ hat kurz nach meiner Rede einen Artikel gebracht mit der Ueberschrift: „Die Kritik des Beweises“. Da steht: „Wir sind beurteilt zu Muntzen, wir dürfen nicht mehr reden; nur was der Herr Kriegsminister im Reichstag für gut befindet zu sagen, das

soll geglaubt werden. Aber wir werden nicht schweigen, sondern unser Recht geltend machen.“ Ich hatte von alledem nichts gesagt, nicht mal von meiner Perlen gesprochen. Ich habe darauf Briefe bekommen: Ich hätte die inaktiven Offiziere beleidigt. Ich habe den Briefschreibern das Stenogramm meiner Rede gesandt und die Leute haben sich darauf entschuldigt: es thäte ihnen sehr leid, so an mich geschrieben zu haben, sie seien irreführt worden durch den Schreiber im „Berliner Tageblatt“, den Oberleutnant Gaedke. (Hört! hört! rechts.) Nur einige Beispiele, um zu zeigen, in welcher Weise derartige Kritiken gegen die Armee gerichtet werden — natürlich immer nur aus Liebe zur Armee, aber die Liebe geht manchmal wirklich eigenartige Wege. — Da sagt das „Berliner Tageblatt“ am 2. Dezember vorigen Jahres: „Wer weiß nicht, daß sich der Generalstab bereits Jahrzehnte im sauren Schlummer befindet“. Am 5. Januar 1904 aber rüht das Blatt den Chef desselben Generalstabes als eine Persönlichkeit, auf die jedes Heer stolz sein könnte — der Chef hat also offenbar den Schlummer des Stabes nicht mitgemacht. (Heiterkeit.) — Ein höherer Offizier hatte die Einführung der Feldhaubige Kritik zu Gesicht, betont, daß er von vornherein die Einführung der Feldhaubige für einen Mißgriff gehalten habe, und schreibt weiter, solche Fehler der Heeresverwaltung seien nicht ihrer Unthätigkeit zuzuschreiben, sondern der Vielgeschäftigkeit, dem nichtgenügenden Bedenken organisatorischer Probleme, der Uebersetzung der Nachgiebigkeit gegenüber augenblicklichen Impulsen. Das kann ja seine Ansicht sein, da habe ich gar nichts dagegen, aber wenn er nun weiter schreibt, daß unsre Heeresverwaltung auf allen Gebieten der Organisation und Taktik, der Verwaltung, Ausbildung und Erziehung auf dem bequemsten Standpunkt des bewährten Alten stehen geblieben sei, dann deckt sich das doch nicht, dann kann man doch solcher Kritik keinen Glauben schenken. (Sehr richtig! rechts.) — Von dem Erlaß gegen die Schriftstellerei der inaktiven Offiziere, den Herr Bebel erwähnte, ist mir nichts bekannt. — Herr Bebel hat die Proschüre des Generals von Meerseide-Hällessem erwähnt. Ueber die Ausbildung der Armee wird hier mit einem Freimuth ohne Gleichen in eingehender, kenntnisreicher Weise gesprochen. Ich bin fast überzeugt, daß viele Offiziere aus dieser Proschüre neue Anregungen schöpfen werden, um die Ausbildung ihrer Truppen zu fördern. Herr Bebel hätte aber die ihm bei seiner Kenntnis der einschlägigen Literatur sicher bekannte ebenso freimüthige Kritik eines andern ehemaligen Generals, v. Blume, auch anführen sollen, der ausführt, daß General v. Meerseide-Hällessem etwas schwarze Farben aufträgt, daß er sehr temperamentvoll ist und daß außerdem Vieles, was er noch tadelt, schon längst zum Alten geworfen ist.

Ich habe von dem, was ich früher gesagt habe, kein Wort zurückzunehmen. Jede Ausbildung ist falsch, die nicht die kriegsmäßige Fertigkeit in erster Linie im Auge hat. In einer zweiten Proschüre des Generals v. Meerseide-Hällessem wird bewiesen, daß wir auch den Paradenmärschen brauchen, daß er sich ohne irgendwelche Zeitverschwendung der Ausbildung anreichert läßt.

In letzter Zeit ist, vom Chef des Generalstabes gebilligt, aus dem Generalstab selbst eine äußerst scharfe Kritik hervorgegangen, die sich dagegen wendet, daß gewisse Bestimmungen unres Reglements schablonenmäßig, ohne Berücksichtigung des Geistes dieser Bestimmungen, angewendet werden. Möglicherweise haben ja französische Generale noch größere Freiheiten. Aber der französische Kriegsminister versteht doch in solchen Dingen weit weniger Spaß als wir. Wer dort eine unangenehm empfundene Kritik veröffentlicht, verschwindet bald in Algier oder Pensionopolis. (Heiterkeit.)

Ich verdiene es Herrn Bebel nicht, daß er als Führer einer so gewaltigen Partei meint, es gehöre eine große Intelligenz dazu. Socialdemokrat zu sein (Marxhe rechts) und die socialdemokratischen Soldaten seien infolge dessen die besten. Dagegen will ich nichts sagen. Ein intelligenter Mann, der der Socialdemokratie angehört, lernt sehr leicht das, was im Dienst von ihm verlangt wird; er wird äußerlich ein recht guter Soldat sein, der gut schießt und marschirt. Aber er ist nur so lange ein guter Soldat, als es ihm paßt. Wenn andre Zeiten kommen, wo die Intelligenz nicht mehr ausreicht, wo es auf das Herz und die Gesinnung ankommt (Sehr gut! rechts), wie sieht es da mit einem solchen Soldaten? Die Gesinnung macht den Soldaten! Wir ist ein Königstreuer, religiöser Soldat, der aber etwas weniger gut schießt, lieber als ein socialdemokratischer, der sehr gut schießt. (Stürmisches Gelächter und Rufe: Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Ich las vor den Wahlen ein Zuerat, worin stand: „Wähl! den Vicesfeldwebel S., er ist Feldwebel der Reserve, also geeignet, im Kriegsfall ein Bataillon zu führen!“ (Heiterkeit.) Ja, wenn das Bataillonführer so leicht wäre, wie Sie (zu den Socialdemokraten) sich das denken — (Abg. Bebel ruft: Ich habe es doch nicht gesagt!) — Ich spreche gar nicht mit Ihnen, Herr Bebel (Heiterkeit) —, dann könnten wir allerdings das stehende Heer abschaffen und zu der berühmten Miliz übergehen. In unrer Armee aber brauchen wir außer der Intelligenz auch Charakterfestigkeit, Ernsthaftigkeit, Königstreue und Vaterlandsliebe! (Lebhafte Bravo! rechts.) In der äußersten Linken geht es ja auch so: alles, was nicht wahrhaft ist, sei es intelligent oder nicht, steigt munter hinaus. (Große Heiterkeit rechts.) Herr Bebel aber ist in dieser Sache wirklich unschuldig wie ein Kind. Er wies auf das Durchschmittmaß von Strafen innerhalb einer Compagnie hin. Allerdings wurde früher darauf geachtet, daß eine gewisse Anzahl von Strafen nicht überschritten wurde, das war ein Ausfluß einer gewissen Pedanterie. Aber es ist längst von Sr. Majestät angeordnet worden, daß derartige Statistiken verschwinden.

Herr Bebel hat auf die Herzensbelämmernisse einzelner Schriftsteller hingewiesen, die uns auf dem Wege nach Jena sehen. Es giebt ja auch ein Buch „Jena oder Sedan?“ (Bebel ruft: Einen Roman.) Jawohl, es ist alles sehr romantisch. (Große Heiterkeit rechts.) Was ist denn Jena? Bei Jena hat die preussische Armee eine Schlacht verloren, aber ihre Ehre ist völlig intakt geblieben. Der Zusammenbruch des Staates kam später. Es waren die schmachvollen Kapitulationen der Festungen. (Zuruf bei den Socialdemokraten: Durch die Junker.) Durch ältere Offiziere, die nicht mehr glaubten, Widerstand leisten zu können. Diese Offiziere hatten in vielen Einlagen an die damalige Militärverwaltung darauf hingewiesen, ihre Festungen seien den Angriffen der Feinde nicht gewachsen. Die Sache wurde abgemacht durch kriegsgerichtliches Einschreiten und dergleichen. Aber der Zusammenbruch des Staates erfolgte, weil eine kosmopolitisch angehauchte Bevölkerung den Staatinteressen fernstand und nicht, wie in Spanien, den Ruf erschallen ließ: „Gegen den Feind!“, sondern dem Rufe folgte: „Aube ist die erste Bürgerpflicht!“ (Zuruf bei den Socialdemokraten: Geshichts-fälschung!) Wenn aber alle Interessen des Volkes im Staatsinteresse gipfeln, so ist ein Jena überhaupt nicht möglich, es sei denn, daß von einer gewissen Partei alle Vaterlandslicbe, alle Religion, aller Patriotismus dem Volke aus der Brust gerissen würde! (Marxhe bei den Socialdemokraten. Abg. Stadthagen ruft: Das sind die Konservativen! Heiterkeit.) Nicht die Kaiserfahne, sondern nur die rote Fahne der Socialdemokratie könnte uns nach Jena führen! (Lauter, anhaltender Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Herr Bebel sagte, der Erbprinz von Sachsen-Meiningen sei verabschiedet worden, weil er eine Verordnung erlassen habe, die die Billigung Sr. Majestät nicht gefunden habe. Es ist lediglich eine Vertrauenssache Sr. Majestät des Kaisers, wen er als kommandierenden General ansetzt und wen er verabschieden will. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Ich lehne es durchaus ab, sich irgendwie darüber auszusprechen. (Marxhe bei den Socialdemokraten.) auch schon deshalb, weil mir nichts von dieser Sache bekannt ist. (Hört! hört! rechts.) Im übrigen ist der ehemalige kommandierende General des VI. Armee-corps, der Erbprinz von Sachsen-Meiningen, nicht verabschiedet, sondern als Armee-Inspekteur ange stellt.

Der Heidelberger Fall ist in socialdemokratischen und andern linksstehenden Blättern so dargestellt worden, als hätten hier junge Leute, etwas verwildert durch das Manöver, einen ganz harmlosen Streich ausgeführt durch die Verprügung einiger Unteroffiziere. Was hätten Sie (nach links) aber gesagt, wenn ein paar Offiziere in Zivil, bewaffnet mit Stöcken, mit denen man einen Menschen todschlagen kann, Soldaten aufgelauert und sie verprügelt hätten. Dann wären Ihnen Worte wie „Mörder“ und „feige Mordbuben“ nicht stark genug gewesen. (Sehr richtig! rechts.) Es war kein harmloser Streich, sondern das schwerste Vergehen, das es in der Armee giebt: Meuterei (Sehr richtig! rechts). Meuterei in Verbindung mit — (da der Kriegsminister den Ausdruck nicht gleich findet, wendet er sich an die neben ihm sitzenden Offiziere und fragt sie: „Wie nennt man es doch?“ Als er Anshuft erhalten hat, fährt er fort: Ja, Aufruhr — Aufruhr! Herr Bebel macht das Militär-Strafgesetzbuch dafür verantwortlich. Glauben Sie, daß der Reichstag, der dieses im Jahre 1872 unter dem trüben Eindruck des siegreichen Krieges beschloß, weniger human dachte als Sie (zu den Socialdemokraten)? Aber die Disziplin muß auf alle Fälle anrecht erhalten werden, deshalb brauchen wir strenge Strafen. Die Grundlage der Armee lassen wir nicht antasten! (Bravo! rechts.) Wenn Herr Bebel Firma mit Forbach verglich, so hat er Forbach nicht verstanden. In Forbach war leider so ziemlich alles korrumpiert. Hätte Herr Bebel mich in der Kommission nach Firma gefragt, wo wir sozusagen unter und jungen Mädchen waren (Heiterkeit), so hätte ich ihm gern Auskunft gegeben. Hier im Plenum kann ich nur an die Worte erinnern, die der sterbende Valentin im „Haus“ an Gretchen richtete. (Heiterkeit.) Glauben Sie (zu den Socialdemokraten), daß Zustände, wie in dem von Herrn Bebel erwähnten Buche, in der Armee existieren? Da wird mich zu genickt. Wenn Sie (zu den Socialdemokraten) das glauben, dann muß Sie Philister (Große Heiterkeit rechts), dann sind Sie keine Revolutionäre. (Stürmisches Gelächter bei den Socialdemokraten.) Wenn Militär und Gesellschaft wirklich so korrumpiert wären, so brauchen Sie doch bloß mit dem Finger zu winkeln und Sie hätten den Zukunftstaal! Mit solcher korrumpierten Gesellschaft müßten Sie doch leicht fertig werden! (Sehr gut! rechts.) Aber Sie glauben es nicht, und Sie winken auch nicht mit dem Finger! (Heiterkeit.)

Auf dem Dresdener Parteitag hat Herr Bebel gesagt: „Das letzte Vollwerk, die Armee, wankt schon!“ Daran ist zweierlei falsch. Erstens: die Armee ist Gott sei dank, gar nicht das letzte Vollwerk, sondern das letzte Vollwerk des Staates sind — (Zuruf bei den Socialdemokraten: „Die Junker!“ — Große Heiterkeit.) — Ich habe höhere Begriffe, es sind nach meiner Meinung die kostbaren Schätze, die in Bürgerkreisen und Arbeiterkreisen, im Adel und wohin Sie blicken, noch vorhanden sind: Gottesfurcht, Vaterlandsliebe und Königstreue! (Beifall rechts.) Damit werden Sie (zu den Socialdemokraten) noch viel zu kämpfen haben! Erst dann kommt die Armee. Und diese — das ist der zweite Irrtum — wankt nicht, sondern ist fest begründet auf dem Offiziercorps! Ich halte diese Angriffe gegen das Offiziercorps für außerordentlich vaterlandsgefährlich. Hier heißt es: Warum sollen die Offiziere der erste Stand sein? Herunter vom Piedestal! Dann kann man aber in denselben Blättern bei der Beschreibung ausländischer Armeen lesen, sie laugten nicht, weil der Offizierstand eine gänzlich untergeordnete Stellung einnehme. (Hört! hört! rechts.) Und hier soll er heruntergerissen werden, obwohl er der Führer der Nation ist, sie erzieht! (Lautes Lachen bei den Socialdemokraten.) Durch das, was er im Kriege als Führer des Heeres geleistet hat, hat er sich den Dank der Nation für alle Zeiten gesichert. Seitdem hat er in ununterbrochener Treue, Hingebung und Arbeit seinen Dienst gethan und fest zu seinem allerhöchsten Kriegsherrn gestanden. Und trotzdem ist noch kein Stand so beschmutzt worden, wie der Offizierstand im vaudissischen Buche und im „Simplicissimus“. Mit Recht nennt diesen die „National-Zeitung“ den irdischen Bacillus, der jedes Ideal, eines nach dem andern zu zerstören sucht. (Zuruf bei den Socialdemokraten: Selbst den Leutnant! Stürmisches Gelächter.) Jeder einzelne soll sich sagen: Was du ererbst von deinen Vätern hast, ererbe es, um es zu besitzen, soll sich in die Tradition, in den Geist der Armee einleben, der auch heute noch ein guter ist.

Herr Bebel hat heute einen bekannten Militärschriftsteller als Kronzeugen für seine Auffassung von den Manövern angeführt. Aber in dem soeben erschienenen Generalstabswerk über den südafrikanischen Krieg sind ich eine Aeußerung des Generalsfeldmarschalls Roberts, daß die Ausbildung der englischen Führer so lange mangelhaft bleiben werde, bis man sich entschliesse, größere Manöver einzuführen. Er betonte, wie die großartig organisierten deutschen Manöver. (Hört! hört! rechts.) Wie vorzüglich man bei der Kritik großer Truppenbewegungen sein muß, dafür nur ein paar Beispiele. Ueber den Krieg von 1866 ist man sich heute noch nicht klar, ob er ein generelles Meisterwerk oder ein schwerer strategischer Fehler war. Ich erinnere an die häßlichen Streitigkeiten und Widerwärtigkeiten zwischen Scharnhorst und Yorl. Feldmarschall Steinmeyer hat dem Grafen Wolke wiederholt mitgeteilt, daß er seine Strategie nicht verstehe. Sie sehen, abweichende Urtheile sind sehr leicht möglich. Ich bin auch nicht mit jeder Manöveranlage und Durchführung einverstanden, aber die Kritik des Abg. Bebel halte ich für gänzlich berehrt. Wenn ein Oberst a. D. irgendwo die Manöver absprechend beurteilt und dazu schreibt, ich bin gezwungen, mich so auszudrücken aus Liebe zum Heere „viduoant consules“, so richtet der Philister das Grinsen. (Große Heiterkeit.) Aber wir müssen bei den Manövern auf die Bevölkerung und Bebauung Rücksicht nehmen, Prelltionen, von denen der Kritiker meist gar keine Ahnung hat. Die Manöver werden soweit als möglich kriegsmäßig durchgeführt, aber einfach den Stab zu brechen und zu sagen, die Manöver taugen nichts, das ist keine objektive Kritik mehr. Ich möchte bitten, auch in dieser Beziehung positiv zu sein. Auch vor 1866 hat man die Armee nach allen Richtungen schlecht gemacht, und doch marschirt sie über Königgrätz zum Siege. Und wenn wir wieder Gelegenheit haben, dann bin ich der festen moralischen Ueberszeugung, daß sich wieder der gute Geist und die Kriegstüchtigkeit finden wird. Das ganze Befehl des Heeres wird zusammengehalten durch die sittliche Pflicht, die als Frucht der Erziehung und der socialen Einrichtungen ins Heer mitgebracht werden muß. Jeder wiele an seinem Teil mit, daß diese sittliche Pflicht, sich zu unterwerfen, dem Vaterlande zu dienen, anerkannt und erfüllt werde im Sinne des Dichterswortes:

An's Vaterland, ans teure, schließ' Dich an,
Das halte fest mit Deinem ganzen Herzen!

(Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Feiler, Heil zu Gernsheim (nass.):

Wenn Abg. Bebel konsequent wäre, würde er seine Kritik auch auf seine Partei anwenden und sagen, daß die freie Kritik des Herrn Schippel der Partei nur nützen könnte. Aber wenn es ihm paßt, verleiht er selbst die Grundlage der demokratischen Selbstverwaltung, wie beim Fall Gähre. Und wer hat denn nun eigentlich die höhere Intelligenz, Herr Bebel mit der Miliz oder Herr Schippel. Bebel hat heute die Armee als noli me tangere bezeichnet. Da ist er neuerdings wohl auch Revisionist geworden. (Heiterkeit.) Wenn ich aus Zeitungsausschnitten eine solche Rede über die socialdemokratische Milizarmee zusammenstellen wollte, wie er heute über die deutsche, dann würde er auf mich losfahren.

Der Unteroffiziersstand ist dienstlich überbürdet, er hat zu lange Arbeitszeit und zu geringe Vergütung. Darum ist es socialpolitisch ebenso wie militärisch ungenügend wichtig, ihn aufzubessern. Ich hoffe, daß das Centrum aus seiner Vertrauenslandgebung über den Minister die Konsequenz ziehen und seine Vorlage über Stellung der Unteroffiziere annehmen wird. Nachdem wiederholt die günstige Gelegenheit versäumt worden, den Unteroffizieren die ihnen zukommende Stellung zu geben, hat sich eines Theiles derselben eine gewisse Kerkostität bemächtigt, die mit Schuld an den Mißhandlungen ist. Bei so großer Verantwortlichkeit und so bedeutsamer erzieherischer Aufgabe, bei so großem Opfer an persönlicher Freiheit

Darf er nicht schlechter gestellt sein, als etwa ein Werkmeister, die heute 600 M. jährlich mehr verdienen. Wir bitten Sie also, den Antrag Octola-Dr. Paasche anzunehmen und die gestrichenen Unteroffizierstellen wieder herzustellen.

Abg. v. Normann (L.):

Herr Bebel schien das Mißverständnis diesmal etwas weniger warm zu vertreten als früher. Das war das einzige Erfreuliche aus seiner Rede. — Gegen die Soldatenmißhandlungen haben auch wir uns stets gewandt: Wir wünschen, daß ihnen mit allen gesetzlichen Mitteln entgegengetreten wird. Wir haben uns nur stets dagegen gewandt, daß jeder kleine Schlag und Stoß als Mißhandlung gilt. Solche Verfehlungen müssen bestraft werden und werden hart bestraft. Wir wenden uns auch dagegen, daß man immer von den Mißhandlungen spricht, daß man den Unteroffizier als den Verbrecher und das Schufel hinstellt, während man nichts davon sagt, wie die Soldaten den Unteroffizier reizen, bis er sich zu Mißhandlungen hinreißt. Eine solche einseitige Darstellung kann den Stand der Unteroffiziere nur in der allgemeinen Achtung herabsetzen und dagegen protestieren wir. Wir begrüßen es mit Freuden, daß der Herr Kriegsminister für eine Besserstellung und Entlastung der Unteroffiziere eintritt, das ist das beste Mittel gegen die Soldatenmißhandlungen. — Das sich auch im Offiziercorps Unwürdige finden, ist selbstverständlich, die einzelnen Fälle bedauern auch wir. Die Offiziercorps werden daraus Veranlassung nehmen müssen, immer scharfer auf Selbstucht zu dringen. Einen übertriebenen Luxus, der meist die Grundlage bildet für Verfehlungen aller Art, verurteilen wir aufs schärfste, aber wir protestieren gegen die Art des Herrn Bebel, Einzelfälle zu generalisieren. Unsere Offiziercorps werden die besten bleiben, trotz der jetzt Mode gewordenen Schmähchriften auf die Armee, die nur unsern tiefsten Abscheu erregen können. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (ref. Sp.):

Die Darstellung des Herrn Kriegsministers über die Vorgänge 1806—1813 war sehr einseitig. Königin Luise schrieb damals viel vorurteilvoller: Wir sind eingeschlossen auf den Höhen Friedrichs der Großen. Die Vorwürfe des Herrn Kriegsministers gegen das liberale Bürgertum der damaligen Zeit muß ich entschieden zurückweisen. Ungeheuren Kosmopolitismus sollte man nicht einem Bürgertum vorwerfen, das sich für die nationale That eines Wilhelm Tell begeisterte. Ohne das Bürgertum wäre die preussische Monarchie 1813 in Trümmern gegangen. Der Geist der Verklärung in der Armee, den man damals bekämpfte, muß auch heute wieder zum Teil bekämpft werden. Der Herr Kriegsminister kann nicht leugnen: die Armee gehorcht, aber sie rationiert. Drei Generale haben Protest erhoben gegen die zunehmende Verunköderung. Ich habe es begrüßt, daß der Herr Kriegsminister eine freimütige Kritik als berechtigt anerkannt hat. Es ist nicht bloß Oppositionstout, welche diese Kritik hervorruft, sondern die Unzufriedenheit ist inhaltlich tief eingedrungen in die Offizierskreise. Von der „Kriegszeitung“ bis zum „Vorwärts“ gehen die Klagen über die mangelhafte kriegsgemäße Uniformierung und über den falschen Luxus in der Armee, die eng mit einander in Verbindung stehen. Auf meine Kritik über die Uniformierung ist im vorigen Jahre der Herr Kriegsminister nicht eingegangen. Man hat behauptet, die Regelung dieser Uniformierung sei ein Auszug des Oberkommandos in der Armee, der Herr Kriegsminister frage dafür keine Verantwortung. Wir müssen entschieden das Recht des Reichstags, hier mitzureden, betonen. Wenn mit solchen Pöbelarmeen, wie es heute üblich ist, die Gehälter der Offiziere, die wir bewilligen, aufgebraucht werden, so ist das sehr wohl Sache des Reichstags. Ich erinnere nur an die goldenen Armbänder z. B. Die Sucht, deforatio zu wirken, wird direkt großgezogen. Es giebt kaum ein Stück der Uniform, das nicht im Laufe der Zeit geändert worden ist. Ich glaube kaum, daß der Herr Kriegsminister ein besonderes Vergnügen an diesen fortgesetzten Änderungen hat. Dagegen sollen allerdings andre Leute ein um so größeres Vergnügen daran haben. Die „Augsburger Abendzeitung“, ein Blatt, das zum Teil offiziell bedient wird, fordert die bayrische Heeresverwaltung zu einer vernünftigen Obstruktion gegen die fortgesetzten Änderungen in der preussischen Heeresverwaltung auf. Major v. Bruchhausen verlangt in „Tag- und Besichtigung aller blutenden Uniformteile für den Felddienst. Dieses Verlangen unterstützen viele sonst durchaus konservativ gesinnte Militärschriftsteller. In der ganzen Welt richten sich die Bestrebungen auf die Einführung der indifferenten Farben der Uniformen. Wie steht unsere Militärverwaltung dazu? Aus amerikanischen Blättern erfährt man, daß früher bereits auf kaiserliche Anordnung eine graue Kriegsgarnitur für alle Truppen hergestellt worden sei. Aus der deutschen Presse ist darüber nichts zu erfahren. Es wäre dankenswert, wenn der Kriegsminister uns darüber Auskunft geben könnte. Für die jüngsten fortwährenden Uniformänderungen sollen im hohen Maße Mäntel aus das heutige Warenhaus für Armee und Marine maßgebend gewesen sein. Der Chef der Abteilung dieses Warenhauses soll der Kriegsverwaltung immer neue Anregungen auf Uniformänderungen zugehen lassen. Wir kritisieren nicht nur der Kritik wegen, sondern um die bestehenden Mißstände zu bessern! (Lebhaftes Bravo! links.)

Kriegsminister v. Einem:

Es ist geschichtlich festgestellt, daß die preussische Armee 1806 bei Jena geschlagen worden ist, weil sie nicht auf der Höhe der kriegsmäßigen Ausbildung stand. Die Ehre hat sie nicht verloren. Der großartige Aufschwung 1813 war das Erhabenste, was ein Volk leisten kann. Weiter habe ich nichts sagen wollen. Für die Uniformänderungen trage ich die volle Verantwortung. Ich habe auch die Order über Einführung der neuen Paletotabzeichen durch meine Unterschrift erteilt. Wenn Se. Majestät der Kaiser einzelnen Truppenteilen besondere Abzeichen verliehen hat, so war das ein Akt gnädigen Wohlwollens, über den mir kein Urteil zusteht. Die neuen Uniformänderungen bedeuten aber in der That wesentliche Verbesserungen. So mußten noch 1870 alle Offiziere in langen Hosen ins Feld reiten, niemand durfte hohe Stiefel tragen. Das war natürlich sehr unbequem. Heute haben wir für die Mäntel eine einheitliche graue Farbe, früher hatten wir fünf Farben. Die Knöpfe können ja gerade herunter oder auch schräg gehen (Heiterkeit), aber es muß doch einer bestimmen: „Ich will, daß sie so getragen werden!“ Dann machen alle es so. (Heiterkeit.)

Dr. Müller-Meinungen meinte, die Offiziere trieben im Mandöver Luxus in der Kleidung. Dr. Müller-Meinungen nimmt gewiß viel mehr mit auf eine Weise als ein Lieutenant ins Mandöver. (Große Heiterkeit.) Wenn Dr. Müller-Meinungen unvorschriftsmäßig gekleidete Lieutenants auf der Friedrichstraße gesehen hat, so war es für die Herren ein großes Glück, daß es Dr. Müller-Meinungen war und nicht der Herr Kommandant. (Stimmliche Heiterkeit.) Die „Kammerfalle“, die Herr Dr. Müller-Meinungen so unsympathisch ist, ist in Bayern längst eingeführt. (Dr. Müller-Meinungen: Wir haben sie nicht.) Ja, sie ist da, wenn sie auch vielleicht nicht „Kammerfalle“ heißt. (Große Heiterkeit.)

Es ist sehr schwierig, eine einheitliche Farbe für die Uniformen zu finden. Was für Transvaal und China paßt, ist nicht für unser Klima geeignet. Bei uns sieht man im Sommer das Hochgrün viel weiter als den dunklen blauen Anzug, während im Winter sich das Blau erheblich schärfer vom Hintergrund abhebt als das Grau. Deswegen ist unsere gesamte Armee mit grauen Mänteln ausgerüstet. Die Landwehr hat eine graue Urtelwa, die natürlich manchmal nicht paßt. Für die Leute findet sich immer etwas Passendes. (Heiterkeit.) — Davon, daß ein eifriger Beamter des Warenhauses für die Armee uns mit Anregungen versorgte, weiß ich nichts. Der Herr läßt auch schneller zur Thür hinaus als hinein. Wohl aber sind wir selbst fortgesetzt am Probieren. So wird jetzt ein neues Gewand probiert, das im Warenhause hergestellt wird. Gewiß mögen eine ganze Menge Offiziere unzufrieden sein mit den vielen Änderungen. Aber ich glaube, daß so lange Se. Majestät der Kaiser an der Regierung ist, kein einziges Uniformstück

eingeführt ist, das man nicht im ganzen und ganzen als praktisch nachweisen kann, wenn es sich aus, wie ich zugebe, manchmal nur um Zusätze zur Uniform handelte. Von einem Uebermaß von unpraktischen Dingen kann jedenfalls nicht die Rede sein. Ich habe als Regimentskommandeur immer gesagt: Schimpst über mich so viel Ihr wollt, aber laßt es nur nicht aus dem Offiziercorps herauskommen. Die Armee mag rasonnieren, aber sie muß gehorchen, der Geist wird durch solches Rasonnieren nicht gefährdet. (Bravo! rechts.)

Bayerischer Bundesratsbevollmächtigter Generalmajor v. Endres:

Herr Müller-Meinungen hat mich gefragt, ob Bayern verpflichtet sei, bei Uniformänderungen, wie er jagte, „mitzugehen“. Ich bin erstaunt, daß ein Jurist von der Bedeutung des Herrn Müller-Meinungen, eine verfassungsrechtliche Frage an mich stellt. (Heiterkeit.) Durch die Versailles Verträge ist diese Frage seit längerer Zeit gelöst. (Heiterkeit.) Bayern ist dazu nicht verpflichtet und wenn es bisher mitgemacht hat, so ist das nur ein Beweis dafür, daß wir die Uniformänderungen für außerordentlich praktisch und zweckmäßig gehalten haben. Wenn schließlich Herr Müller-Meinungen gefragt hat, warum die bayrische Heeresverwaltung nicht eine vernünftige Obstruktion mache, so antworte ich: Sie hält die Obstruktion für unvernünftig. (Große Heiterkeit.)

Abg. Janner (Volkr.) verteidigt das Verhalten der Meyer-Stadtverwaltung in der bekannten Wasserfrage und verlangt einen erheblichen Nachschuß.

Bundesratsbevollmächtigter Elßwitzer Geheimrat Halle: Die Landesverwaltung hat in Mey jetzt alles erreicht, was sie erstrebt hat. Die Wasserfrage ist jetzt gut und auch in gesundheitlicher Beziehung zufriedenstellend.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Sonnabend 1 Uhr.

Schluß 6¹/₂ Uhr.

Partei-Nachrichten.

Zu der Kreisversammlung in Gelenan am vorigen Sonntag geht uns aus Olbernhau vom Vertrauensmann Genossen Gustav Lehmann mit dem Ersuchen um Veröffentlichung nachstehende Resolution zu:

„Die heute im Gasthof zum „Deutschen Haus“ in Olbernhau von reichlich tausend Wählern besuchte Versammlung erklärt, nachdem sie Kenntnis von den Vorgängen auf der letzten Kreisversammlung in Gelenan genommen hat, nicht mit der Berichterstattung des „Vorwärts“ über diese einverstanden zu sein. Der Bericht erschweigt gänzlich den Inhalt der von verschiedenen Genossen des Kreises in der erwähnten Versammlung gehaltenen Reden; insbesondere geht aus dem Bericht nicht deutlich genug hervor, daß die Versammlung von Anfang bis zu Ende für Genossen Paul Göhre eine Vertrauens- undgebildete. Die Kreisversammlung verurteilt auf die Kandidatur Göhres nicht um dessen Person, wie es im „Vorwärts“ heißt (dazu lag kein Grund vor), sondern, wie Göhre selbst, um der Einigkeit innerhalb der Partei willen.“

Es nimmt uns Wunder, daß sich die Genossen in Olbernhau mit ihrer Beschwerde an uns wenden. Wir haben unsern Bericht der „Chemnitzer „Vollstimme“ entnommen und insbesondere den Absatz, der über die Debatte berichtet, mündlich und vollständig aus der „Chemnitzer „Vollstimme“ abgedruckt; mehr als wie wir selber bekannt geworden ist, konnten wir nicht gut berichten. Lesen die Genossen in Olbernhau die „Chemnitzer „Vollstimme“ nicht?

In einer Parteiversammlung zu Nürnberg wurde der Geschäftsbericht über den dortigen Parteiverlag für 1903 entgegengenommen. Aus diesem Bericht ist zu entnehmen, daß das Parteigeschäft im vorigen Jahre wieder gute Fortschritte gemacht hat. Von den Schulden, mit denen das Geschäft bei der Uebernahme auf die Partei belastet wurde, sind wieder über 40 000 M. abgetragen worden, so daß voraussichtlich in zwei Jahren alle aus früherer Zeit datierenden Verpflichtungen erfüllt sein werden und dann daran gegangen werden kann, die Parteipresse in Nürnberg noch besser auszugestalten. Die „Fränkische Tagespost“ erzielte im vorigen Jahre einen Abonnentenzuwachs von ca. 1000, was angesichts des Umstandes, daß das Jahr 1903 ein Wahljahr war, freilich als gering erscheinen kann, es müssen dabei aber auch die besonderen Konjunktursverhältnisse, unter denen die Parteipresse in Nürnberg zu leiden hat, in Betracht gezogen werden. Auf jeden Fall ist ein stetiger Fortschritt zu konstatieren. Im kommenden Frühjahr soll wieder eine umfassende Agitation von Haus zu Haus für die „Fränkische Tagespost“ unternommen werden. — Einen sehr erfreulichen Aufschwung hat die Parteipresse in Jürich genommen. Dort erzielte die „Bürger-Zeitung“ einen Abonnentenzuwachs von über 1300 und eine Mehrerinnahme von ca. 12 000 M.

Parteipresse. Der Abonnentenstand des „Hamburger Echo“ stieg von 32 500 auf 37 501. Der Jahresumsatz betrug 528 062,69 M.

Die Kreisversammlung für den Wahlkreis Greifswald-Grimmen beschloß die Bildung eines Central-Wahlvereins für den ganzen Kreis mit dem Vororte Wolgast.

Der Gehalts eines Generalkreis zur Eringung des allgemeinen Wahlrechts in Schweden gewinnt nun wieder neues Leben. Die Arbeiterkommune in Malmö hat kürzlich, nachdem in drei Versammlungen über dieses Thema debattiert worden war, eine Resolution angenommen, in der die Arbeiter Schwedens aufgefordert werden, sich auf eine das ganze Land umfassende Arbeitniederlegung, auf einen „wirklich politischen Großstreik“, der nicht wie das letzte Mal „ein bloßer Demonstrationstreik“ sein soll, vorzubereiten, und ferner auch unter den Landwehrleuten und dem Militär eine wirksame Agitation zu entfalten, damit die Arbeiterklasse von dieser Seite auf die Unterstützung rechnen kann, die die Umstände erfordern. Ferner fordert die Arbeiterkommune die sozialdemokratische Parteileitung auf, so bald wie möglich einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen, um nach Beratung über die gegenwärtige Lage die eventuell notwendigen Schritte zu beschließen. — Die Resolution wurde, gegen eine starke Minorität angenommen, die einen Generalstreik in verschärfter Form wünschte. — Die Arbeiter von Malmö werden von der liberalen Presse Stockholms denen der Hauptstadt oft als die reinsten Musterkrieger gegenübergestellt, die alles viel gemäßigter und verständiger anfassend. Wenn dennoch in Malmö eine solche Resolution angenommen wurde, so zeigt das, welche Stimmung die wiederum die Forderung nach bürgerlicher Gleichberechtigung nicht erfüllende neue Wahlrechtsvorlage der Regierung hervorgerufen hat.

Gewerkschaftliches.

Noble Kampfesweise.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hat, wie alle deutschen Gewerkschaften, in seinem Statut die Formel, daß dem Mitglied nach der festgesetzten Karenzzeit Reisegeld, Arbeitslosen-Unterstützung z. gezahlt werden kann und daß auf die Unterstützungen kein gesellschaftliches oder Klagerrecht bestehe. Im „Regulator“, dem Organ des Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsverbands der Maschinenbau- und Metallarbeiter, und im „Gewerksverein“ wurde diese Bestimmung nun dazu mißbraucht, daß vor dem Deutschen Metallarbeiter-Verband gewarnt und ihm unterstellt wurde, daß er seine Mitglieder um ihre Rechte prellen wolle.

Jeder halbwegs unterrichtete Gewerkschafter weiß aber, daß die in Rede stehende Bestimmung keinen andern Zweck hat, als der Verpflichtung überhoben zu sein, die nach § 300 Ziffer 9 des Reichs-Strafgesetzbuchs zum Betrieb von Versicherungskassen erforderliche behördliche Genehmigung der Staatsbehörde einholen zu müssen. Das wissen die Macher der Hirsch-Dunderschen auch ganz genau, denn — man höre und staune! — in ihrem eignen Statut ist, wie die

„Metallarbeiter-Zeitung“ in ihrer Nr. 10 nachweist, die von ihnen beim Metallarbeiter-Verband beantragte Stelle ebenfalls enthalten! In Statut der Maschinenbau- und Metallarbeiter lautet nämlich der 2. letzter Absatz:

Die unter 5 aufgeführten Unterstützungen werden in ihrer Höhe und Dauer nach dem jeweiligen Stande der Vereinskasse, vom Generalrat bemessen, ohne daß jedoch den Mitgliedern ein klagbares Recht auf dieselben zusteht.

Sollte es für die Führer der Gewerkschaften wirklich ein Geheimnis sein, daß und aus welchem Grunde dieser Passus sich auch in ihrem Statut befindet? In Nr. 9 des „Regulator“ empfiehlt ein Agitationsleiter Verndt aus Dresden, ähnliche Warnungen wie die gefamzeichnete, auch in Lokalblättern, die von Arbeitern am meisten gelesen werden, zu erlassen. Es genügt, gegenüber derartigen, wider besseres Wissen unternommenen Verleumdungen darauf hinzuweisen, in welcher Weise die Mitglieder der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften durch den Krach ihrer Invalidenkasse in ihren Hoffnungen getäuscht wurden.

Berlin und Umgegend.

Schloffer! Sämtliche hundert Schloffer der Firma Blume, Charlottenburg, haben heute die Arbeit niedergelegt. Die Ursache ist: fortgesetzte Entlassungen von Kollegen wegen Verweigerung der Ueberstunden. Die Kollegen fordern 25 Proz. Aufschlag für Ueberstunden; der Betriebsleiter erwiderte ihnen, es giebt keinen Aufschlag von 25 Proz. für Ueberstunden, wer aber Ueberstunden verweigert, wird entlassen. Zugut ist streng fernzuhalten. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Berlin.

Die Filiale Berlin I des Malerverbandes verzeichnet in ihrem Jahresbericht ein erfreuliches Anwachsen der Organisation gegenüber dem Vorjahre. Die Mitgliederzahl betrug Ende 1903 = 1613 gegenüber 948 des Jahres 1902; mithin beträgt die Zunahme 665. Bemerkenswert ist hierbei, daß hier nur die Mitglieder aufgeführt sind, die volle 52 Wochenbeiträge entrichtet haben; Neuaufnahmen wurden im verfloffenen Jahre allein 1700 vollzogen. Ein erheblicher Teil der Verwaltungstätigkeit wurde neben der Agitation auf die Durchführung des mit den Arbeitgebervereinsbarten Lohnarbeits verbandt. Außer den ziemlich weitgehenden Differenzen in der Tarifüberwachungskommission kam es auch zu drei Arbeitsbestimmungen, die nach kurzer Zeit zu Gunsten der Arbeiter verliefen. Werkstatt- resp. Bautenbesprechungen wurden 107 abgehalten. Mit Erfolg beteiligte sich die Organisation auch an den Vertreterwahlen zur Ortskrankenkasse. Rechtschutz wurde in 20 Fällen gewährt. Die Jahreserinnahme der Filiale betrug 28 934,85 Mark; verausgabt wurden 27 000,92 M.; darunter an die Hauptkasse 15 887,02 M. und an Krankenbeihilfe 2400,25 M., so daß ein Kassenbestand von 1933,73 M. verblieb.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. In der am Sonntag stattgefundenen Generalversammlung sind folgende Kollegen als Delegierte zum Verbandstag gewählt: Glöde, Stusche, Raab, Leopold, Erner, Sidfeld, Gath, Böste, Klingner, Zendel, Richter, Henke, Ruffschel, Gläh.

Die Lohnbewegung der Pflanzener-Hilfsarbeiter ist jetzt vorläufig beendet, nachdem sämtliche Firmen bis auf drei, nämlich Villeroy u. Boch, Emil Ende und Rosenfeld, die Forderungen anerkannt haben. Lohn erhöhungen sind auch bei den genannten drei Firmen eingeführt, doch ist es nicht gelungen, sie zur Anerkennung des Tarifs zu veranlassen. Teils sind nun die Streikenden der drei Firmen wieder zur Arbeit zurückgeführt, teils haben sich andre Arbeitswillige eingestellt, so daß die Sperrn mecklos geworden sind. Aus diesen Gründen beschloß die Gruppenversammlung der Pflanzener-Hilfsarbeiter, die am Donnerstag stattgefunden hat, den Kampf vorläufig abzubrechen und die Sperrn aufzuheben. Die Schuld an dem Mißlingen der Bewegung bei den genannten Firmen wurde zum Teil dem Umstand beigemessen, daß dort die Pflanzener von der sogenannten blauen „Freien Vereinigung“ thätig sind, die den Hilfsarbeitern gegenüber nicht die nötige Solidarität beweisen haben. Der Vorsitzende dieser Vereinigung, der zur Versammlung eingeladen und auch erschienen war, erklärte, daß er persönlich nach beiden Kräften für die Hilfsarbeiter eingetreten sei; er habe jedoch keinen Auftrag, im Namen seiner Organisation zu sprechen. Von mehreren Rednern wurde die „Freie Vereinigung“ als eine den Unternehmern willfährige Organisation bezeichnet.

Beschlossen wurde noch, die Gruppenversammlung am Sonntag ausfallen zu lassen, damit die Mitglieder an der großen Versammlung aller Holzarbeiter des „Verbandes der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter“ bei Buggenhagen teilnehmen können.

Achtung, Sattler aller Branchen!

In der Lederwaren- und Gürtel-Fabrik von Lehmann u. Schlesinger, Alexanderstr. 22a, haben sämtliche Kollegen und Kolleginnen wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt. — Zugut ist aufs strengste fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Sattlerverbandes.

Die Differenzen bei der Firma Lübbe, Schlafmöbel-Fabrik in Panow, sind durch gegenseitige Verhandlungen nunmehr beigelegt. Die Mehrzahl der Arbeiterforderungen ist bewilligt worden und wird nach vierzehntägigem Streik die Arbeit am kommenden Montag wieder aufgenommen. Streikbrecher hatten sich während der Dauer des Streiks nicht gefunden.

Bei dem Ausbruch der Sattler und Maschinenarbeiter in Ludenwalde handelt es sich um die Forderung der Gesellen auf Verkürzung der Arbeitszeit von 80 auf 64 Stunden pro Woche und Gewährung eines prozentualen Lohnaufschlages für die Accorbfälle. Beide Forderungen wurden von den Arbeitgebern abgelehnt, obwohl die Ludenwalder Unternehmer die Arbeitsergebnisse vorwiegend in Berlin absetzen, ihre Arbeiter jedoch bedeutend niedriger entlohnen, als wie es in Berlin üblich ist. Sämtliche Unternehmer sind jetzt Mitglieder des bekannten Arbeitgeber-Schutzverbandes, und merkwürdig: Während die Berliner Macher dieses Verbandes sonst stets bei jeder Gelegenheit über die Konkurrenz der billiger produzierenden Meister der Provinzialstädte zeterten, stoßen sie mit diesen jetzt in ein Horn und sagen ebenfalls, die Ludenwalder Meister könnten die Forderung nicht bewilligen. — Durch den Streik in Ludenwalde sind auch die Berliner Einspiger in Mitleidenschaft gezogen, weil ein Teil von ihnen die in Ludenwalde hergestellte Arbeit auf Berliner Bauten verarbeitet. In Betracht kommen da besonders die Ludenwalder Firmen Willig, Remes und Reumann. Infolge des Streiks lehnen es die Einspiger jetzt natürlich ab, für genannte Firmen in Berlin und den Vororten irgendwelche Arbeit zu verrichten. Am Donnerstag fanden Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeiter und Unternehmer statt; die Sitzung ist jedoch abgebrochen worden. Es besteht aber Aussicht, in den nächsten Tagen neue Verhandlungen einzuleiten.

Deutsches Reich.

Achtung, Tischler! In Herzberg a. d. Elster haben bei der Firma Gebrüder Schlieben wegen Minderzahlung des dortigen Verbands-Vertrauensmannes sämtliche Tischler und Polierer die Arbeit niedergelegt. Die Berliner Holzarbeiter dürfte dieser Streik um so mehr interessieren, als die Firma in der Berliner „Vollstimme“ Arbeitswillige sucht.

Achtung, Preßergoldder, Buchbinder usw.! Bei der Firma J. W. Speer u. Söhne, Spießfabrik, Nürnberg-Doos, ist wegen Lohnunterschieden und Minderregelungen seit dem 1. Februar das Personal im Ausbruch. Zugut von Preßergoldder, Buchbindern und Zuschneidern ist streng fernzuhalten.

Deutscher Buchbinderverband. Der Bauvorstand.

Zur Schneiderei. Die Schneiderei in Weimar ist zu Ungunsten der Arbeiter besetzt. Es wurde dies schon vor mehreren Tagen von der Unternehmenseitung in die Welt bekannt; wir unterließen jedoch eine Mitteilung, um erst verlässlichere Nachrichten abzuwarten. Von den 25 sich noch am Orte befindlichen Schneidern, meistens verheirateten Ausgewanderten, konnten nur 8 Mann wieder eingestellt werden, demnach bleiben, abgesehen von 2 Mann, welche sich als Opfer dieser Auspöhrung selbständig machen wollen, noch 15 Mann arbeitslos. — In Schwabitz-Gmünd wurde eine Einigung erzielt, indem der vor den Arbeitern vorgelegte Tarif, der in den Stückpreisen die in der ersten Sitzung von den Arbeitgebern gemachten Zugeständnisse enthielt, angenommen wurde. Während über die Extra-Arbeiten ebenfalls eine Einigung erzielt wurde, konnten die Arbeiter der Forderung auf Aufhebung der persönlichen vierzehntägigen Kündigungsfrist nicht nachkommen, und beschloßen die Arbeitgeber in einer separaten Sitzung obige Forderung fallen zu lassen. Der Tarif soll von beiden Seiten unterzeichnet und genehmigungsfähig festgelegt werden. Eine Arbeitsniederlegung fand nicht statt.

Die Bädergehilfen in München haben in Befolgung des bestehenden Vertrages das Gewerbeamt als Einigungsamt angerufen, damit dieses die zwischen ihnen und den Meistern bestehenden Differenzen schlichte möge.

Ausland.

Die Auspöhrung in der Diamantindustrie.

Der Neunjahrestag ist am Donnerstag sowohl in Amsterdam als auch in Antwerpen offiziell eingeführt worden. Unsere gestrige Mitteilung über die Fabrik „Sofia“, die „Het Vell“ telephonisch zugegangen war, ist insofern irrtümlich, als in der Fabrik bereits von Anfang an weitergearbeitet wurde; es handelt sich nur darum, daß dort statt des sechsstündigen der neunstündigen Arbeitstag eingeführt wurde. Vorgehen vormittag hat im Verhandlungsgebäude der niederländischen Diamantarbeiter die erste Auszahlung der Unterstützungen begonnen. Sie verlief in größter Ruhe und Ordnung. Ungefähr 30 000 Gulden wurden gebraucht. Die Extrabeiträge der Arbeitenden gehen regelrecht ein. Als Beweis für die Opferwilligkeit der Arbeitenden ist zu erwähnen, daß von den Arbeitern der Fabrik „Simberley I“ mit 100 Mühlen in dieser Woche nicht weniger als 550 Gulden an Extrasteuer aufgebracht wurden.

Aus Antwerpen wird dem „Handelsblatt“ telegraphisch gemeldet, daß Prof. Groeffer zu der Diamantarbeiter-Versammlung am Mittwoch noch nicht erscheinen konnte, weil die zu seiner Rückkehr nach Belgien nötigen Formalitäten noch nicht erledigt sind. Roméo, der dort referierte, erklärte, jetzt wäre vielleicht der Augenblick gekommen, um mit den Unternehmern einen friedlichen Ausgleich herbeizuführen. Der Arbeits- und Industrieamt sind dafür am meisten geeignet.

Nach offizieller Zählung sind in Antwerpen jetzt 1348 Mühlen besetzt, einschließlich der von den zugereisten Amsterdamer besetzten. Mit den übrigen Branchen zusammen sind dort 1800 bis 1700 Diamantarbeiter wieder an der Arbeit.

Arbeitsstellen in Schweden 1903.

Nach den arbeitsstatistischen Mitteilungen des Kammerkollegiums fanden in Schweden während des Jahres 1903 142 Arbeitsstellen statt, von denen 109 als Streiks, 16 als Auspöhrungen bezeichnet wurden und 17 einen gemischten, unbestimmten oder nicht genau festgestellten Charakter trugen. Die Zahl der an den Konflikt beteiligten Arbeiter betrug 24 474, die der Arbeitgeber 470; davon kommen allein auf die große Auspöhrung in der mechanischen Textilindustrie 76 Arbeitgeber und 14 823 Arbeiter. — 98 oder 67 Proz. aller Konflikte waren durch Lohnfragen veranlaßt.

Soziales.

Eine standesgemäß honorierte Arztstelle wird in der „Vossischen Zeitung“ vom 3. März ausgeschrieben. Dort sucht eine Berliner Unfallstation einen Arzt für den Hauptdienst, also keinen jungen Assistenzarzt. Sie bietet ihm die glänzende Vergütung von 125 M. monatlich, gleich 1500 M. jährlich neben freier Wohnung. Das Angebot von 6000 M. jährlich, das die Orts-Krankenkasse in Leipzig ihren Distriktsärzten macht, wurde von den Ärzten als ungenügend bezeichnet.

Wird die Kergle-Organisation einem Arzte das Eingehen eines so standeswürdigen Vertrages, wie ihn die Unfallstation bietet, gestatten?

Gegen die Schulprügelei hat das Provinzial-Schulkollegium in Koblenz durch folgenden, an die Direktoren der höheren Lehranstalten der Rheinprovinz gerichteten Erlaß Stellung genommen:

„Mißbilligkeit in der Anwendung des Strafrechts hat in jüngster Zeit zu so bedenklichen Folgen geführt, und die Klagen über ungerechtfertigte, gewohnheitsmäßige und der erzieherischen Aufgabe der höheren Schulen widersprechende Verhängung von Körperstrafen haben sich derart gemehrt, daß wir hier für die Entwicklung des höheren Schulwesens unseres Geschäftsbereiches eine große Gefahr sehen, der mit allem Nachdruck begegnet werden muß. Wir wollen keinen Zweifel darüber bestehen lassen, daß wir jede körperliche Züchtigung im Leben der höheren Schule mißbilligen, und daß wir es als eine der vornehmsten Aufgaben der Lehrerschaft ansehen, derartige Strafen aus dem Erziehungs- und Unterrichtsgeschäft völlig verschwinden zu machen. Wir haben daher gern davon Kenntnis genommen, daß an mehreren höheren Lehranstalten die Mitglieder des Lehrkörpers sich durch Konferenzbeschlüsse verpflichtet haben, körperliche Strafen überhaupt nicht anzuwenden, und wir empfehlen dieses Beispiel sämtlichen anderen höheren Schulen zur Nachahmung. Denjenigen Lehrern aber, die auf das Zuchtmittel der Körperstrafe nicht verzichten zu können glauben, machen wir zur Pflicht, jeden einzelnen Fall dem Direktor, unter genauer Angabe der Umstände, schriftlich anzuzeigen. Ueber Mißgriffe irgend welcher Art ist uns von der Direktion sofort zu berichten; die bei Anwendung körperlicher Strafen gemachten Erfahrungen sind bis auf weiteres in jedem Verwaltungsbericht zu berücksichtigen. Von dieser Verfügung ist sämtlichen Lehrern mit Einschluß der Vorschullehrer und der im Nebenamt beschäftigten Lehrer Kenntnis zu geben.“

Da in den Volksschulen erfahrungsmäßig noch weit mehr geprügelt wird wie an den höheren Schulen, so ist zu erwarten, daß die Schulbehörde auch dagegen einschreiten wird. Die Volksschüler sind nicht aus schlechterem Holze wie die Schüler höherer Lehranstalten.

Tarifliche Bindung des Nichtorganisierten.

Ein Fensterputzer wollte durch Klage beim Gewerbeamt eine Lohnentschädigung wegen unberechtigter plötzlicher Entlassung erzielen. Der beklagte Arbeitgeber wandte ein, daß er durch Unterschrift den Tarif der Fensterputzer anerkannt habe, der vom Verbands der Handels- und Transportarbeiter vertreten wurde, danach sei aber die gesetzliche Kündigungsfrist ausgeglichen. Der Kläger entgegnete, daß er persönlich den Kündigungsaußschluß durch den Tarif nicht anerkenne. Ihm sei bei seinem Engagement auch nicht gesagt worden, daß ihm eine Kündigungsfrist nicht zuzurechnen solle. Darum gelte für ihn die gesetzliche Kündigungsfrist. — Die Kammer VII des Gewerbeamtes billigte dem Kläger eine Lohnentschädigung jedoch nicht zu, indem sie davon ausging, daß der mit dem Verbands der Handels- und Transportarbeiter abgeschlossene Tarif mit dem darin niedergelegten Kündigungsaußschluß ohne weiteres auch für den Kläger bindend sei.

Die Frage der vorübergehenden Beschäftigung im Verhältnis zur Krankenversicherungs-Pflicht wurde kürzlich vor dem Ober-Verwaltungsgericht erörtert. Anlässlich eines Pflegekostenersatz-Streites bestritt eine Zwangs-Krankenkasse die Versicherungspflicht des Arbeiters Weidner, weil dessen Beschäftigung bei einem Bahn-Spediteur gemäß § 1 des Krankenversicherungs-Gesetzes „durch die Natur ihres Gegenstandes oder im voraus durch den Arbeitsvertrag auf einen Zeitraum von weniger als einer Woche beschränkt“ gewesen sei. Die Kasse berief sich dabei auf folgende Thatsachen: W. wurde beim Verpachten der Frachtwagen auf dem Bahnhof nur unter der Bedingung beschäftigt, daß er bei täglicher Entlohnung nur dann Arbeit haben solle, wenn die ständigen Arbeiter der Firma auf dem Bahnhof zur Bewältigung des Verkehrs nicht ausreichen. Thatsächlich wurde er auch nicht jeden Tag beschäftigt. Im Oktober arbeitete er 11 Tage, im November 11 Tage, dagegen im Dezember 21 Tage hintereinander. In den ersten Tagen des Monats wurde W. krank und mußte ins Krankenhaus, woraus jener Kostenersatz-Anspruch an die Kasse hergeleitet wurde. Die Kasse berief sich für ihre Auffassung besonders darauf, daß jeder Tag der Beschäftigung

des nichtständigen Arbeiters W. bei der Speditionsfirma ein besonderes Arbeitsverhältnis für sich umfasse, sowohl vertraglich als auch infolge der Natur des Gegenstandes der Beschäftigung.

Der erste Richter gab der Kasse recht und wies den Erfahrsanspruch ab, das Ober-Verwaltungsgericht dagegen hob dies Urteil auf und beurteilte die Kasse zur Erstattung der Pflegekosten. Begründend wurde ausgeführt: Ob W. ein ständiger oder nichtständiger Arbeiter gewesen sei, darauf komme es gar nicht an. Es könne einer nichtständigen Arbeiter sein und doch in einem dauernden Arbeitsverhältnis stehen, das die Versicherungspflicht begründe. Möge man nun hier vom Oktober und November absehen, so bleibe doch im Dezember eine Beschäftigung, die sich hintereinander, abgesehen von Sonn- und Feiertagen, über drei Wochen erstreckte. Damit sei zweifellos ein versicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis gegeben, bei dem der an jedem Abend erfolgenden Entlohnung keine Bedeutung für die Versicherungspflicht zukomme. Der Erstattungsanspruch hinsichtlich der Pflegekosten sei gerechtfertigt, da W. innerhalb der nächsten drei Wochen nach dem mindestens drei Wochen umfassenden Beschäftigungsverhältnis erkrankte, so daß ihm auf jeden Fall noch Ansprüche zu standen.

Die kostenlose Beerdigung einzuführen beschloß der Stadtmagistrat Zürich, aber nur für solche Familien, deren Ernährer unter 650 M. Jahreseinkommen haben. Dadurch gewinnt diese Maßregel nur den Charakter einer erweiterten Armenunterstützung. Einen sozialen Charakter haben solche Einrichtungen nur, wenn sie für alle gelten.

Aus der Frauenbewegung.

Die von der Vertrauensperson der Genossinnen Wilmersdorfs einberufene öffentliche Versammlung in Wittes Volksgarten am Mittwoch, den 2. März, hatte einen recht befriedigenden Erfolg. Nach dem überaus sachkundigen, von den Versammlungsbesuchern mit lebhaftem Interesse entgegengenommenen Vortrage des Genossen Kahrenstein über die wirtschaftliche Bedeutung der Konsumvereine und einigen recht beachtenswerten Ausführungen des Genossen Käter über die praktische Regelung der Frage wurde eine Anzahl von Personen eingeleitet, die Mitglieder des Konsumvereins werden wollen und ihre ersten Eingahlungen betrieten. Mehrere andre Genossen erklärten sich bereit, sofort die ganze erforderliche Einlage summe einzuzahlen, sobald die Aussicht vorhanden sei, daß in Wilmersdorf ein Konsumvereinsladen eröffnet würde. — Da mehrere Genossinnen schon seit einiger Zeit vorgearbeitet und Beitrittserklärungen entgegengenommen hatten, dürfte nun bald die erforderliche Zahl von Mitgliedern vorhanden und die Eröffnung eines Konsumvereinsladens auch für diesen weithinlichen Vorort nahegerückt sein.

Eingegangene Druckchriften.

„Kommunale Praxis“, Zeitschrift für Gemeinde-Sozialismus und Kommunalpolitik. Herausgeber Dr. Albert Sabelkum-Berlin. Aus der eben erschienenen fünften Nummer des vierten Jahrganges haben wir hervor: Eine Abhandlung von Otto Stollen über die Bürgerhaushalten in Hamburg. Von Otto Vollenber-Weipzig, die Reform des Gemeindefiskus in Sachsen. — Arbeitsweg auf dem Verwaltungsweg.

Reben einem überaus reichen Rotzenteil enthält die Nummer in ihrer technischen Beilage einen illustrierten Beitrag von P. Grempe: „Erlaß der Schornsteine durch Ventilatoren“.

Die „Kommunale Praxis“ erscheint am 1. und 15. jeden Monats. Probenummern gratis und franco vom Verlag Berlin W. 15.

Das Gewerbeamt, Monatsheft des Verbandes Deutscher Gewerbeämter. Herausgeber: Dr. Jaström, Charlottenburg-Berlin, Dr. Fleisch, Frankfurt a. M. (Verlag von Georg Reimer in Berlin). Die Zeitschrift enthält in Nr. 6 des 9. Jahrganges außer der Rechtsprechung in deutschen Gewerbe- und Berufungsgerichten (Wahllothenburg, Frankfurt a. M., Reichsgericht und Landgericht I Berlin) u. a.: Der kollektive Arbeitsvertrag in Berlin. — Verfassung und Verfahren: Die ersten Verhandlungen bei den Gewerbeämtern Karlsruhe, Ravensburg und Ulm. — Einigungsämter: Einigungsamt im Münchener Hutmachergewerbe. — Recht des Arbeitsvertrages: Vorübergehende Anstellung von Werkmeistern. — Allgemeines: Der Geschäftsmann betreffend Kaufmannsgerichte in der Reichstags-Konvention. — Meinungsäußerungen zum Gesetzentwurf betreffend Kaufmannsgerichte.

Sozialdemokrat. Wahlverein
i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
(Süd-Ost.)
Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser Genosse, der Gemeindevorsteher
Karl Schindler
Oppelnerstr. 16, Stadbez. 108 A, im Alter von 45 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag nachmittag 4 Uhr von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.
Der Vorstand.

Am Mittwoch, den 2. März verschied nach langen schweren Leiden im 57. Lebensjahre mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, der Steinhauer
Viktor Verheyen.
Dies zeigen liebstebrüht an Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Sonntag nachmittag 4 Uhr von der Halle des neuen Jakob-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

Singer Nähmaschinen.
Einfache Handhabung! Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!
Weltausstellung Grand Prix höchster Preis der Ausstellung.
Unentgeltlicher Unterricht, auch in moderner Kunstnäherei.
Elektromotore für Nähmaschinenbetrieb.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Berlin W., Leipzigertrasse 82.

Ein ausgezeichnetes Nahrungsmittel
für gesunde Kinder ist **Kafekes Kindermehl** mit oder ohne Kuhmilch, da es von den Kindern wegen seines Wohlgeschmacks gern genommen wird, leicht verdaulich ist, da das in demselben enthaltene gewasene Stärkemehl in Dextrin und Zucker umgewandelt ist und daher das Kafekes Kindermehl schon vom ersten Monat an den Kindern gegeben werden kann. Es besitzt ferner die in der Muttermilch vorhandenen Nährstoffe im richtigen Verhältnis, bildet so einen sehr guten Ersatz für Kuhmilch und befördert durch seinen Gehalt an Mineral- und Eisenstoffen die Knochen- und Muskelbildung in hervorragender Weise.

Stukkateure.
Am Donnerstag, den 3. März 1904, verstarb unser Kollege
Ernst Blütnner
im 50. Lebensjahre an der Proletariatskrankheit.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 6. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Nazareth-Kirchhofes in Reinickendorf, Berlin-Strasse, aus statt.
Zahlreiches Geleit erwartet
Die Ortsverwaltung
des
Centralverbandes der Stukkateure.
(Zentrale Berlin.) 173/4

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß am 3. März unser Vater, mein Gatte
Friedrich Bartel
nach zwölfjährigem schweren Leiden verstorben ist. 23225
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 6. März, nachmittags 1 Uhr von der Wohnung Boedstr. 47/48 aus nach dem Centralfriedhof in Friedrichshagen statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Neue Mühle bei Königs-Wusterhausen.
Vereine! Gesellschaften!
Empfehle mein romantisch an der Oberspree gelegenes
Hotel-Restaurant „Zur Schleuse“
eingelegt direkt am Wasser gelegenes größeres Lokal. 22265
3 Tanzsäle. Regelmäßigen Kaffee- u. Dampfer-Anlegestelle. Bootshafen u. a. — Sommerwohnungen. Logis mit und ohne Pension.
Inhaber: **Otto Ballmüller.** Tel.: Amt Königs-Wusterhausen 82.

Bis auf weiteres
sämtliche Wurstwaren zum äußersten Engros-Preis,
sowie **Stückenfleisch, Rindfleisch** usw., täglich von 8-10 Uhr vorm.,
gibt ab **Wurstfabrik, Wilhelmstr. 56, Hof part.** 44032

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am 2. d. Mts. abends 8^{1/2} Uhr, nach langen schweren Leiden meine inniggeliebte Frau und gute Mutter
Bertha Hänsch
geb. Höpner im Alter von 27 Jahren verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 6. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Reichthaler Friedhofes, Röllkestraße, aus statt. 4146
Die trauernden Hinterbliebenen.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die zahlreichen Straußenspenden bei dem Hinscheiden meines Sohnes 23185
Wilhelm George
sage ich allen meinen herzlichsten Dank, insbesondere dem Central-Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands, Verwaltungsgesellschaft Berlin I.
Frau Ww. George nebst Töchter.

Nathan Wand,
129 Stalitzerstr. 129.
Die schönsten 44042
Herren-Sommer-Paletots
und Anzüge in neu, sowie speziell
Monats-Garderobe
von Kavallieren getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bauanzüge sind in großer Auswahl stets zu raumend billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand,
129 Stalitzerstr. 129.
Hochhausstation Kottbuscherstr.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

1879-1904.

Zu meinem 25jährigen Geschäftsjubiläum sind mir so überaus zahlreiche Ehrungen seitens meiner werten Kundschaft, meiner Geschäftsfreunde und meiner Mitarbeiter zu teil geworden, dass es mir nicht möglich ist, jedem einzelnen direkt zu danken. Ich sage deshalb auf diesem Wege für die vielhundertfachen Aufmerksamkeiten meinen tiefgefühltesten Dank.
Ich danke ferner herzlichst meiner werten Kundschaft für das mir während dieser 25 Jahre in so reichem Masse geschenkte Vertrauen und Wohlwollen und bitte, mir dasselbe auch in der Zukunft zu bewahren.

Julius Lindenbaum
Herren- und Knaben-Garderobe
Grosse Frankfurterstr. 141, Ecke Fruchtstrasse.

Abgeordnetenhaus.

83. Sitzung, Freitag, 4. März 1904, 11 Uhr.

Am Ministertische: Dudge, Febr. v. Rheinbaben. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Eisenbahn-Gesetzes.

Zu den Einnahmen aus Personentarifen und Gütertarifen liegt eine große Menge von Resolutionen vor.

Abg. Graf Limburg-Stirum (l.) beantragt zur Geschäftsordnung, die Resolutionen, so weit sie sich auf Personentarife und auf Arbeiter- und Beamten-Verhältnisse beziehen, auszuschneiden und später bei Gelegenheit der Petitionen vorzunehmen.

Nach längerer Geschäftsordnungs-Disputation, in der sich u. a. die Abgg. Fund, Dr. Goldschmidt (fr. Sp.) und Brömel (fr. Sp.) dagegen aussprachen, die Beamten- und Arbeiter-Verhältnisse bei den Petitionen zu beraten, weil diese erfahrungsgemäß nicht mehr zur Verhandlung kämen, zieht Graf Limburg-Stirum schließlich seinen Antrag zurück.

Ein Antrag Herold (C.) betreffend Verzinsung und Amortisation der zum Bau von Nebenbahnen der Regierung überwiesenen Grunderwerbzuschüsse aus den Reineinnahmen der betr. Eisenbahntrecken wird bis zur Beratung der Sekundärbahnvorlage zurückgestellt, nachdem der Finanzminister Febr. v. Rheinbaben erklärt hat, daß eine solche bestimmt zu erwarten ist.

Zum Titel I der Einnahmen „Aus dem Personen- und Gepäckverkehr 419 740 000 M.“ beantragt die Abgeordneten Dr. Wiemer (fr. Sp.) u. Gen., die Königl. Staatsregierung zu ersuchen, eine Reform des Eisenbahn-Personentariifs baldmöglichst dahin in die Wege zu leiten, daß unter Aufhebung der Rückfahrkarten die Preise für die einfache Fahrt auf die Hälfte der Preise der jetzigen Rückfahrkarten festgesetzt werden.

Abg. Camp (Sp.) will diese Neuierung zum Zweck der Vereinfachung des Fahrkartensystems nur für Personenzüge, für Schnellzüge dagegen entsprechende Zuschläge eingeführt wissen.

Abg. Dr. Wiemer (fr. Sp.): Für eine Vereinfachung der Personentariife durch Aufhebung der Rückfahrkarten hat man sich in der Kommission fast allgemein ausgesprochen. Mit einer solchen Vereinfachung des Fahrkartensystems darf aber keine Verteuerung der Tarife eintreten, wie sie der Antrag Camp zur Folge haben würde. Wir müssen dagegen protestieren, daß diese Reform, für die ja Stimmung im Hause zu sein scheint, wieder mit einem fiskalischen Schnörkel versehen wird. Wir wünschen nicht nur eine Vereinfachung, sondern auch eine weitere Verbilligung der Tarife. Es ist zweifellos, daß ein finanzieller Ausfall durch die infolge der Tarifreform zu erwartende Steigerung des Verkehrs verhindert würde. — Disputabel wäre auch die Frage, ob man nicht bei einer Verbilligung der Tarife die vierte Klasse ganz aufheben könnte. Für Reisende mit Traglasten könnten ja besondere Wagen eingestellt werden. Ebenso wäre eine noch weitere Einschränkung der ersten Wagenklasse als sie bisher schon erfolgt ist wünschenswert. Behält man die vierte Wagenklasse bei, so sollte sie zum wenigsten auch in die Schnellzüge eingestellt werden. Weßhalb die dritte Wagenklasse in vielen Schnellzügen fehlt, ist ganz unerfindlich. (Bravo! links.)

Ein Regierungskommissar entschuldigt das Ausbleiben des Ministers Dudge für den ersten Teil der Sitzung. Der Herr Minister hat bereits in der Kommission erklärt, daß er einer Personentariif-Reform sein volles Interesse zuwendet.

Abg. Graf Nolte (freilons.) beantwortet den Antrag Camp. Im einzelnen bleiben seine Ausführungen auf der Tribüne unverändert.

Abg. Wollenborn (C.): Wir stehen einer Vereinfachung der Personentariife sympathisch gegenüber, halten aber einen Zuschlag für Schnellzüge angebracht. Ich beantrage, die Anträge Wiemer und Camp an die Budgetkommission zu überweisen. — Die erste Klasse sollte beibehalten, aber immer besser ausgestattet werden, dagegen wäre die erste Klasse zumal in Personenzügen durchaus entbehrlich.

Abg. Camp (Sp.): Daß für die Schnellzüge, die weit besser ausgestattet sind und vielfach von Fremden benutzt werden, höhere Tarife gelten müssen, halte ich für selbstverständlich. Im übrigen sind viel wichtiger als eine Vermehrung der Schnellzüge, wie sie gewünscht wurde, schnellfahrende Personenzüge. Die Wagen erster Klasse sollten nicht zu sehr vermindert werden. (Bravo! rechts.)

Abg. Goldschmidt (fr. Sp.): Jedenfalls beweisen alle bisherigen Erfahrungen, daß durch Tarifverbilligungen eine Steigerung des Verkehrs herbeigeführt wird. Herr Graf Nolte fürchtete ein Verschwinden des Heimatlins in der Verdünnung, einen Rückfall in das Zigeunertum, falls die Tarife ermäßigt würden. Davon kann keine Rede sein, in der That ist das Reisen das beste Bildungsmittel und im übrigen wird gerade ein Vergleich mit den Zuständen im Auslande durchaus kulturfördernd wirken. Die Herren, die sonst immer den Mittelstand schämen wollen, sollten es sich sehr überlegen, ob sie dem Antrag Camp zustimmen können, denn dieser bedeutet zweifellos eine Verteuerung des Verkehrs. Wir könnten für unseren Antrag nicht mehr stimmen, wenn er so verballhornt wäre.

Abg. Brömel (fr. Sp.): Die Reform der Personentariife ist nicht nur aus wirtschaftlichen und finanziellen, sondern auch aus Gründen der Gerechtigkeit zu fordern. Heute wird die Ermäßigung der Tarife nur demjenigen zu teil, der von seinem Reiseziele nach der Ausgangsstation auf demselben Wege wieder zurückkehrt, während es der Eisenbahnverwaltung durchaus nicht mehr Kosten verursacht, wenn er dieselbe Kilometerstrecke in einfacher Fahrt zurücklegt. Ihm in diesem Falle wesentliche höhere Fahrpreise abzufordern ist eine große Ungerechtigkeit. (Sehr richtig! links.) In welchem großen Umfange das Publikum von der Verbilligung des Verkehrs durch die Einführung der 45-tägigen Rückfahrkarte Gebrauch gemacht hat, beweist die Thatfache, daß seitdem die Einnahmen aus Rückfahrkarten von 160 auf 172 Millionen gestiegen, die Einnahmen aus einfachen Fahrkarten von 183 auf 180 Millionen zurückgegangen sind.

Also das Mißliche bei der Durchführung des Antrages Wiemer ist heute kein großes mehr. In England wird für die schnellsten Schnellzüge nicht der geringste Zuschlag erhoben. Sehr wesentlich ist weiter eine Reform der im Lokal- und Vortortverkehr geltenden Tarife. Berlin darf hier nicht allein berücksichtigt werden, die Gerechtigkeit erfordert eine gleiche Rückfahrkarte auch für andere Großstädte. Durch solche Tarife wird weiterhin Kreisen Gelegenheit geboten, in den Vororten gute und billige Wohnungen zu finden. Durch die Einführung neuer Stationen auf der Berliner Stadt- und Ringbahn ist eine Verteuerung des Verkehrs auf der Stadtbahn eingetreten. Bis zu 7 1/2 Kilometer werden im Vortortverkehr 10 Pf. verlangt, darüber hinaus verdoppelt sich der Preis. Die Straßenbahn befördert aber für 10 Pf. 13 bis 15 Kilometer weit. Das erstrebenswerte Ziel auf der Stadtbahn muß Aufhebung des Personentariifs und Einführung eines Einheitstariffs sein. Mit der Ueberweisung der Anträge an die Budgetkommission scheint eine Art Begräbnis beabsichtigt zu sein. (Weiterseit und lebhaftes Bravo! links.)

Abg. Rocco (nat.): Daß die ärmeren Volksklassen in irgend einem anderen Lande billiger fahren als bei uns in der vierten Klasse bestreite ich entschieden. Eine Vereinfachung der Tarife wünschen wir auch, ebenso eine Verbilligung, aber nicht auf Kosten der Staatskasse. Wir erwarten eine

Äußerung darüber, wie die Abschaffung der Rückfahrkarten finanziell wirken würde. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Quast (kons.): Wir wünschen eine Vereinfachung und keine Verteuerung des Verkehrs, aber auch keine Verbilligung auf Kosten der Staatsfinanzen. Bei der heutigen finanziellen Lage im Reich müssen wir jeden Pfennig zusammenhalten. Die Fahrt in der vierten Klasse ist ja jetzt menschenwürdiger geworden, es sollen jetzt sogar Cardinen gegen die Sonnenstrahlen angebracht werden. Bedauerlich ist nur, daß wir die billige vierte Klasse nicht überall in Deutschland haben. Damit schließt die Disputation.

Der Titel wird bewilligt, die Anträge Wiemer und Camp werden an die Budgetkommission überwiesen.

Es folgt Titel 2: Einnahmen aus dem Güterverkehr. Hierbei kommen zunächst folgende Anträge zur Verhandlung:

Die Abgg. Dr. Friedberg (nat.) und Febr. v. Jedlich (fr.) beantragen:

Die Staatsregierung möge 1. den Ausbau des Staatsbahnnetzes kräftiger fördern und dabei die Verkehrsinteressen der an dasselbe anschließenden Landesteile in erster Linie berücksichtigen, 2. auf die planmäßige Ermäßigung der Tarife für solche Güter Bedacht nehmen, welche als Produktionsmittel oder Produkte der heimischen Gütererzeugung für deren Ertragsfähigkeit, insbesondere für die Ertragsfähigkeit von Landwirtschaft und Industrie, von großer Bedeutung sind.

Der Abg. v. Strombeck (C.) beantragt: Die Staatsregierung möge bei der Anlage neuer Eisenbahnen die in wirtschaftlicher Beziehung daniederliegenden Gegenden mehr als bisher berücksichtigen.

Im Falle der Ablehnung dieser Anträge beantragt Abg. Graf Nolte (fr.):

Die Staatsregierung möge in Erwägung darüber eintreten, wie 1. in den zur Zeit der Aufschließung besonders bedürftigen Landesteilen der Ausbau des Eisenbahnnetzes noch rascher gefördert werden kann, als bisher geschehen, und 2. eine schrittweise Ermäßigung der Tarife für die der heimischen Gütererzeugung in Landwirtschaft und Industrie dienenden Produktionsmittel sowie für die von beiden hergestellten Produkte behufs Stärkung des Inlandsmarktes und wirksamer Bekämpfung der ausländischen Konkurrenz herbeigeführt werden kann.

Abg. v. Strombeck (C.) begründet seinen Antrag. Gerade die Gegenden, die in wirtschaftlicher Beziehung am meisten bedrängt sind, werden vernachlässigt. Der Nordabhang des Harzes ist zum Beispiel viel besser mit Nebenbahnen versorgt, als der wirtschaftlich schlechter gestellte Südbahng. Besonders Thüringen leidet über Mangel an Eisenbahnen, ebenso das Sauerland, das Eichsfeld. Besonders in Rothlandgegenden müssen neue Bahnen geschaffen werden, sonst fallen diese Gegenden der Socialdemokratie unweigerlich anheim.

Abg. Febr. v. Jedlich begründet seinen Antrag. Das Eisenbahnnetz müßte weiter ausgebaut werden. Es dürften da nicht fiskalische Interessen in so erheblicher Weise wie bisher maßgebend sein. Auch wenn eine Verzinsung vorerst nicht zu erwarten sei, müßten Nebenbahnen gebaut werden.

Minister Dudge: Der Ausbau von Nebenbahnen habe seine Grenzen in technischen Möglichkeiten. Soweit die Finanzlage es irgend gestatte, werde er innerhalb dieser Grenzen gefordert. Es sei nicht richtig, daß bei Nebenbahnen zu fiskalisch verfahren werde. 66 Proz. aller in den letzten Jahrzehnten gebauten Nebenbahnen wiesen noch nicht eine Verzinsung von 2 1/2 Proz. auf; dabei seien die Vorschläge immer sehr günstig aufgemacht worden, weil sonst der Finanzminister seine Einwilligung zum Bahnbau verweigern würde. (Bravo! Weiterleit.)

Abg. Dr. Friedberg (nat.): Die Bemerkung des Herrn v. Jedlich, daß der Osten in Bezug auf Eisenbahnen bevorzugt sei, stellt die Thatfachen auf den Kopf. Der Kanal soll erst den erforderlichen Ausgleich bringen. Redner regt an, eine Ersparnis bei den Selbstkosten der Eisenbahnen herbeizuführen durch engere Zählungsmittel mit den übrigen deutschen Bundesstaaten. Es sei dann vielleicht möglich, daß man das leere Zurückfahren der Frachtwagen vermeide.

Finanzminister Febr. v. Rheinbaben hebt hervor, daß ein Teil der Ueberschüsse der Eisenbahnen notwendig für die Deckung der allgemeinen Staatsausgaben sei. Er wisse wenigstens nicht, woher die Deckung für die dringenden Kulturansgaben sonst kommen solle. Das Finanzministerium sei aber weder engherzig in Bezug auf den Ausbau von Nebenbahnen noch auf die Herabsetzung der Gütertariife. Die Staatskasse sei kein ungeheures Heubüschel. Man könne nicht fortwährend aus ihr schöpfen, ohne etwas hineinzuwerfen. Ueber der wirtschaftlichen Seite dürfe man die finanzielle nicht völlig aus den Augen lassen.

Darauf wird die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr vertagt.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Prinz Prosper von Arenberg vor dem Kriegsgericht der ersten Garde-Division.

(Wiederaufnahme-Verfahren.)

(Fortsetzung.)

Kaufmann Holtmann war von 1896-1898 Kammerdiener bei dem Angeklagten. Der Prinz sei oft frühmorgens betrunken nach Hause gekommen und habe sich dann mit seinem Hunde herumgezogen. Er stach mit dem Degen nach dem Hunde, das Tier biß nach dem Herrn, bis der Prinz sein Rädchen gelüht hatte. Dann freischelte er das Tier und wusch ihm das Blut ab. Den Prinzen aus dem Bette zu bringen war ein schweres Stück Arbeit. Er habe den Prinzen mit dem Stiefelknüttel bedrohen, mit Wasser begießen müssen, die Bettdecke fortzuschleppen versucht, während dieser, ein ungewöhnlich kräftiger Mann, die Decke über den Kopf zog und sich durch nichts stören ließ. Der Zeuge machte noch verschiedene weitere Angaben über die Rohheiten, die der Angeklagte verübt hat. Während der nun folgenden Ausfagen dieses Zeugen wird die Oeffentlichkeit wiederum ausgeschlossen.

Der letzte Zeuge

Rutscher Zimmermann

war in den Jahren 1896-98 bei dem Prinzen als Rutscher und Kammerdiener angestellt. Auch er weiß von allerhand Abschwächen seines Dienstgebers zu berichten. Der Prinz, der damals sich zum Jährlich-Examen in Berlin vorbereitete, trank täglich Unmengen von Cognac, Steinhäger und Sekt und verkehrte sehr viel mit Frauenzimmern. Er rauchte etwa 30-40 Cigaretten täglich.

Da die Zeugnisse erschöpft ist, werden die Zeugen durch den Verhandlungsführer Kriegsgerichtsrat Dr. Raifschle vereidigt.

Sodann erfolgen die

Entscheidungen der Sachverständigen.

Als erster derselben begutachtet Oberstaatsarzt Dr. Nieder, der seiner Zeit, als der Nord am Gain geschah, Chefarzt der Schuttruppe in Windhuk war: Der Prinz habe damals eine sehr starke Malaria durchgemacht und es sei ein Wunder, daß er mit dem Leben davon gekommen. Als Sachverständiger die Details des Nordes erzählt, habe er erklärt, daß der Mörder geisteskrank sein müsse. Er habe damals den Wunsch ausgesprochen, den Mörder zur Beobachtung nach dem Lazarett zu erhalten. Doch war der Prinz schon nach Deutschland übergeführt. Wer die Verhältnisse in Südafrika kenne, wisse, daß die Gründe, die der Prinz in Bezug auf den Nord vorbringe, keine stichhaltigen seien. Wilhelm Gain, der kleinste Eingeborene, hätte, wenn er dem Prinzen nach dem Tode gebracht hätte, dies anders anzustellen gewußt. Durch das Leben des Prinzen ziehe sich

wie ein roter Faden ein Doppelbild. Bald sei der Prinz ein Wüterich, bald betrage er sich wie ein unmündiges Kind. Das Motiv hierzu sei, daß der Prinz sich verfolgt glaube. Der Sachverständige ist schließlich der Ansicht, daß der Prinz unter dem Eindruck der Geisteskrankheit gehandelt, die ihm den freien Willen geraubt. Dem

Gerichtsrat Dr. Schwarz-Hannover

ist der Angeklagte durch sein schenes Benehmen aufgefallen, obwohl er ihn nicht behandelt hatte. Er hatte erst später Gelegenheit, ihn genauer kennen zu lernen, als das Amtsgericht Hannover ein Gutachten darüber forderte, ob Prinz v. Arenberg seine Angelegenheiten selbst erledigen könne. Der Sachverständige gab verschiedene Fälle an, welche besonders charakteristisch für den Verfolgungswahn und die häufig geradezu lächerliche Furcht des Angeklagten seien. Seine geistige Fähigkeit, als ihm Selbstbeschäftigung gewährt wurde, seine christliche Redeweise, die Art der von ihm gewählten Vektüre betreffen, daß der Prinz nicht nur geistes schwach, sondern sogar geisteskrank infolge des übermäßigen Alkoholgenußes gewesen und bei der That sein freier Wille ausgeschloffen war. Der Sachverständige fügte zum Schluß noch hinzu, daß am Tage vor der Ueberführung des Prinzen nach Zegel der Angeklagte einen derartigen Tobjuchtsanfall gehabt, daß sich niemand in die Zelle wagte.

Geheimrat Professor Bellmann-Donn

schließt sich den Ausführungen des vorhergehenden Sachverständigen an und spricht die Ueberzeugung aus, daß der Prinz v. Arenberg erblich belastet ist. Derselben Ansicht ist der Sachverständige

Professor Wendel-Pankow,

der an Hand einer längeren wissenschaftlichen Erläuterung nachweist, daß der ohnehin schon geistig schwach Veranlagte unter der Einwirkung besonderer Reizmittel, wie das Rauchen, ferneller Verkehr, Trinken, jeder freien Willensäußerung entbunden wurde. War schon auf dem Schiffe bei der Ueberfahrt seine Zurechnungsfähigkeit ausgeschloffen, so war dies noch in viel stärkerem Maße der Fall, als durch die Malaria, übermäßig starkes Trinken bei schädlichem Klima, ungenügender und unzureichender Nahrung und anstrengende Märsche die Geisteskrankheit verschärft wurde. Der Sachverständige ist überzeugt, daß die Vorgänge, die zu dem Nordes führten, in der Einbildung des Angeklagten nur dadurch entstanden, daß er sich von Gain verfolgt glaube und diesen deswegen zu seinem eignen Schutze unschädlich machen wollte. Im Auftrage der Kommission des wissenschaftlichen Senats bei der Kaiser Wilhelm-Akademie erstattete der

Generalarzt der ersten Garde-Division, Dr. Gertler

das Gutachten, dessen Inhalt sich mit den Ausführungen der übrigen Sachverständigen deckt.

Verhandlungsführer: Angeklagter, Sie haben gehört, was die Zeugen ausgesagt und die Sachverständigen erklärt haben. Wollen Sie Ihrerseits eine Erklärung abgeben.

Angeklagter (welscher während der ganzen Dauer der Verhandlung apathisch und ohne ein Wort zu sprechen, dagesessen hat, etwidert latomisch):

„ Ja, nein, ich weiß nichts, das steht ja alles in den Akten.“

Es beginnen sodann die Plaidoyers und ergreift zunächst der Vertreter der Anklage

Kriegsgerichtsrat Dr. Uilmann

das Wort:

Der ganze Prozeß ist ein derartiger, daß das Gericht ausschließlich auf die Gutachten der Sachverständigen angewiesen ist. Es ist mir noch in keinem Prozeß vorgekommen, daß die Sachverständigen in einer solchen Einseitigkeit behandelten, wie in der heutigen Verhandlung. Ich halte mich für verpflichtet, nur die Thatfachen, an Hand deren die Sachverständigen ihre Gründe aufstellen, zu ergründen.

Ich muß mich vollkommen auf den Boden der Sachverständigen stellen. Man könnte sich fast mit Verantwortung fragen, wie es möglich ist, daß ein Gerichtshof zu einer Beurteilung des Angeklagten gelangen konnte. Man muß aber bedenken, daß wir alle Menschen sind und Irrtümer stets entstehen können. Man muß auch die besondere Lage berücksichtigen, unter welcher sich das Gericht befand. Ich habe in dem jetzigen Verfahren umfangreiche Ermittlungen angestellt, um aus dem Chaos ein Gesamtbild zu geben. Das richterliche Urteil in Afrika war ja ein sehr mildes. Das kaiserliche Gericht hat ja mehr die subjektive Seite in Betracht gezogen. Das Divisionsgericht in Berlin welches dann stattfand, urteilte anders, strenger. Von gewisser Seite war aber der Verdacht rege geworden, daß die Sache nicht mit rechten Dingen zugegangen. Auch hatte das Gericht keinen Anlaß, an der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten zu zweifeln. Das Kriegsgericht hat damals die Beweggründe zu der Handlungsweise des Angeklagten nicht genügend beurteilen können, zumal ja auch die Sachverständigen-Meinung der Charakter des Prinzen nicht vorhanden war und konnte daher zu einer Beurteilung kommen. Es untersteht keinem Zweifel, daß der Prinz geistesgestört gewesen und die That im Irresein begangen hat. Ich beantrage die Freisprechung des Angeklagten.

Der Verteidiger

Justizrat Winterfeld

schließt sich dem Antrage des Vertreters der Anklage an. Er giebt der Ueberzeugung Ausdruck, daß das Gericht schon aus juristischen Gründen nicht zu einer Beurteilung kommen könne da nicht ein Zeuge hier vorhanden sei, welcher die Lösung des Gain mit angesehen, während der Angeklagte, der ja allerdings früher ein Geistesgestörter gewesen, jede Aussage verweigere und dies wäre auch sein gutes Recht.

Der

Vormund des Angeklagten,

Reichstags-Abgeordneter Justizrat Dr. am Jehnhoff kennt den Prinzen seit drei Jahren. Er gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Angeklagte bei Vergebung der That geisteskrank gewesen und es auch noch sei. Wiederholtlich habe er mit ihm gesprochen und dem Prinzen klarzumachen versucht, wie weittragend seine Handlungsweise gewesen. Aber immer noch sei dieser der Ueberzeugung, daß er im Interesse des Deutschen Reiches gehandelt habe. Es könne nach seiner Auffassung kein Zweifel darüber zu hegen sein, daß der Reiter Wammann die Urheber der unglücklichen That gewesen. Wammann habe dafür Sorge getragen, daß niemand an der Expedition teilnahm, der den Prinzen kannte und welcher die Katastrophe hätte verhindern können.

Wiederaufnahme der Beweiserhebung.

Darauf zog sich der Gerichtshof zur Beratung zurück. Nach etwa zweifelhünder Beratung veränderte der Verhandlungsführer, Kriegsgerichtsrat Dr. Raifschle, daß der Gerichtshof beschlossen habe, in eine weitere Beweisaufnahme einzutreten. Es ist als notwendig erachtet worden, in eine Verlesung der Aussagen der hier nicht anwesenden Zeugen, die bei der Hauptverhandlung im Jahre 1900 zur Vernehmung kamen und zum Teil auch von der Verteidigung geladen waren. Es solle thatsächliches Material der Einzelheiten bei Vernehmung der Thatthat selbst gewonnen werden.

Zweiter Verhandlungstag.

Gegen 10 Uhr eröffnet der Vorsitzende Oberstleutnant v. Waldow wieder die Verhandlungen. Zeugen und Sachverständige sind sämtlich zur Stelle. Der Angeklagte Prinz v. Arenberg sitzt wie bei der gestrigen Verhandlung regungslos und apathisch, ununterbrochen hier nach einer Stelle blinkend im Anklageraum.

Der Verhandlungsführer Kriegsgerichtsrat Dr. Matzke erklärt bei Eröffnung der Verhandlung, daß infolge des gestrigen Beschlusses das Gericht angeordnet habe, daß die Aussagen, welche vor dem I. Divisionsgericht in Sachen des Angeklagten gemacht worden seien, verlesen werden. Das heutige Gericht habe zu prüfen, ob der Prinz beim Begleiten der That in einem unzurechnungsfähigen Zustande gewesen ist. Das Gericht wolle wissen, ob alle Umstände, die bei der That in Betracht kommen, von den Sachverständigen bei Abgabe ihrer Gutachten berücksichtigt worden sind. Es beginnt nun die Verlesung der früheren Aussagen und folgen zunächst die Aussagen des

Reiters Rieberger.

In denselben ist eine ausführliche Schilderung des eigentlichen Vorganges bei der Ermordung Cains gegeben. Seine Angaben über die Verhaftung des Vastard und die Mißhandlungen desselben durch den Angeklagten decken sich mit den Aussagen der gestern vernommenen Zeugen. Rieberger sagte dann weiter: „Bei der Ausstellung der Posten äußerte sich der Angeklagte: „Wenn in der Nacht ein Schuß fällt, werden die Gefangenen erschossen.“ Er forderte auch mich auf, auf den alten Cain zu schießen. Cain, der in der Nacht ungesesselt umherging, sah mit am Lagerfeuer, trank viel Schnaps, ließ auch mit dem Angeklagten an und die beiden unterhielten sich freundschaftlich. Später mußte sich Cain seitwärts legen und ich stand Posten. Der Prinz hatte mir den Auftrag gegeben, auf Cain zu schießen, falls er fliehen sollte. Plötzlich bemerkte ich, nachdem der Prinz mit Cain in englischer Sprache gesprochen und der Angeklagte die Versicherung fallen ließ: „Cain hat jetzt alles gestanden“, wie dieser aufstand und fortlief. Er lief jedoch langsam, daß man gar nicht daran denken konnte, er wolle fliehen. Er ging etwa 15 Schritte. Der Angeklagte sagte zu mir: „Er will fliehen! Schießen Sie!“ Ich hatte Cain, der zusammenbrach, in den Unterschleppel getroffen. Der Prinz äußerte sich daraufhin: „Sie haben ja mäßig geschossen! Sie schießen doch sonst gut.“ Dann zog er einen Revolver hervor und schloß Cain, der sich wieder erhoben hatte, eine Kugel in den Kopf. Vorher hatte der Angeklagte schon zu dem Posten gesagt: „Sobald ein Schuß fällt, erstickt Ihr die Gefangenen.“ Wir gingen dann fort. Als wir bald darauf zu der Stelle wieder zurückkamen, sah Cain an einem Busch, wohin ihn Eingeborene geführt hatten. Er bat mich um Wasser. Darauf sagte der Angeklagte: „Du brauchst nicht mehr zu trinken!“ und warf den Revolver so auf die Erde, daß er mit der Brust auf dem Boden lag. Dann setzte der Prinz den Fuß auf den Rücken Cains und frag mich, wie man ihn am besten töte. Er forderte von mir den Ladehaken; da ich ihn aber nicht sofort herausbekam, warf der Prinz den L. auf den Rücken und befahl mir, ihn mit dem Bajonnett zu erledigen. Er zeigte mir auch die Stelle, wo ich hinstehen sollte. Dann warf er den Revolver wieder um, der noch immer röhelte, ließ sich von mir den Ladehaken geben und ließ ihn 5-6 mal durch die Schußwunde ins Gehirn. — Stoll hatte den Auftrag erhalten, die übrigen Gefangenen nach Oberbis zu bringen. Sie dürften jedoch dort nicht ankommen. Stoll wollte dies jedoch nicht; dann erhielt ich den Auftrag und lehrte ihn auch ab. In einem Nachtrage behauptet Rieberger, daß der Prinz ihn nicht früher gelangt, jedoch durch Eingeborene und später durch einen andern Reiter erfahren habe, daß er, der Zeuge, ein guter Schütze sei. Hiermit erklärte sich die Bemerkung des Prinzen über das scheinmässige Schießen.

Verhandlungsf.: Angeklagter, Sie haben die Verlesung mit angehört.

Der Angeklagte verteidigt sich.

Angeschuldigter (welcher während der Verlesung einiges Interesse zeigte): Ich mache auf die Widersprüche aufmerksam, welche sich in den verschiedenen Aussagen des Zeugen befinden. Ich habe auch meine Aussagen gemacht, deren ich mich nicht mehr genau entsinne, die jedoch vielfach mit dem eben Gehörten in Widerspruch stehen. Auch bitte ich, die Aussagen derjenigen Zeugen zu verlesen, welche bestätigen, daß Rieberger mich schon vorher gefoltert hat.

Es wird dann in der Verlesung der Zeugenaussagen fortgefahren. Nach der Aussage des

Lieutenant v. Lebow

erschien der Angeklagte am Tage nach der Katastrophe bei ihm, im Begriff, den Oberstlieutenant Lebow aufzusuchen. Der Prinz erzählte den Vorfall und während die beiden zusammen sprachen, erschien der Reiter Stoll und teilte mit, daß Christoph Cain, ein Bruder des Ermordeten, ihm eben erzählt habe, daß Billy Cain thatsächlich die Absicht hatte, zu entfliehen.

Der Lieutenant v. Lebow ließ den Christoph Cain sofort zu sich kommen und dieser bestätigte, dies gesagt zu haben; er hätte aber nur Scherz gemacht. Als v. Lebow ihm bestätigte, daß sein Bruder tot sei, verhielt sich Christoph Cain so auffällig, daß v. Lebow ihn zwecks einer Untersuchung festnehmen ließ. Nach der Auffassung des Zeugen ist das gute Einvernehmen zwischen Cain und dem Prinzen nur durch die falschen Erzählungen der Eingeborenen, ganz besonders aber auch des als Dolmetscher fungierenden Reiters Baumann veranlaßt worden. Herr v. Lebow ist der Ueberzeugung, daß v. Arenberg in dem Glauben war, richtig gehandelt zu haben. Der

Reiter Bach

hatte angegeben, daß Cain ihnen gegenüber Furcht vor dem Angeschuldigten zu erkennen gegeben habe. Der Prinz habe zweimal ein mit Pulver geladenes Gewehr vermittels im Scherz auf Cain abgedrückt. Der Polizist hat sich allerdings dem Prinzen gegenüber manches Unstatthafte erlaubt. In jenem Vorzuge habe sich der Prinz viel mit dem Reiter Baumann unterhalten, und zwar in englischer Sprache. Der Zeuge ist mehrfach zu den beiden während des Gesprächs getreten, hat aber das Gefühl gehabt, als wenn man ihn nicht dabei haben wolle. Ferner wird die Aussage des

Gefreiten Dubrow

verlesen. Derselbe sagte aus, daß Cain dem Prinzen drei Weiber besorgt habe. Richtigkeiten seien zwischen den beiden nicht entstanden. Wichtig ist auch die protokolllarische Aussage des

Ansiedlers Koloff

auf Narhandi. Der Zeuge befand sich am 23. September 1900 in Wood, als der Prinz mit einer Patrouille ankam. Der letztere fragte Koloff, ob er nicht mit nach der Wüste des Cain reiten wolle; dort gebe es etwas zu schießen, weil Cain auf englisches Gebiet ausdrücken wolle. Später habe der Angeklagte ihm gesagt, der alte Cain habe ihn, den Prinzen, erschießen wollen. Am Nachmittag des Morbtages hat der Prinz dem Unteroffizier Stoll erzählt, Cain habe einen Versuch gemacht, auf den Prinzen geschossen habe. Als Stoll verwundert erklärte, daß er ja gar keinen Schuß gehört habe, sagte der Prinz: „Rein, mit einem Pfeil hat er auf mich geschossen.“ Als Billy Cain gefesselt dalag, hat er den Stoll um ein Glas Wasser. Der Prinz gestattete dies aber nicht. Schließlich ist Koloff, der die Mißhandlungen des Cain durch den Prinzen nicht mehr mit ansehen konnte, fortgegangen. Kurz vor dem Morde unterhielt sich der Prinz ganz gemächlich mit Cain und sagte, daß er ihn zu einem Jagdvoge mitnehmen wolle. Cain scheint den Worten des Prinzen nicht getraut zu haben, denn er sagte zu dem Zeugen: „Ach, ich werde von dem Prinzen erschossen werden!“ Dann war er sowie der Lehrling Wilhelm auf Epituro durch Schnaps, den der Prinz geschenkt, stark betrunken. Wilhelm torielte betrunken in den Pantoffel, das Frauengemach Cains, hinein; das schien dem Prinzen sehr angenehm; er wollte den Cain eifersüchtig machen, damit Cain, der zu jener Zeit ungesesselt war, dem Wilhelm nahe sein sollte. Hätte dies der Vastard gethan,

dann hätte der Prinz daraus einen Mordversuch Cains konstruieren können. Er vermutet, daß der Angeklagte den Vastard, um die Hauptfrau des Cain, das schöne Damara-Weib Jolbeth, zu besitzen. Dann werden die protokolllarischen Aussagen des in dem Mordprozeß ein eigenartige Rolle spielenden

Reiters, späteren Ansiedlers Baumann

verlesen. Baumann, der von 1897-99 auf Epituro als Reiter stationiert war, behauptet, daß Cain den Prinzen nicht habe leiden können. Der Lieutenant Reich hätte zu Cain gesagt, der Prinz sei ein dummer Junge. Er, Cain, solle von Epituro wegziehen. Eines Tages, kurz vor dem Mord, sei der Herrero Sijana zu dem Zeugen gekommen und hätte ihn gefragt, ob es strafbar sei, wenn er mit Cain auf englisches Gebiet flüchte. Er, Zeuge, habe dies Gespräch dem Prinzen mitgeteilt, der nun dem Herrero vernommen ließ. Der Angeschuldigte habe mit ihm, dem Zeugen, konferiert und er habe dem Prinzen geraten, nach der Wüste hinauszureiten und die Sache zu untersuchen. Als man dort angekommen, habe der Prinz Instruktionen erteilt. Er selbst, der Prinz, wolle in das Frauengemach hineingehen und die übrigen sollten auf die Herreros und die Wertarbeiter aufpassen. Am Morgen des Cain stand ein geladenes Richard-Gewehr. Der alte Cain schien ängstlich zu sein. Der Unteroffizier Stoll hatte auch gesagt, ihm scheine, als wenn Billy ausdrücken wolle. Im späteren Verhör beteuerte Cain seine Unschuld und behauptete, die Herreros wollten ihn hineinschießen. Cain habe dann hinzugefügt: „Bringt mich zum Oberstlieutenant Lebow.“ In der Nacht habe er auf Wunsch des Prinzen die Diener Cains verhört, die erklärt hätten, daß ihr Herr gar nicht flüchten wolle. Zeuge behauptet, daß zwei Motive zur That vorhanden gewesen seien. Entweder sei der Prinz von Herreros zu dem Morde veranlaßt worden, oder, was wahrscheinlicher sei, der Prinz habe die Frau Jolbeth für sich haben wollen. Der Prinz habe öfter zu dem Zeugen geäußert, daß er das Damara-Weib besitzen möchte. Als der Zeuge der Jolbeth den Tod ihres Mannes verkündete, habe sie heftig geweint. Er habe sie gefragt, ob sie nicht nach Epituro ziehen wolle. Da habe aber die Damara erklärt, nie werde sie nach der Stätte ziehen, wo sie den Mörder ihres Mannes täglich sehen müßte. Als der Schuß gefallen, kam der Prinz aus dem Gebüsch und sagte zu dem Zeugen: „Cain ist tot, wir wollen ihn beerdigen.“ Baumann ging mit dorthin, wo Cain lag. Der Prinz hatte behauptet, daß Cain schon tot sei und sofort beerdigt werden müßte. Der Mörder ließ Baumann jedoch nicht herantreten und zeigte ihm den Körper in einiger Entfernung. Der Zeuge will aber deutlich gehört haben, daß Cain noch röhelte.

Es werden dann noch weiter die unwesentlichen protokolllarischen Bemerkungen des Reiters Schmidt und der Gefreiten Herrodsheim und Upadel verlesen. Aus dem Protokoll, das mit dem

Sergeanten Bach

angestellt ist, geht noch hervor, daß der Reiter Baumann sich seines guten Rufes in Epituro erfreute. Baumann wollte gern der Compagnon des Cain werden. Cain wollte aber von einer derartigen Sozietät nichts wissen. Deswegen soll Baumann nicht gut auf Cain zu sprechen gewesen sein.

Lieutenant Petwin

war zugegen, als der Angeklagte die Meldung über die Tötung Cains beim Generalgouverneur erstattete. v. Arenberg sagte dort aus, daß der Vastard durch Rieberger erschossen worden sei. Er äußerte sich, daß es gut sei, daß Cain totgeschossen, sonst wäre die ganze Welt rebellisch geworden. v. Arenberg habe zunächst die Angelegenheit mit dem Ladehaken verhandelt, sie jedoch später ungenommenen zugegeben. Zeuge hatte die Auffassung, daß der Angeklagte keinerlei Gewissensbisse fühlte und glaubte, recht gehandelt zu haben. Der Prinz hatte sich auch dahin geäußert, daß er bei gleichem Anlaß wieder so handeln würde. Eine Ergänzung der Aussage Riebergers besagt, daß R. bei seiner Vernehmung angeben sollte, den Cain durch einen Schuß in den Rücken getötet zu haben, der Revolververstoß des Prinzen aber ein Fehlschuß gewesen sei. Sodann kamen zur Verlesung eine Reihe von Antworten auf die mündliche Anfragen seitens des Gouvernements. In diesen Antworten wird gesagt, daß eine Flucht Cains nach englischem Gebiet zweifellos für Deutschland nicht angenehm gewesen wäre. Daß Prinz von Arenberg heuchele, erscheine unwahrscheinlich, da er viel zu wenig raffiniert sei. Ueber die That selbst habe er zögernd genaue Angaben gemacht, nachdem er aber alle andern Vorgänge eingehende Darstellungen gegeben. Betrachtere er die Werts als feindselig, so war seine Handlungsweise in dem Vorgehen gegen dieselbe richtig. Die Feindschaft habe aber auch nur in der Phantasie des Angeklagten bestanden. Auf Anfragen über die Charaktere der Zeugen Koloff und Baumann wurde geantwortet, daß diese jedenfalls nicht als ganz einwandfrei zu betrachten seien und ihnen Ungefälligkeiten zugestanden werden könnten.

Fürster Brück

welcher nachträglich zur Vernehmung eingetroffen, macht nunmehr seine Aussagen.

Er war Leibjäger bei v. Arenberg. Bei diesem schon in Münster bedienstet und begleitete den Prinzen auch nach Afrika. Der Zeuge giebt nur zögernd Schilderungen über die Charaktereigenschaften des Angeklagten und bestätigt, daß dieser Mörder sehr schlau und ohne jede Veranlassung seine Hunde blutig geprügelt habe. Schon in Münster habe der Prinz sich einen geladenen Revolver neben seinem Bette gehabt, in der Bestimmung, überfallen zu werden. Eines Nachts mußte der Zeuge aufstehen und nachsehen, ob auf dem Hofe niemand sei. Die weiteren Angaben über die Fahrt nach Afrika, über den Rassenkonsum an Alkohol decken sich mit den Aussagen der am gestrigen Tage vernommenen Zeugen. Mit Cain sei der Prinz außerordentlich befreundet gewesen. Der Vastard hätte den Prinzen „Du, Dekar“ genannt, wiewohl er die gesellschaftliche Stellung desselben genau gekannt.

Verhandlungsf.: Zeuge, glauben Sie, daß der Prinz die schöne Jolbeth auch ohne Anwendung von Gewaltmitteln hätte bekommen können?

Zeuge: Ja, das glaube ich; das Damara-Weib wäre auch so für ihn zu haben gewesen. Cain hätte sie ihm auch wohl so überlassen.

Verhandlungsf.: Herr Oberstabsarzt, Sie sind ja Kommerzialkolonist! Was glauben Sie wohl?

Sachverständiger Oberstabsarzt Liebert: Es konnte dem Prinzen sicher keine Schwierigkeiten bereiten, die Jolbeth zu gewinnen. Cain hätte sie ihm auch wohl so abgetreten. Im übrigen möchte ich gleichzeitig als Zeuge bemerken: Der Prinz war dreimal in meinem Hause in Windhut und ich habe bei diesen Besuchen nie etwas an dem Prinzen gefunden, was darauf deutete, daß er nicht normal sei.

Verhandlungsf.: Angeklagter, möchten Sie sich nicht endlich einmal äußern und Ihre Ansicht hier kund thun, damit wir auch einmal von Ihnen Aufklärung erhalten? — Angekl.: Ich weiß nichts zu sagen. Ich verweise auf die früheren Aussagen.

Darauf wird der zu heute geladene

Sachverständige Geheimrat Professor Dr. Leppmann

vernommen. Der Angeklagte, so führt der Sachverständige in längerem Vortrag aus, ist von mir auf der Vereinigten Beobachtungsanstalt für geistige Verbrecher zu Roabit im November d. J. beobachtet worden. Als wir den Prinzen besahen, wußten wir nur das über ihn, was in den Zeitungen gestanden hatte. So war die erste Beobachtung des Patienten eine ganz unbefangene. Der Prinz macht den Eindruck eines „Entarteten“. Er ist nicht gerade schwachmüthig. Aber sein ganzer Idealtypus ist trotz angelegten Wissens und gesellschaftlicher

Formen auf einem kindlichen Standpunkt geblieben. Das „Jungenhafte“ zeigt er ganz ungeschickt und er hat sich auch nie anders gezeigt als er ist. Die Kopfbildung ist unharmonisch, sein Schädel steht im Mißverhältnis zum Körper und die Entartungszeichen findet man am Schädel ganz deutlich und in Fülle. Der Prinz erinnert eben an den Aytelen-Typus: kleiner Kopf und dabei kindliche Bildung in den Gesichtszügen. Bei dem Prinzen ist ein mangelhaftes Verständnis für gewisse ethische Dinge vorhanden. Er erzählt ganz ungeniert über seine Mordthat, sein Geschlechtsleben und seine Familie. Er lag zuletzt mit einem Gutswolventer, der mit der Frau seines Herrn Ehebruch getrieben und denselben vergiftet hatte, in einer Zelle zusammen, und diese beiden Menschen haben wie die dummen Jungen miteinander geschwätzt. Er hat gar kein Verständnis für das, was sittlich ist und heilig. Und dazu kommt noch ein ganz enormes Mißtrauen gegen seine Umgebung. Er behauptete, daß man ihn wie ein wildes Tier für Besucher zur Schau stelle. Der Prinz ist der Ansicht, daß ihm das größte Unrecht geschehen sei, und er behauptet, daß er dem Deutschen Reich einen Gefallen erwiesen hätte, wenn er den Verräter Cain getötet. Zu dem mir befreundeten gewissen Geheimrat Prof. Jolly behauptete der Prinz, der Kaiser habe eine besondere Liebe auf ihn. Mit seiner Beurteilung wolle man ihm einen Schlag auf den Kopf verfehlen. Nur durch eine Rechtsbeugung ist der Angeklagte verurteilt worden. Dagegen behaupte ich gegenüber Zeitungsnachrichten, daß konträr-feruelle Empfindungen bei dem Angeklagten nicht vorhanden sind. Sexuell ist der Prinz augenscheinlich sehr stumpf. Er ist das Musterbild eines Entarteten. Treten bei ihm derartige Anzeichen in der Außenwelt nicht so scharf hervor, nun, so sind die gesellschaftlichen Formen des Prinzen daran schuld. Er ist stark belastet, daher in seiner Jugend schon starke Affekt-Reizbarkeit. Bei mir steht es unabweisbar fest, daß der Prinz schon bei Begehung der That geisteskrank war. Es war damals bei ihm ein Beeinträchtigungswahn vorhanden. Das geht daraus hervor, daß er zu seinem Opfer bald zuräulich, bald mißtrauisch war, kurz es ist eine krankhafte Verkennung der Außenwelt bei ihm vorhanden gewesen.

Dr. Schäfer-Klein

giebt auf Befragen des Verhandlungsführers an, daß er bereits am ersten Tage auf dem Schiffe den Eindruck hatte, daß der Prinz ein physisch abnormer Mensch sei. Seine Annahme stütze sich teils auf die Schädelbildung, teils auf das scheinbar weiches der Angeklagte zur Schau trug. Er zeigte einerseits Jeneigung, andererseits Hoch gegen einzelne Personen aus eingebildeten Gründen. Die heute zur Verlesung gebrachten Zeugenaussagen hätten zu keiner Aenderung seines gestern abgegebenen Gutachtens Veranlassung gegeben, daselbe nur verhärfet. Auch

Geheimrat Bellmann

vertritt dieselbe Anschauung. Die gestrigen Zeugenaussagen bildeten die Grundlagen zu seinem Gutachten, die jetzt verlesenen hätten keine Auffassung nur bestätigt. Die bei dem Prinzen beobachteten Abnormitäten in Münster und in Berlin seien ja wohl teilweise durch Trunkenheit herbeigeführt. Bei den Vorgängen in Afrika aber könne nur von einer Geistesstörung die Rede sein. Es folgt nunmehr die Verlesung des Gutachtens des

Wissenschaftlichen Senats der Kaiser Wilhelm-Akademie zu Berlin, während welcher die Öffentlichkeit wiederholt ausgeschlossen wird. Dasselbe stellt fest, daß der Prinz an

physischer Degeneration

seit frühester Jugendzeit gelitten, daß in seiner Familie mehrere Fälle von Geisteskrankheit vorgekommen sind, und daß er bereits von seinem vierzehnten Lebensjahre an geschlechtlichen Verkehr getrieben hat. Alle diese Umstände hätten zu einer wirklichen Geisteskrankheit geführt und schon in seinem Garnisonsort Münster hätte man eine Katastrophe befürchtet. Das Gutachten stellt fest, daß bei dem Prinzen zur Zeit der Begehung der That eine krankhafte Störung des Geistes vorhanden gewesen. Auch jetzt seien noch Schlaflosigkeit, Wällungen, scheinbares Wesen, Festhalten früherer Meinungen zu bemerken.

Dagegen wird die Frage, ob der Prinz

ein unheilbarer Geisteskranker sei, verneint.

In einem zweiten Gutachten, das später abgegeben ist, wird der Prinz als dauernd geisteskrank bezeichnet.

Generalarzt Dr. Herter

ist der Ueberzeugung, daß die Kommission aus den gestrigen und heutigen Verhandlungen heraus zu keinem andern Gutachten gekommen wäre. Der Prinz sei zu keiner Zeit seines Lebens normal gewesen und für anormal hätte ihn stets seine Umgebung in allen Phasen seines Lebens gehalten. In der Planlosigkeit seines Handelns sähen die Sachverständigen eine Triebhaftigkeit. Die Tötung des Cain sei für den Prinzen nichts anderes gewesen, als die grausame Tierquälerei, das Mißhandeln von Untergebenden, was er zu Tausenden von Malen begangen, daß ein Kamerad in Münster, der ihn habe überhugen wollen und von ihm an die Wand geworfen worden sei, nicht von dem Prinzen getötet worden, sei eben ein Zufall.

Sodann wird die Beweisannahme geschlossen und in die

Maidoyers

eingetreten. Kriegsgerichtsrat Dr. Willmann, der Vertreter der Anklage plaidierte wiederum auf Freisprechung mit dem Hinweis, daß im vorliegenden Falle die Richter nicht zu prüfen haben, welcher Art die begangene That sei, sondern ob der Angeklagte überhaupt bei Begehung derselben zurechnungsfähig war oder nicht. Justizrat Winterfeld, der Verteidiger des Prinzen schloß sich im wesentlichen den Ausführungen des Vertreters der Anklage an. Um 3 Uhr zog sich der Gerichtshof zur Beratung zurück.

Um 1/4 Uhr verhandelte der Verhandlungsführer, Kriegsgerichtsrat Dr. Matzke, das Urteil. Es lautete auf

Freisprechung.

Das Kriegsgericht hatte dahin erkannt, 1. daß das Urteil des Divisionsgerichts vom 19. September 1900 aufgehoben wird; 2. daß der Angeklagte der Körperverletzung, begangen im Mißbrauch seiner Dienstgewalt, und des Mordes nicht schuldig und freizusprechen ist.

In der Urteilsbegründung ist das Kriegsgericht zu der Ueberzeugung gelangt, daß, wenn man das Verleben des Angeklagten in seiner Jugend betrachte und wenn man sich späteres Leben einer Kritik unterziehe, man es hier mit einem geistig mindertwertigen Menschen zu thun hat. In sich sprich viel dafür, daß das spätere Handeln unter dem Eindruck von Defekten geschehen. Das Kriegsgericht hat auf Grund des thatsächlichen Materials als erwiesen erachtet, daß der Angeklagte in krankhaftem Zustande gehandelt hat. Diese Ansicht hat das Gericht gewonnen aus den übereinstimmenden Gutachten der Sachverständigen, aus dem Ergebnis der Zeugenvernehmungen sowie aus dem ganzen Verlauf der Verhandlung, und ist das Kriegsgericht zu der Ueberzeugung gelangt, daß hier eine Handlung vorliegt, für welche der Angeklagte nicht verantwortlich gemacht werden kann. Sehr wesentlich für das Kriegsgericht war die Aussage des Dr. Schäfer, der vor und nach der That in Afrika unbefangenen sein Urteil über den Prinzen von Arenberg bilden konnte. Aus allen diesen Umständen und mit Rücksicht auf die Begleitumstände bei der That, mußte das Gericht erkennen, daß der Angeklagte in einem Zustand gehandelt hat, für welchen er nicht verantwortlich gemacht werden kann.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Städt. Volkshaus, Schönhauser Vorstadt. Samstagabend 6 Uhr findet im „Jägerhaus“, Schönhauser Allee 103, eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Walde Kanasse: „Der Kampf ums Dasein“. 2. Diskussion. Nachdem gemüthliches Zusammensein. Es ladet ein

Der Vertrauensmann.

Reinickendorf. Sonntag früh 8 Uhr findet von den bekannten Lokalen aus eine Flugblatt-Verbreitung statt. Die Genossen werden erucht, pünktlich zu erscheinen.

Nichtenberg. Sonntag früh 7 1/2 Uhr findet eine Flugblatt-Verbreitung statt. Die Parteigenossen werden aufgefordert, sich zahlreich in den bekannten Bezirkslokalen einzufinden.

Schöneberg. Die Parteigenossen des 2. Kommunal-Wahlbezirks treffen sich am Sonntag, den 6. d. M., pünktlich vormittags 9 Uhr im Restaurant Otto Schilling, Köpenickerstr. 16, zur Ausführung einer Bezirks-Flugblatt-Verbreitung. Bei der Wichtigkeit der Angelegenheit ist das Erscheinen aller Parteigenossen dringend erforderlich. Die Bezirksführer.

Zehlendorf. Am Sonntagmorgen 8 Uhr findet bei Bellrich, Meiner. 86, eine öffentliche Versammlung statt, zu welcher Genosse Zubeil das Referat übernommen hat. Tagesordnung: Die bevorstehenden Gemeindevahlen. Früh 7 Uhr: Flugblatt-Verbreitung, das letzte vor der Wahl. Pünktlich eines jeden Genossen ist es, sich bei Giese, Kellnerstr. 23, einzufinden.

Treptow-Baumschulweg. Zu der am Dienstag stattfindenden Gemeindevertreter-Wahl findet morgen früh 8 Uhr Flugblattverbreitung statt. Die Genossen werden erucht, sich zahlreich an folgenden Stellen einzufinden: für Treptow im Restaurant Schmidt, Kiehlstr. 22, und im Restaurant Preuß, Neue Strug-Allee 59, für Baumschulweg im Restaurant Staffeld, Baumschulstr. 85.

Adlershof. Parteigenossen! Nur noch wenige Tage trennen uns von der Gemeindevertreter-Wahl. Jede Gelegenheit muß ausgenutzt werden, um Sämtliche und Indifferente aufzurütteln, damit diese ihr Wahlrecht ausüben. Keiner darf fehlen. Nicht nur allein, daß es einen neuen Sieg für die sozialdemokratische Arbeiterschaft zu erlangen giebt, sondern durch Massenbeteiligung muß sie zugleich Protest gegen die hier bestehenden Zustände einlegen. Die polizeiliche Bevormundung sowie die Erklärung, mündigen Rechten für die sozialdemokratischen Arbeitermassen erschaffen ein geschlossenes Vorgehen. Sie haben nun den uns ohne Zweifel zustehenden vierten Sitz der dritten Abteilung am Montag, den 7. März, neu zu erlangen. Die Wahl findet von 4-7 Uhr nachmittags im Gemeindehaufe (alte Schule), Bismarckstr. 38/39, statt. Es ist erwünscht, daß, wenn irgend möglich, die Stimmabgabe bis 6 Uhr beendet ist, um einen Andrang zum Schluß der Wahl zu verhindern.

Der Kandidat der Sozialdemokratie, Sattler Friedrich Wölfling, Sedanstr. 22, muß als Sieger aus dem Kampfe hervorgehen, wenn jeder seine Pflicht erfüllt.

Genossen, welche am Sonntag bei der Agitation am Orte helfen wollen, treffen sich um 7 1/2 Uhr bei Lau, Bismarckstr. 10. — Auf zum Kampf!

Der Vorstand des sozialdemokratischen Wahlvereins.

Grünau. Heute abend 9 Uhr findet in der Grünen Ecke die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt.

Johannisdorf. Die nächste Versammlung des Wahlvereins findet Sonntagmorgen 4 Uhr im Lokal von Palm, Köpenickerstr. 81 in Rudow, statt.

Lokales.

Vom Wohlthätigkeitschwandel.

Mag man immer unre Zeit hart und rücksichtslos schelten, so finden doch Leute, die auf das Mittel zu spekulieren wissen, recht oft ihr passables Auskommen. Ja, es hat sich eine eigne Industrie entwickelt, die der weichen Herzen zu ihrem Fortkommen bedarf und diesen Artikel anscheinend auch stets in halbwegs genügender Fülle vorrätig findet. In Mitteldeutschland befindet sich ein Kaufmannsverein, das Hauslegen und andre Bilder durch Reisende vertreiben läßt. Die Reisenden steigen treppauf und treppab von Haus zu Haus und ihr Zugmittel sind Quittungen von Wohlthätigkeits-Instituten, die bei dem Unternehmer des Geschäfts keine andre Rolle spielen als anderswo die Speeren für Inzerate und Kellern. So heißt es in einer der Quittungen, mit denen auf das Gemüth der lieben Mitmenschen eingewirkt werden soll: „Wögen sich recht viele daran beteiligen, um ihr Scherlein für die armen Waisenkinder beizutragen.“ Leider erhalten die armen Waisenkinder vom Geschäftsgewinn nur so gut wie gar nichts und der Zweck der Spekulation ist einzig der, den Fabrikanten, der die Reisenden auf die Straße schießt, reich zu machen. Im Oktober 1902 hatte der edle Wohlthäter von Hauslegenfabrikant an die Doeren 300 M. gezahlt. Flug erhielt dann jeder seiner Reisenden eine Abschrift der Quittung des Generals Vottha und dieser Quittung hatte der Unternehmer die deutliche Bemerkung hinzugefügt: „Hoffentlich ist diese neue Quittung über 300 M. für die Doeren recht zugkräftig.“

Nun wäre dieser Trick am Ende noch zu entschuldigen, wenn die Käufer der „Hauslegen“ einigermaßen reich bedient würden. Mit Glas und Rahmen kostet ein solcher Zimmerschmuck aber 7 M., worauf der Käufer 1,50 M. anzuhalten hat. Diese 1,50 M. hat der Reisende als Provisions für sich in Anspruch zu nehmen. Um die Ware leichter los zu werden, liefern einige das Bild für 4,50 M. aus; der Kunde ist dann sehr enttäuscht, wenn er den Gegenstand ohne Glas und Rahmen erhält. Auch andre unvorteilhafte Versprechungen werden gemacht, ohne daß der Fabrikant solchen Reisenden darob besonders gram wäre. Der Unmut dieser Agenten macht sich anderwärts in drastischen Zuschriften an die Firma Luft. Ein Reisender meinte in einem Briefe, es dauere ihn im Grunde, wenn er den armen Leuten ein Bild für einen übermäßig hohen Preis aufschwächen müsse, nur um ihnen fürs erste 1 Mark 50 Pfennig aus der Tasche zu lochen, und ein andrer klagte, daß er von Leuten, die schon einmal hineingefallen seien, gerade nicht sehr höflich zur Thür hinauskomplimentiert worden wäre. Wenn trotzdem noch Erfolge herauskommen und dem Fabrikanten zu Reichthümern verholfen wird, so liegt das daran, daß die Reisenden zum Theil mit Frauen zu thun haben, die sich verhältnismäßig leicht für die angeblichen Wohlthätigkeitsbestrebungen des Unternehmers einfangen lassen. Zu spät sehen sie ein, daß sie überdoppelt worden sind und das gefasste Bild für das Doppelte seines Wertes erworben haben. Der edle Wohlthäter aber läßt sich ins Häuschen.

Im gestrigen Glasandusch gelangte zunächst der Hochbau-Etat zur Beratung. Dieser Etat kann gar nicht verhandelt werden, ohne daß die Herren der Mehrheit ihre Klagen über den langsam und teuer bauenden Stadtbaurat immer wiederholen. Das war auch gestern wieder der Fall; nur konnte man den Eindruck haben, als ob das diesmal wohlwollender als sonst geschehen wäre. Auch wir wünschten gewiß, daß die so notwendigen Bauten wie Krankenhäuser, Schulen, Heimstätten, Jrenanstalten baldigt ihrer Vollendung entgegengehen und in Benutzung genommen werden können. Allein uns will doch bedünken, daß die Klagen, die da erhoben werden, an die falsche Adresse gerichtet sind. Die Herren der Mehrheit hätten eben früher weitfrühtiger sein müssen und nicht erst Schulen und andre gemeinnützige Institute in Angriff nehmen sollen, wenn es auf den Nägeln brennt. Jetzt scheint man einzusehen, daß man zu spät dem immerwährenden Drängen von sozialdemokratischer Seite nachgegeben ist und möchte den Stadtbaurat veranlassen, sich entschließen zu machen. Es wird aber damit indirekt eingestanden, wie recht unsre Genossen seiner Zeit hatten, als sie ihre diesbezüglichen Forderungen stellten. Das wurde auch von unsren Genossen betont. Der Baurat konnte auch leicht nachweisen, daß er durchaus nicht langamer als sein Vorgänger bauet, daß auch schließlich allzurückes Bauten auf Kosten der Solidität geschehe. Außerdem wurde auch dargelegt, daß man den Baurat entlasten müsse. Winderwichtige Bauten sollten an Privatunternehmer vergeben werden. Das Krankenhausebau gerüht der Baurat bis Herbst 1905 fertigzustellen. Schließlich wurde beschlossen, den Magistrat um eine Revision der Instruktionen für die Bauverwaltung zu ersuchen. Mit der Wenderung, daß 10 000 M. für eine Freitreppe vom Rathaus nach dem Kaiserturm eingesetzt werden, gelangte dieser Etat zur Ver-

abschließung. Beim städtischen Obdach wurde unseinerseits wiederum die Entfernung der Gefängnisfrankensstation gefordert, eine diesbezügliche Resolution aber abgelehnt. Der Magistrat habe sich principiell mit der Entfernung einverstanden erklärt. Es schweben darüber Beratungen in der Krankenhausdeputation. Der Magistratsvertreter bemerkte, daß er sich den Kopf zerbrechen, was er nach Entfernung der Station mit den leeren Räumen anfangen solle. Wie dies mit dem Magistratsbeschluss in Einklang zu bringen ist, war unverständlich.

Beim Etat der Park- und Gartenverwaltung waren es die Löhne der Arbeiter, die eine längere Debatte hervorriefen. Bezüglich des Arbeiter-Ausschusses dieser Verwaltung wurde bemängelt, daß jetzt die sondersbare Bestimmung bestehe, daß der Ausschuss nur mit Genehmigung des Direktors zusammentreten dürfe. Es wurde eine Resolution angenommen, nach welcher der Magistrat ersucht werden soll, die diesbezüglichen Bestimmungen den für andre städtische Betriebe geltenden anzupassen.

Zu städtischen Schulmuseen in der Stallstraße 54 ist jetzt die vom Verein Berliner Schulärzte beantragte Ausstellung eröffnet, welche die für Vorträge aus dem Gebiete der Gesundheitspflege in Betracht kommenden Demonstrationsmittel enthält. Die Ausstellung zerfällt in einzelne Abteilungen und umfasst hauptsächlich eine große Zahl graphischer Darstellungen und Abbildungen in Form von Wandtafeln. Die Mehrzahl ist zu dem in Aussicht genommenen Zweck neu hergestellt. Wir finden Tafeln über den Nährwert der billigsten Nahrungsmittel, über Heizung, Beleuchtung, Ventilation. Vergrößerte Photographien bringen den Sitz der Kinder auf verschiedenen Bänken zur Anschauung. Neben einer größeren Zahl von kleinen Schulbantenmodellen ist die neueste aus den Jahnischen Werkstätten stammende Berliner Schulbank, die durch zweckmäßige Vorrichtung die Benutzung sowohl mit Plus- als mit Minusdistanz ermöglicht, in natürlicher Größe ausgestellt. Die Bekämpfung der Infektionskrankheiten, insbesondere der Tuberculose, das Auftreten akuter und chronischer Krankheiten in der Schule, die ungunstigen Einwirkungen des Nachmittagsunterrichts werden durch Diagramme, Modelle und Apparate erläutert. Besonders vertreten ist die Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs und die erste Hilfe bei Unglücksfällen (Verbandsstoffe, Verbandstaschen, Bandtaseln, Dispositionen). Die Ausstellung von Projektions-Apparaten und Diapositionen sowie deren Beschaffung für das städtische Schulmuseum wird dazu führen, daß die Projektion auch Eingang in unsere Gemeindefschulen findet. Der Besuch der Ausstellung ist besonders Hygienikern und Lehrern zu empfehlen. Die Besuchszeit ist abends von 5-7 und Sonntags von 11-1 Uhr.

Die Beseitigung des Dreifaltigkeits-Kirchhofes am Potsdamer Bahnhof. Der am Potsdamer Empfangs-Bahnhofe, unmittelbar an der Königsträgerstraße liegende alte Dreifaltigkeits-Kirchhof, der seit Jahren nicht mehr benutzt worden ist, soll endlich, nachdem die Wartezeit nun ist, beseitigt werden. Er bildete seit längerer Zeit ein arges Verkehrshindernis. Da der Gemeindevorstand einen Kaufpreis nicht feststellen will, hat der Magistrat beschlossen, den Friedhof im Wege der Enteignung zu erwerben. Er wird der Stadtverordneten-Versammlung eine Vorlage machen.

Städtische Straßendämme. Der Magistrat beschäftigte sich am Freitagmorgen mit dem Antrage der Verkehrsdeputation, von Westen und Südwesten aus mehrere Straßendämme in eigener Regie zu erbauen. Die Dämme sollen von Schöneberg, bezw. vom Hermann-Platz in Rixdorf aus nach dem Dönhofs-Platz geführt werden. Nach längerer Beratung wurde die Angelegenheit bis zur Vorlegung neuer Material verlag.

Die Große Berliner sendet an die Presse eine Zuschrift, in der sie Beschwerde darüber führt, daß in der gestrigen Stadtverordneten-Versammlung der Direktion unterstellt worden sei, sie hätte den Einspruch gegen die Fortführung der Untergrundbahn gegen ihr besseres Wissen erhoben. In dem Schriftsatz heißt es: „Wir sind lediglich einer Pflicht nachgekommen, die das Gesetz dem Vorstande einer Aktiengesellschaft auferlegt. Wir hätten diese Pflicht verletzt, wenn wir auf ein Recht verzichtet hätten, das die Gesellschaft nach unsrer Ueberzeugung besitzt, und diese Ueberzeugung haben wir durch eingehende Erwägungen und ein schon vor längerer Zeit erworbenes Gutachten eines namhaften Rechtslehrers gewonnen, der auf dem hier in Betracht kommenden Gebiet des preussischen Kleinbahnrechts als Autorität gilt.“ Daß die Gesellschaft sich verpflichtet glaubt, wie bei allen ihren Schritten so auch bei diesem das Interesse der Aktionäre ins Auge fassen zu müssen, kann man ihr von ihrem Standpunkte aus ja kaum verdenken. Das Traurige an der Sache ist eben, daß das Privatinteresse dem Gemeininteresse übergeordnet ist und ein Hemmnis bildet für eine dringend notwendige Verbesserung der Berliner Verkehrsverhältnisse.

Stadtschulstatistik. Im Monat Februar nächstigen im Räumerschul des Kindereins für Obdachlose 2003 Personen, im Frauenasyl 4505 Personen. Arbeitsnachweis wird erbeten für Männer: Wiesenstraße 55/56, für Frauen: Fühlstr. 8.

Bauratsentscheid. Von organisierter Seite schreibt man uns: Am Donnerstagmorgen waren der Kleinrentnerlehrling Hans Stegmann und der Geselle Richard Behr auf dem Neubau Thomasstr. 38 in Rixdorf mit der Ausführung der Kleinrentnerarbeiten beschäftigt. Diese Arbeiten wurden von der Schutzprüfung aus gemacht. Die Schutzprüfung war so angebracht, daß in dem Bauwerk Löcher ausgegraben waren; durch diese waren dann in Abständen von ca. 1/2 Meter die Rehriegel ausgegeben. Die Rehriegel waren im Innern des Neubaus durch Streifen unter den Lagerbalken befestigt. Stürzen und Bruchstücke waren vorn vorhanden. Der Kleinrentnerlehrling hatte nun vom Dache einen Beut mit Mörtel auf die Kichtung nehmen wollen, konnte die Last, die etwa ein Gewicht von 20 Pfund haben mochte, jedoch nicht halten und daher fiel sie auf die Schutzprüfung nieder. Der Lehrling stand direkt auf der Stelle, wo die Rehriegel hinausgeschoben waren. Solwie der Dachbedeckung auf die Schutzprüfung aufschlug, brach der eine der Rehriegel direkt an der äußeren Mauerseite ab, dadurch stürzte die Schutzprüfung in einem Teile zusammen und der Lehrling stürzte 4 Etagen tief hinab. Er wurde mit gebrochenen Armen und aufsteigend auch inneren Verletzungen nach dem Krankenhaus „Bethanien“ gebracht. Dem Gesellen V. gelang es, sich durch Festklammern an dem Dachstuhl vor dem Sturz in die grauhafte Tiefe zu retten. Wie uns von Beteiligten berichtet wird, ist die Veranlassung zu diesem Unglück, durch welches ein junges blühendes Menschenleben vernichtet wurde, die schlechte Beschaffenheit des Rehriegels gewesen. Wann endlich wird man den so berechtigten Forderungen der baugewerblichen Arbeiter auf Anstellung von Bauingenieuren und bessere Ueberwachung der Bauten stattgeben? Der Opfer sind doch wahrlich genug. In welchem Zustande muß der Rehriegel sich befinden haben, wenn bei einem Druck von ca. 20 Pfund aus höchstens 1,20 Meter Höhe auf die Kichtung der Riegel fast haarscharf an Mauerwerk abbrach! Das Unglück wäre aber dennoch verhütet worden, wenn der Bretterbelag aus genügend langen und starken Nüstereisen bestanden hätte und übereinander gelegt gewesen wäre. Zum Teil sind als Kichtungsbelt nur gewöhnliche Schalbreiter benutzt worden. Die vordere Kichtung befindet sich ebenfalls in schlechtem Zustande.

Nach Unterschlagung von 40 000 M. ist der Prokurist der Weingroßhandlung Wachenhausen u. Preuß in der Dorotheenstraße Hermann Danielowitsch seit dem 23. v. M. flüchtig oder hat Selbstmord verübt. Seine Schwester hat in der Nacht zum 22. v. M. einen Selbstmordversuch gemacht und ist bald darauf in der Frauenklinik gestorben. Danielowitsch wohnte Halleischestraße 1 zusammen mit seiner Schwester Helene und hatte in der Nähe der Börse die Niederlage. Als am 1. d. M. der Inhaber von Stettin kam, war D. fortgegangen und hatte die Schlüssel zur Niederlage mitgenommen. Gestern schickte sie ihm D. mit einem Briefe, in dem er mittelst, daß er sich wegen falscher Spekulationen das Leben nehmen würde.

Unter dem Verdacht der Brandstiftung ist gestern der Kollernmeister Hilbig aus der Friedenstraße 52 verhaftet worden. In der Nacht zum Donnerstag entzünd dort in dem Seitenflügel Feuer, das wegen der vielen Tischlereien und Drechslerereien, die sich dort be-

finden, sehr gefährlich zu werden drohte. Die Feuerwehre machte dabei die Entdeckung, daß es an fünf Stellen brannte. Zu jedem Brandherde waren zwei Flaschen Petroleum verbracht, in deren Öffnung ein brennendes Licht gesteckt war. Außerdem waren die einzelnen Flaschen unter sich durch petroleumgetränkte Dochte verbunden. Um die brennenden Lichter nach außen zu verdrängen, war jeder Brandherd von einem zusammengebohrten Stück Pappe umgeben. Einer der Herde war erst durch diese sinnreiche Einrichtung entzündet worden, als der Wächter Lärm schlug. Die heißen Flaschen waren gesprungen und das Petroleum hatte einen Teil der Verklebung in Flammen gesetzt. Bei einer späteren Entdeckung wäre ein furchtbarer Brand entstanden. Die Feuerwehre beseitigte die flüchtigen Einrichtungen. Hilbig hatte schon vor drei Jahren einen Brand zu verzeichnen; damals konnte ihm eine Schuld nicht nachgewiesen werden, weil er auf Reisen gegangen war. Die Bahrische Feuerversicherungs-Gesellschaft in der Kochstraße nahm ihn damals nicht wieder auf. Er versicherte bei andern Gesellschaften recht hoch. Diesmal will er sich allein in der Wohnung befinden haben und von dem Ausbruch des Brandes übersehen worden sein. Seine Frau hatte er mit der Tochter und einer Verwandten nach dem Circus Busch geschickt. Ueber die Brandherde und die Höllemaschinen will Hilbig nichts wissen. Nachgewiesen wurde aber bereits, daß er die Dochte zur Herstellung der Leitungen in bestimmten Geschäften gekauft hat.

Zu dem Drama in der Elisabethstraße wird jetzt durch die Mutter der Alma Eschrich, die Witwe Knackfuss, die in erster Ehe mit dem Arbeiter Eschrich verheiratet war und Friedrichstr. 243 wohnt, ein annehmbarer Grund für die gemeinsame That angegeben. Als die Alma Eschrich vor sieben Jahren in Berlin diente, lernte sie einen Schreiber Kramm, der früher als Lehrer Schiffbruch gelitten hatte, kennen. Aus dem Verhältnis mit ihm ging die am 6. Februar 1899 zu Paderborn geborene Amalie Eschrich hervor. Nachdem der Schreiber seine Braut im Stich gelassen hatte, wurzelte sich bei ihr eine große Abneigung gegen das Heiraten fest, weil ihr nach ihrer festen Ueberzeugung das Vorhandensein des Kindes in einer Ehe später stets zum Vorwurf dienen würde. Das hat Alma E. auch dem Knackfuss gegenüber deutlich betont. Dieser verachtete eine Einwirkung auf das Mädchen durch die Frau Knackfuss, die sich aber in die Angelegenheit nicht einmischen wollte. Daraufhin äußerte Knackfuss die Absicht, sich das Leben nehmen zu wollen. Daß er damit bei der Eschrich sofort Anklang gefunden hat, kann verstanden werden.

Durch einen Schuß in den Leib verfuhrte der 23jährige Kaufmann Ernst Leuw aus der Georgenkirchstr. 31 am Donnerstagabend um 6 1/2 Uhr sich das Leben zu nehmen. Er war von dem Gefäß nicht nach Hause gekommen, sondern nach dem Abort des Schlesischen Bahnhofes gegangen, wo er die That ausführte. Beamte hörten den Knall und fanden den verblutenden jungen Mann. Er wurde in einem Pflasterwagen nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. Gegenüber anders lautenden Gerüchten behauptet der Vater, bei dem er wohnt, daß sein Sohn wegen nächtlichen Wummelns von ihm Vorwürfe erhalten habe und aus diesem Grunde (!) zu dem Selbstmordversuch geschritten sei.

Feuerbericht. Am Freitagmorgen wurde die Feuerwehre nach der Petersburgerstr. 16 gerufen. Dort stand der Dachstuhl des vierstöckigen Gebäudes in großer Ausdehnung in Flammen. Brandinspektor Bahrdt ordnete einen umfassenden Angriff an und es gelang durch kräftiges Wassergeben, die Gefahr auf den Dachstuhl, der zum Teil abgebrannt ist, zu beschränken. Die Entstehung des Brandes wird auf Unvorsichtigkeit zurückgeführt. Vormittags hatte die vierte Compagnie in der Ullrichstr. 8 zu thun, wo durch Ueberhochen von Fett in einer Waschkübe Feuer ausgebrochen war. Nachmittags fand in der Reichensbergerstr. 132 ein Schornstein in Flammen und gleichzeitig brach in der Brandenburgstr. 71 Feuer aus.

Die Verhaftung des angeblichen Mörders der Luise Günther, worüber ein Telegramm aus Hamburg in der heutigen Morgenausgabe berichtet, hat nach der Darstellung hiesiger Blätter folgende Vorgeschichte: Dreyes, der kurze Zeit nach dem in der Nacht zum 15. April 1898 in der Hafenstraße vollführten Morde nach Amerika ausgewandert war, wurde bereits am 26. Juli v. J. auf Veranlassung der kaiserlich deutschen Gesandtschaft für Chile in Iquique verhaftet. Es dauerte geraume Zeit, ehe sich die Staatsanwaltschaft beim Landgericht II in Berlin entschloß, die Auslieferung des angeblichen Verbrechers zu beantragen, da die vorliegenden Verdachtsmomente ziemlich gering sind. Monatelang fand ein reger schriftlicher Verkehr zwischen den hiesigen Justizbehörden und dem deutschen Konsularvertreter in Santiago in Chile statt, der die ersten Vernehmungen des Dreyes und seiner dortigen Arbeitsgenossen zu leiten hatte. Dieser hatte sich einerseits durch mannigfache Keuerungen seinem Verbergsdient gegenüber verdächtig gemacht, andererseits hatte ein ehemaliger Reisebegleiter und Freund ihn als Mörder denunziert. Der Beschuldigte, der seine Unschuld beteuert, bezeichnet die Angaben des „Freundes“, den er schon in Berlin kennen gelernt hatte, als erlogen und führt sie auf einen Racheakt zurück. Der deutsche Vertreter in Santiago fürchtete anfänglich, Dreyes hätte die Denunziation des Freundes selbst veranlaßt, in der Hoffnung, nach seiner Auslieferung als Untersuchungsgesangener unentgeltlich nach seiner Heimat befördert und hier nach kurzer Haft, wegen Mangels an Beweisen, wieder auf freien Fuß gesetzt zu werden. Dieses Mißtrauen schwand jedoch, als bekannt wurde, daß Dreyes in der fraglichen Nacht die Luise Günther eine Strecke Weges begleitet hatte, nachdem sie ihm nach Verlassen eines Tanzlokals begegnet war. Dieses Zusammenstreffen mit der Diene leugnet D. nicht, stellt aber sonst jede Schuld an ihrem Ende entschieden in Abrede.

In Cassans Panoptikum ist zur Zeit eine Luncenfentruppe zu sehen, die von dem durch die Samotruppe bekannt gewordenen Herrn Marquard eingeführt worden ist. Es ist ein buntes Bild, das sich allständig im Theateraal des Panoptikums entfaltet. Rämmer, Frauen und Kinder von verschiedener Hautfarbe sehen wir, und die bunte, malerische Tracht der Fremden ist schon im Stande, uns ein Bild Orient vorzugaukeln. Die Vorstellung beginnt mit der Musik, daß das Volk auf dem Marktplatz zum Gebet zusammengerufen wird. Es geht damit wie hier zu Lande; nachdem am Sonntagmorgen der Herrgott seinen Tribut empfangen, veranlagt man sich. Bei uns zu Hause im Birtshaus und auf dem Tanzboden, dort drüben im heißen Afrika unter freiem Himmel. Wir sehen Strahengauler, Liebersänger, Maskentänzer, eine nicht able Spigentänzerin und was dergleichen Kurzweil mehr ist. Dann kommen zwei Schlangenbeschwörer, Vater und Sohn, die ihr giftstrohendes Geschäft mit weit mehr Kaltblütigkeit verrichten als unsre Vorkrieger ihr unheimliches Wirken im Schatten des heimischen Giftbaumes. Endlich legen sich wieder die guten Leute ihre lebenden Arbeitsinstrumente um den Hals und ziehen sich in den Hintergrund zurück. Sie werden abgelöst von zwei sudanesischen Kraftgenies, die Kriegstänze aufführen; zum Schluß aber kommt die holde Weiblichkeit mit Tänzen von mehr oder minder orientalischer Kunstausfassung. Die Luncen zeigen bei ihren Aufführungen, daß sie gute Musiker sind und wissen mit Geschick die Zuschauer für sich zu interessieren.

Orgelkonzert. Montag, den 7. März, abends 7 1/2 Uhr, hält Musikdirektor Otto Diemel in der Marienkirche einen Orgelkonzert unter Mitwirkung von Frau Clara Windhoff, deren Schülerinnen Ref. Schmidt, Dietrich, Hoffmann u. des Windhoffischen Frauorchesters, des Violinvirtuosen Herrn Julius Rühlström und des Herrn Paul Schander. Der Eintritt ist frei.

In der neuen Berliner Postkammer Karlstr. 38 werden kranke Kinder unentgeltlich von ärztlichen Sachverständigen am 6-7 Uhr unentgeltlich behandelt.

Die vierte Schüler-Abteilung des Turnvereins „Nichte“ ist am 2. März eröffnet worden. Sie tritt Mittwoch und Sonnabends in der Gemeindefschul-Turnhalle Veerstraße 17-20 von 6 1/2-8 1/2 Uhr abends. Der Beitrag beträgt für den Monat 80 Pf. An Ein-

Schreibegeld wie 10 Pf. erhoben, welches jedoch an den ersten beiden Abenden nicht zu entrichten ist. Gleichzeitig sei darauf hingewiesen, daß, wenn mehrere Schüler einer Familie turnen, nur für einen Schüler der Beitrag zu entrichten ist.

Am Ubbelohde Institut für Meereskunde, Georgenstr. 34/36, findet am Montagabend 8 Uhr ein öffentlicher, Herren und Damen zugänglicher Vortrag statt. Es spricht Prof. Brandl über „Ergebnisse neuer biologischer Untersuchungen im Interesse der internationalen Meeresforschung“. Der Vortrag wird durch eine Anzahl Lichtbilder und Demonstrationen erläutert. Einlasskarten sind von 12 bis 2 Uhr mittags und abends von 6 Uhr ab im Institut und von 9 bis 4 Uhr im Deutschen Florenzverein, Bernburgerstr. 35, I, erhältlich.

Theater. Am dem Karl Henckell-Abend, den das Schiller-Theater nächsten Sonntag, den 6. März, im Bürgerpark des Rathauses wiederholt, wirken diesmal Miriam Horwitz, Friedrich Krüger und Erich Fiegl vom Schiller-Theater und der Konzertführer Hjalmar Arberg mit. Den einleitenden Vortrag hält wieder Rudolf Steiner. — Die neue satirische Ausstattung & Revue des Metropol-Theaters, deren Uraufführung in wenigen Tagen bevorsteht, stammt von Julius Freund. Victor Hollander, dessen Gesangs- und Schauspielerei schon oft aus dem Metropol-Theater in die weite Welt hinausgedrungen sind, hat die Gesangs-Nummern und die Ballettmusik komponiert. Die Ballett-Arrangements leitete Ballettmeister Mazzantini, der neue Ausstattungs-Apparat an Dekorationen, Kostümen und Requisiten ist aus dem Atelier Baruch u. Co. hervorgegangen. In den Hauptrollen finden die Herren Thomas, Joseph, Bender, Grünfeld, Kasha, Justiz, Himmel, Günther und die Damen Grete Meyer, Frieda, Anne Müller-Linde, Johanna Junker-Schay humoristische Aufgaben.

Schöneberg. Vom Verein zur Förderung der Kunst wird am Sonntagvormittag in der Aula der Hohenzollern-Schule, Piesingstr. 6, ein Wartburg-Abend veranstaltet. Wilkes a 30 Pf. sind zu dieser wie zu allen andern Veranstaltungen genannten Vereins in der Parteipublikation, Martin Lutherstr. 52, zu haben.

Aus den Nachbarorten.

Genosse Stabrow aus Groß-Westen. Am Dienstag, den 1. März, ereilte die Parteigenossen des Reichstags-Wahlkreises Teltow-Charlottenburg die erschütternde Nachricht, daß der Schneidermeister Hermann Stabrow aus Groß-Westen in Ausübung seines Berufes in Pätz auf der Straße vom Perzschlag getroffen und in wenigen Minuten vom Tode ereilt worden war. Stabrow ist 45 Jahre alt gewesen; er hinterläßt eine trauernde Witwe und drei Kinder. Sein Leben war reich an Entbehrungen, Not und Sorgen. Schon frühzeitig hatten die Lehren des Sozialismus Eingang bei ihm gefunden und die Saat war auf guten Boden gefallen. In Gallum bei Mittenwalde, wo er sich als Schneidermeister niedergelassen hatte, begann er sofort seine agitatorische Tätigkeit und verbreitete sowohl den bürgerlichen „Socialdemokrat“, wie das Teltower „Volkblatt“. Nachdem seine Erziehung in Gallum durch seine Gegner so gut wie vernichtet war, siedelte er nach Groß-Westen über und errichtete sich am Orte ein eigenes Heim; auch dort warb er für seine Lehren Anhänger. Ihm verdanken wir die Gründung des dortigen Wahlvereins, dessen Vorsitzender er bis zu seinem Tode war; er hat dafür gesorgt, daß uns ein Versammlungsort zur Verfügung steht. Er selbst war er den Arbeitern ein Freund und Berater in allen Lebenslagen. Sein Begräbnis am Donnerstag gestaltete sich zu einer großen Kundgebung der Arbeiterschaft. Erschienen waren von außerhalb der parlamentarische Vertreter des Kreises, Genosse Jubel, vom Central-Wahlverein Ueberhardt, ferner Deputationen der Wahlvereine von Adlershof, Königs-Wasserhaußen, Genossen aus Nixdorf, Berlin und der näheren und weiteren Umgebung. Der Wahlverein vom Orte war vollzählig erschienen, auch die freie Vereinigung der Jungmänner in Wasserhaußen hatte Vertreter entsandt. Nachdem im Sterbehause der Genosse Fritz Jubel dem Verstorbenen einige warm empfundene Worte gewidmet hatte, setzte sich der Trauerzug in Bewegung. Vor Eintritt in den Kirchhof mußten die roten Schleifen auf Anordnung des Amtsvorstehers entfernt werden. Unter den Klängen des Liedes „Ein Sohn des Volkes“ wurde der Sarg in die Gruft gesenkt. Ein echter Sohn des Volkes ist mit Stabrow dahingegangen.

Gemeindevertreter-Wahlen haben am gestrigen Freitag in Groß-Westen (Osten und Westen) stattgefunden. Für Groß-Westen-West waren in der dritten Abteilung zwei, für den Osten ein Gemeindevertreter zu wählen. Es wurden in Groß-Westen-West die Kandidaten der bürgerlichen Parteien, Bildhauer Fischer mit 515 und Gemeindefunktionär Schirmer mit 512 Stimmen gegen die Kandidaten der Socialdemokratie, Expedient Wenzel, welcher 308 und Mauter Plah, welcher 300 Stimmen erhielt, gewählt. Im Osten siegte ebenfalls der Kandidat der bürgerlichen Parteien, Schmiedemeister Thieme mit 220 Stimmen gegen Vagerhalter Pöpp (Soz.), auf welchen 138 Stimmen entfielen. Auf den zweiten Kandidaten der bürgerlichen Parteien, Gastwirt Lorenz, vereinigten sich nur 27 Stimmen. Sämtliche drei Wahlbezirke waren auch bisher durch die bürgerlichen Parteien vertreten.

Wilmsdorfer Kommunalbeschwerden. Die im März 1902 vollzogenen Wahlen zur Gemeindevertretung sind, wie erinnerlich sein wird, sowohl vom Kreisaußschuß wie vom Bezirksauschuss für ungültig erklärt worden. Für diese Entscheidung der beiden Instanzen waren nicht Verletzungen materieller Natur maßgebend, durch welche das Wahlergebnis hätte beeinflusst werden können, sondern die Ungültigkeitserklärungen wurden begründet mit Formfehlern, welche bei der Aufstellung der Wählerliste und bei der Wahlbehandlung begangen worden waren. Die Gemeindevertretung beschloß, gegen das Urteil des Bezirksauschusses Revision beim Ober-Verwaltungsgericht einzulegen, und verzog in ihrer Sitzung vom 22. Februar d. J., wo die Angelegenheit von neuem zur Sprache kam, einen von socialdemokratischer Seite gestellten Antrag, der dahin ging, daß man aus Zweckmäßigkeitsgründen die Revision zurückziehen und bei den allgemeinen Wahlen im März dann sämtliche in Frage stehenden 15 Mandate den Wählern zur Verfügung stellen sollte. Zugewiesen hatte aber zur nicht geringen Überraschung der Beteiligten das Ober-Verwaltungsgericht bereits entschieden, und zwar gegen die Gemeindevertretung. In der Sitzung vom 16. Februar nämlich hat der erste Senat des Ober-Verwaltungsgerichts den Beschluß gefällt, daß die Revision der Gemeindevertretung zurückzuweisen ist. Das Urteil ist den Parteien gestern zugegangen. Maßgebend für diese Entscheidung war folgender Umstand: Das Urteil des Bezirksauschusses zu Potsdam ist der beklagten Gemeindevertretung am 14. August d. J. zugestellt worden und der Gemeindevorsteher hat rechtzeitig, nämlich am 25. August, Revision eingelegt und um Bewährung einer Nachfrist zur Begründung dieser Revision gebeten. Es ist der Gemeindevertretung darauf zur Einreichung der Rechtfertigungsschrift eine Nachfrist von zwei Wochen gewährt worden. Nun sagt das Urteil, daß gemäß einer früheren Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts diese Nachfrist vom Ablauf der gesetzlichen Frist an zu berechnen ist und die Rechtfertigungsschrift mithin spätestens am 11. September hätte eintreffen müssen. Tatsächlich ist der Schriftsatz aber erst am 14. September, also zu spät, eingegangen, so daß die Revision zurückgewiesen werden mußte. Gegen diesen Bescheid kann noch innerhalb zweier Wochen die Anberaumung einer mündlichen Verhandlung beantragt werden. Ob die Gemeindevertretung diesen unsres Erachtens ausföhrungslosen Schritt noch unternehmen wird, steht dahin. Das gescheiteste wäre, sich jetzt dem Urteil zu fügen und durch allgemeine Neuwahlen die ganze unerquickliche Affaire so bald wie möglich aus der Welt zu schaffen.

Andre Kopfschmerzen hat Wilmsdorf noch in der Frage der Stadterweiterung. Am 1. Februar d. J. faßte die Gemeindevertretung folgenden Beschluß:

„In Erwägung, daß auf die erneute einstimmige Beschlußfassung der Gemeindevertretung über die Verleihung der Stadterweiterung.“

recht vom 2. Juli 1903 bisher seitens der königlichen Staatsregierung eine Antwort nicht erteilt ist, in der ferneren Erwägung, daß die Bevölkerungszahl von Wilmsdorf auf 48 000 gestiegen ist, beschließt die Gemeindevertretung einstimmig, das Haus der Abgeordneten zu bitten, die Frage der Verleihung der Stadterweiterung an die Gemeinde Wilmsdorf zum Gegenstande seiner Beschlußfassung zu machen.“

Man versprach sich recht viel von diesem Beschluß, war aber gleich recht enttäuscht, als die Gemeindefunktionäre der Abgeordnetenhaus dieses Tages beschloß, das Gesetz als ungeeignet zur Beratung im Plenum zu erachten, weil die Gemeinde Wilmsdorf den Nutzen davon nicht eingesehen, d. h. sich nicht vorher an den Minister gewandt habe. Dieser Einwand ist in den Tatsachen nicht begründet, da umgekehrt der Minister auf das an ihn unter Einhaltung des Instanzenweges ergangene Gesuch nach einer Wartezeit von sieben Monaten der Gemeindevorstellung immer noch keine Antwort gegeben hatte. Der Minister hat also die Geschäftsordnungs-Kommission des Abgeordnetenhauses über den Stand der Dinge im unklaren gelassen, und so ist eine parlamentarische Erörterung der Stadterweiterungsfrage hintertreiben worden.

In Sämannsdorf hat der Wahlverein am Donnerstag den Genossen Buchdrucker Arthur Pudlich, Kreisstr. 21, als Kandidaten für die Gemeindevahl der dritten Abteilung aufgestellt. Pudlich berichtet, daß die Wahl am Mittwoch, den 9. März, nachmittags von 2 bis 5 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses stattfand. Der Schöffe Professor Böhm habe sein Ersuchen abgelehnt, Maßnahmen zu treffen, um einem Gemeindefest, die Wahlen nachmittags von 4—8 Uhr stattfinden zu lassen, Geltung zu verschaffen, da ihm hierzu die geschickte Handhabe fehle. Daß der Gemeindevorsteher den Wünschen der Gemeindevertretung nicht entspreche sei bedauerlich. Bei Besprechung der gegnerischen Kandidaturen warnt Böhm vor dem Kandidaten der sogenannten „unabhängigen Wähler“, für den das amtliche Kreisblatt eintrete wie für den „Amdstreuen“ und der nur bestimmt sei, um Arbeiterstimmen abzurufen. Die Bürgervereinspartei habe bis jetzt auf allen den Gebieten, die wir reformieren wollen, verlagert, sie sei Gegner unserer Forderungen. Bekanntgegeben wurde, daß am Sonntag früh 1/8 Uhr vom Wirtschaftshaus Sämannsdorf aus eine Flugblattverteilung stattfindet und daß am Montag im selben Lokal eine öffentliche Wählerversammlung abgehalten wird.

Das Richterberger Gewerbegericht veröffentlicht jetzt seinen Geschäftsbericht. Da am Freitag, den 18. März, von nachmittags 3 Uhr bis abends 8 Uhr die ersten Erntewahlen für die aufgelösten Weisiger stattfanden, dürften einige Mitteilungen von Interesse sein. Wie erinnerlich, ist die Errichtung des Gewerbegerichts immer hintergeblieben worden, weil angeblich kein Bedürfnis vorhanden war. Wie ungern die Arbeitgeber diese Einrichtung sehen, beweist der Umstand, daß der einzige Verzicht, das Gewerbegericht als Einigungsamt in Funktion treten zu lassen, von Arbeitnehmern gemacht, aber von dem Arbeitgeber Vaußschüler A. Böhl zurückgewiesen wurde. Auch in den Verhandlungen, von denen drei abgehalten wurden, zeigte sich diese Abneigung. Der Antrag des Gärtnervereins „Flora“, die Gärtner unter die §§ 6 und 105b der R.-G.-O. zu stellen und zu diesem Zwecke an die gesetzgebenden Körperschaften entsprechenden Antrag zu richten, wurde gegen die Stimmen der Arbeitnehmer abgelehnt. Das Gutachten wegen Angliederung der geplanten Kaufmannsgerichte an die bestehenden Gewerbegerichte wurde „als nicht zur Kompetenz gehörig“ zurückgewiesen. Um so mehr zeigen die Arbeitgeber Übereinstimmung mit den Anschauungen des derzeitigen Vorsitzenden des Gerichts, dem neu eingetretenen bescheidenen Schöffen Bürgermeister A. D. Ungewitter, dem die Arbeitnehmer-Beisitzer mit immer härter werdendem Mißtrauen und wachsender Mißstimmung begegnen, sicherlich nicht zum Vorteil der Rechtsuchenden. Durch Entscheidung des Bezirksauschusses sind im abgelaufenen Jahre ein Arbeitgeber- und zwei Arbeitnehmer-Beisitzer ihres Amtes entbunden worden. Erntewahlen aber sind nicht angeordnet, auch nicht bei der jetzt stattfindenden Neuwahl für die dem Turnus gemäß durch Los auszuwählenden Mitglieder. Es wurden 24 Klagen im Berichtsjahre anhängig gemacht und bis auf zwei erledigt, einschließlich 7 aus dem Vorjahre übernommener Sachen. Die Steigerung der Geschäfte des Gerichts gegen das Vorjahr ergibt ein Mehr von 60 Proz.

Pankow. Heute findet das karnevalistische Winterfest des Wahlvereins bei Koch, Kreuzstr. 3/4 statt.

Aus Neuendorf schreibt man uns zu dem gestern gemeldeten Wahlergebnis: Bei der Wahl zur Gemeindevertretung am Donnerstag wurden für die socialdemokratischen Kandidaten 97 Stimmen, für die bürgerlichen 317 abgegeben. Dies Resultat ist für die Socialdemokratie geradezu besänftigend und steht in vollständigem Gegensatz zu den Resultaten bei der Reichstags- und Landtagswahl. Es hat sich bei dieser Wahl unter der organisierten Arbeiterschaft eine Lauheit bemerkbar gemacht, die durch nicht zu unterschätzen ist. Die Bauarbeiter, Metallarbeiter, Textilarbeiter haben in einem Prozentfuß gewählt, der zur Stärke ihrer Organisation in gar keinem Verhältnis steht. Hoffentlich lernen die Arbeiter aus dieser Wahl, welchen Schaden sie der Partei verursachen, wenn sie in eine derartige politische Leihgarnie verfallen und suchen bei der nächsten Gelegenheit diese Scharte auszuweihen.

Hummelsburg. In der am Mittwoch abgehaltenen Gemeindevorstellung wurde der Gemeindevorsteher Herr Buchbindermeister Riedel als Schöffe gewählt. Der Beschluß der Vertretung, die Zahl der Gemeindevorsteher auf 24 zu erhöhen, tritt am 1. April in Kraft; die dritte Abteilung hat bei der jetzt stattfindenden Wahl fünf Vertreter zu wählen. Der jetzt zur Einreichung ausliegende Etat balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 1 268 483 M. und hat sich gegen das Vorjahr um 260 000 M. erhöht. Die Einnahmen setzen sich folgendermaßen zusammen: Gemeinde- und Polizeiverwaltung 35 000 M., Volksschule 67 000 M., Fortbildungsschule 5 400 M., Realprogymnasium 24 000 M., Steuern 490 000 M., davon 160 Proz. direkte Einkommensteuern 200 000 M., Grundsteuer 197 000 M., Gewerbesteuer 33 000 M., indirekte Steuern 65 000 M., Wasserwerk 107 000 M. und Kanalisation 78 000 M. Die hauptsächlichsten Ausgaben sind: Gemeinde- und Polizeiverwaltung 145 000 M., Waisen- und Armenpflege 4 000 M., Volksschule 268 000 M., Fortbildungsschule 10 000 M., Realprogymnasium 21 800 M., Kreissteuern 50 000 M., Wasserwerk 78 000 M. und Kanalisation 200 000 M., für Vergütung und Tilgung von Schulden 200 000 M.

Spandau. In einer stürmisch bewegten Sitzung der Stadtverordneten am letzten Donnerstag wurde der Magistratsvorlage betr. den Verkauf von 2000 Morgen Forstland zu einem Preise von 4000 M. pro Morgen (1,58 M. pro Quadratmeter) von der Majorität zugestimmt. Der Antrag unserer Genossen auf proportionale Verteilung der Sitze in Deputationen, Kommissionen u. auf die einzelnen Gruppen (Fraktionen) der Versammlung, zeitigte eine ganz solenne Socialisten-Debatte, bei welcher der Stadtver. Bender, der in sich den Ruf eines Socialistenführers fühlte, schlecht abschnitt. Der Antrag wurde natürlich von der bürgerlichen Mehrheit niedergestimmt.

Gerichts-Zeitung.

Der Begriff des öffentlichen Plazes im Sinne des § 33 b der Gewerbeordnung. Der § 33 b der Gewerbeordnung bestimmt: „Wer gewerbdmässig Musikaufführungen, Schaustellungen, theatralische Vorstellungen oder sonstige Lustbarkeiten, ohne daß ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft obwaltet, von Haus zu Haus oder auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen darbieten will, bedarf der vorgängigen Erlaubnis der Ortspolizeibehörde.“ Als einen öffentlichen Platz im Sinne dieser Bestimmung sah nun die Rixdorfer Polizeibehörde das unbesetzte, eingetriedigte Grundstück Hermannstr. 31/32 an, weil der Schausteller Voder auf einem geschützten Teil des Grundstücks eine amerikanische Schaulust und ein naturgeschichtliches Museum aufgestellt hat und das Publikum zu

dem Platz vor diesen Einrichtungen (n n e r h a l b der Einzäunung) allgemein Zutritt hat. Das Entree für die Schaulust und das Museum wird erst kurz vor dem Eintritt erhoben. — B. wurde in Strafe genommen, da er die polizeiliche Erlaubnis nicht eingeholt hatte; mit Rücksicht auf Entscheidungen des Ober-Verwaltungsgerichts und mehrerer Ober-Landesgerichte hielt sich B. dazu nicht verpflichtet. Diese Gerichte haben nämlich entschieden, daß § 33 b nur öffentliche Plätze im Sinne des öffentlichen Rechts meine, d. h. Plätze, die im öffentlichen Besitz stehen und dem Allgemeininteresse dienen. B. beantragte richterliche Entscheidung. Das Landgericht II als Berufungsinstanz sprach auch den Angeklagten frei, indem es von derselben Erwägung ausging wie die erwähnten Gerichte. — Das Kammergericht, wo die Staatsanwaltschaft Revision einlegte, hob jedoch das Urteil wieder auf und verwies die Sache mit folgender Begründung an das Landgericht zurück: Trotz sorgfältiger Nachprüfung der Materie konnte sich der Senat nicht der Auffassung des Ober-Verwaltungsgerichts und anderer Gerichte anschließen. Er sei vielmehr der Meinung, daß unter öffentlichen Plätzen im Sinne des § 33 b das „öffentlich“ nicht im öffentlichen rechtlichen, sondern im Sinne der tatsächlichen Öffentlichkeit gemeint sei. Hier stehe nun fest, daß der Platz von jedermann betreten werden konnte und daß ein Eintrittsgeld erst bezahlt, wer sich in die Schaulust setzte oder das Museum betrat. Somit sei der Platz davor tatsächlicher ein öffentlicher Platz und die Genehmigung hätte nachgesucht werden müssen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 6. März, vorm. 8 1/2 Uhr, in der Schul-Aula, Kleine Frankfurterstr. 6: Verlesung. Freireligiöse Verlesung. — Um 10 1/2 Uhr vormittags ebendortselbst: Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille: „Gingabe“. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

In der humanitären Gemeinde, Niederallee 12, in der Aula der Friedrich-Werderschen Ober-Realschule, hält am Sonntagvormittag 10 1/2 Uhr Herr Dr. Rudolf Benz ein Vortrag über: „Unser geistigen Vorläufer: H. Leberecht Uhlig“. — Damen und Herren haben freien Zutritt.

Vermischtes.

Grubenunfälle. Nach Mitteilung der Direktion der dem Fürsten Hendl v. Domersmard gehörigen Schlesien-Grube ereignete sich Donnerstagabend dort ein neuer Unfall. Ein Fördermann wurde bei einem Pfeilerabbau durch einfallende Kohle erschlagen. Die Vermeidung der Opfer der vorgeführigen Katastrophe findet Sonntag statt. In der Ferdinand-Grube verunglückten zwei Bergleute durch herabfallendes Gestein. Einer wurde getötet, der andre lebensgefährlich verletzt.

Zur Warnung für Erzieher möge ein tieftrauriger Fall dienen, der der „Räthischen Volks-Zeitung“ zufolge mit Selbstmord eines 14jährigen Knaben geendet hat. Im Dorfe Beien bei Hünfelden erhängte sich in seiner Schlafkammer der Schulknabe Rentsch, der einzige und gut erzogene Sohn wohlhabender Bauernleute. Er war beschuldigt worden, einem Mitschüler den Kathedismus gestohlen zu haben, doch bestritt er entschieden den Diebstahl und legte aus Furcht vor Strafe und vor dem Lehrer ein Geständnis ab. Tatsache ist, daß dem Knaben, sowohl von dem Pfarrer, wie auch von dem Lehrer gedroht worden ist, daß ihm das Gefängnis oder die Besserungsanstalt in Aussicht stände, er aber jedenfalls diese Strafen nicht konfirmiert werde. Diese Drohungen und die Kränkungen, die das Kind infolge dessen von seinen Mitschülern zu erdulden hatte, in Verbindung mit den bereits erlittenen und noch in Aussicht gestellten körperlichen Züchtigungen sind zweifellos die Ursachen zu der Verweissungsdthat des armen Jungen gewesen. Dies geht auch aus den folgenden ergreifenden Zeilen hervor, die das Kind am Abend vor seinem Tode geschrieben und an seine Eltern gerichtet hat: „Ich habe mich darum das Leben genommen weil der Pfarrer er mir mit Gefängnisstrafe bedroht hat und der Lehrer hat zu den Kindern gesagt sie sollen nicht mit mir reden ich wäre die Hölle in der Schule und müßte aus der Schule heraus. Der Herr sei mir gnädig er hat meinen Sohn zum Opferlamm gegeben und der Pfarrer hat gesagt ich lönn nicht Oftern mit aus der Schule aber Gott hat für mich einen Stellvertreter gegeben das ist Jesus er ist für mich am Kreuze gestorben.“

Ein Wolf in der Lauß. Im Frühjahr 1900 verbreitete sich von Hoyerwerda aus die Nachricht, in den Wäldern bei Sabrodt treibe sich ein Raubtier umher, das unter dem Reibwild großen Schaden anrichte. Trotz eifrigster Nachstellungen gelang es nicht, die Bestie zu erlegen; jedesmal aber, wenn ein zerstücktes Stielwild aufgefunden wurde, wollten ängstliche Gemüter bestimmt wissen, das gefährliche Tier sei ein entropfener Tiger. Der „Tiger von Sabrodt“ hat dadurch eine gewisse Verühmtheit in der Lauß erlangt. Erst als bei Spottau ein vermißter Hund erschossen wurde, schien man sich zu beruhigen, doch entdeckten Jäger auch danach noch deutliche Spuren eines großen Raubtieres. Am vergangenen Sonnabend ist nun dem Förster Premier aus Weißholbe gelungen, das lang gesuchte Bestie, einen starken männlichen Wolf, zur Strecke zu bringen. Das Raubtier war außerordentlich gut gezüchtet, was bei der reichlichen Beute, die ihm zur Verfügung stand, nicht zu verwundern ist. Der ehemalige „Tiger“ ist bis zum gestrigen Tage in Hoyerwerda öffentlich ausgestellt gewesen und soll nun ausgestopft werden. Der glückliche Schütze erhält 100 M. Belohnung.

Ueber die großen Präriedrände im Staate Kansas, im Territorium Oklahoma und im Indianer-Territorium, fehlen noch die Einzelheiten. Die Zahl der Toten ist jedoch geringer, als man anfänglich glaubte. Der Sachschaden dagegen ist sehr groß.

Ueber die Praxisten der Normonen hat nach einer Rew Porter Redung eine Senatsuntersuchung ergeben, daß Smith, der Präsident der Normonenkirche, sowie der Apostel Fortbauer immer noch polygamisch leben. Letzterer hat fünf Frauen. Der Apostel Merrill hat acht, alle andern je zwei Frauen.

Ware	Art	Preis	Ware	Art	Preis
*Weizen, gut D.-Gr.	17,60	17,56	Karaffeln, neue D.-Gr.	7,00	6,00
	mittel	17,52		17,48	
gering	17,44	17,40	Rindfleisch, Rente 1 kg	1,80	1,20
	13,15	13,13		do. Rauch	1,40
*Hoggen, gut	13,15	13,13	Schweinefleisch	1,60	1,00
mittel	13,11	13,09	Rindfleisch	1,80	1,20
gering	13,07	13,05	Hammelfleisch	1,80	1,20
*Gerste, gut	14,10	14,09	Butter	2,60	2,00
mittel	13,10	13,09	Eier	60 Stück	5,00 3,00
gering	12,10	12,09	Karpfen	1 kg	2,40 1,20
*Hafer, gut	15,60	14,70	Kale		3,00 1,40
mittel	14,60	13,70	Banber		2,90 1,20
gering	13,60	12,80	Hechte		2,20 1,20
Rüchstroch	4,00	3,50	Vorsilge		1,80 0,80
Heu	7,40	5,30	Schleie		3,00 1,40
Erbsen	40,00	28,00	Fleie		1,40 0,80
Speisebohnen	50,00	28,00	Krebse	der Schod	15,00 3,00
Linsen	60,00	25,00			

* ab Bahn. † frei Wagon und ab Bahn.

Witterungsübersicht vom 4. März 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter
Swinemünde	766 DSD	2bedekt	0	Daparanda	785 S	2haft Bd	-11		
Dambrügge	765 DSD	2Rebel	0	Betersburg	784 DSD	1wolkenl	-13		
Berlin	764 D	2bedekt	1	Sork	—	—	—		
Frankfurt	762 D	1bedekt	1	Hberdem	—	—	—		
München	760 DSD	—	—	Paris	760 DSD	2Reiter	-8		
Wien	764 D	2Rebel	1						

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 5. März 1904.
Ein wenig kälter, zeitweise auflarend, vorwiegend trübe bei mäßigen stillen Winden, keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Theater.

Neues Theater. „Candida“, Schauspiel in drei Aufzügen von Bernard Shaw. — Vor zwei Jahren war der Name Shaw in Deutschland nur erst hier und da in sozialistischen Kreisen bekannt. Man hatte von ihm als einem der eifrigsten und befähigtesten Mitglieder der Fabier-Gruppe gehört, die sich die Aufgabe gesetzt, sozialistische und sozialreformatorische Ideen in der englischen Gesellschaft, speziell auch in den bürgerlichen Schichten zu propagieren. Ursprünglich ebenso wie die übrigen Genossen des Debattierklubs, aus dem der Fabier-Verein sich entwickelt, ein überzeugter Anhänger der gewalttätigen Revolution, war er mit den andern zusammen zu einer Auffassung der sozialistischen Bewegung, die sich in den meisten Punkten dem heute sogenannten Revisionismus nähert, gelangt. Bernstein hatte in seinen Londoner Artikeln für die „Neue Zeit“ wiederholt auf ihn hingewiesen und einige Proben seiner wichtig-originiellen Kritik mitgeteilt. Von Shaw, dem Dramatiker, erliefte man in Deutschland erst durch die im vorigen Jahre erschienene Uebersetzung, die im Sturm dem Dichter die Herzen eroberte. Mit einem Schlag war er berühmt geworden und die Theater öffneten sich ihm. Der Aufführung der „Candida“ soll noch in dieser Saison die des „Teufelskessel“ in dem Berliner Theater, in der nächsten Saison die der „Helden“ im Deutschen Theater folgen.

„Candida“ muß gelesen werden, in bedächtigen Zügen will der Trant geschluckt sein; man braucht Zeit, um abzusehen und träumerisch nachzusinnen. Nur so wird man des ganzen Reichtums inne. Die viel des Ausgezeichneten (bei einzelnen Mängeln) die Vorstellung bot, wer nicht schon vorher in das Werk sich vertieft hatte, der wird das Kuherordenartige dieser Dichtung, die leisen Schwelbungen des Gefühls, die Bedenksamkeit des Ernstes, wie der Ironie, den Zauber, den ihr Wesen ausstrahlt, nur von weitem gespürt haben. Zu rasch, ehe es seinen inneren Sinn völlig erschließen kann, fliegt das gesprochene Wort vorüber, die feinen psychologischen Bemerkungen, mit denen in dem Buch der Dichter den Dialog begleitet, kann auch das beste Mienenpiel uns nicht ersetzen; die Andeutungen zwischen sich, die Unwahrscheinlichkeiten, die er geistreich spielend sich erlaubt, treten größer hervor und das Innerste, Parteste bleibt der deutschen Körperlichkeit der Bühne unerreichbar. Man sieht die Blumenblätter, aber man atmet nicht mehr ihren vollen, frischen Duft. Nur so ist es erklärlich und teilweise auch entschuldigbar, daß das weitaus eigenartigste, neue Werk, das in diesem Winter über die Bretter ging, es nur zu einem ziemlich matten Achtungserfolge brachte.

Die Handlung des Stückes ist reinen Seelenvorgang, der im Laufe eines Tages sich zwischen drei Menschen, deren jedem man von ganzem Herzen gut sein muß, abspielt. Da ist zuerst Jakob Morell, ein aufgellärter englischer Geschäftler, der ehrlich seine Kraft in den Dienst des sozialen Fortschritts gestellt hat, ein trefflicher Mann, frei von jeder Spur pfäffischer Unbuddsamkeit, streng in den Ansprüchen an sich, nachsichtig gegen andre, wahrhaft im Denken, großherzig und furchtlos, ein unermüdlicher Arbeiter und zukunftsreicher Optimist. Aber seine überall angehörmächtigten Gaben und Tugenden haben ihm ein breitspuriges Unwiderrstehlichkeitsbewußtsein gegeben. Er kommt sich im Glanze seiner zu Hause wie auf der Kanzel immer aktionsbereiten Begehrtheit und hat, selbstzufrieden eingesponnen in seine Art, gleich so vielen robusten, glückseligsten Naturen, den klaren Blick für das, was außerhalb des von ihm selbst gewählten Weges liegt, verloren. Mit zärtlicher Bewunderung hängt er an seinem Weibe Candida, doch was auf dem innersten Grunde ihrer

Seele ruht, ist ihm ein Fremdes. Er deutet sie und alle die er lieb hat in unbewußtem Egoismus nach seinem eignen Bilde um und hält es für ganz selbstverständlich, daß sie in eben dem, was ihm als Blick gilt, die Befriedigung finden muß. In dieser allerdings durch hohe, moralische Kultur eingebildeten, naiven Herrschsucht und intellektuellen Beschränktheit reizt er zum Widersprüche und die Demütigung, die Shaw ihm zugebracht, ist wohlverdient. Dem vorzüglichen Typus des reichen Erfolgsgewohnten Mannes, des demokratisch-altreissischen, ganz in seinem Wirken aufgehenden Egoisten, ist in ihm habenhaft schwärmerischen von Hans verstoßenen, ungelassen Eugen Marchbanks, dem ganz auf dem Genuß eines, wenn auch edlen Fühlens gerichteten aristokratischen Bestehens, eine außerordentlich interessante Kontrastfigur gegenüber gestellt. Shaw überbringt in dieser Gestalt die Schranken äußerer Wahrscheinlichkeit, indes so läßt, daß man wahrlich kein regelrechtes Bild gegen den wunderbar vertiegenen, rührenden und komischen Jungen, wie er ihn schildert, eintauschen möchte. Es liegt etwas von genialer Intuition darin, Eugen, den der Pastor aus großer Not gerettet, liebt Candida, die um zehn Jahre ältere. Der ins Ueberirdische strebende, weltfremde Idealismus der Jünglingsliebe ist selten wohl mit so viel Witzempfinden, wohl nie zugleich auch mit so reizender Ironie gezeichnet worden. Und zusammen mit Morell und mit Eugen müssen wir selber sie lieben, eine so klare, reine und in ihrer Kleinheit natürlich lebenswürdige Seele spricht aus jedem Worte der schönen, ruhigen Frau. Der schüchternen Träumer hat einen tiefen Haß gegen den Geschäftigen gefaßt, nicht aus banaler Eifersucht, sondern weil er seine Göttin nicht genug von dem Manne, der ihre herrlichen Finger sich in häuslichen Arbeiten beschnangt läßt, geehrt wähnt, und weil er fühlt, daß Candida der ewigen Weisheitsreden müde ist, daß sie hoch über jenen, der blind genug, sich als ihr Schwäger aufspielt, stehe. Dem ungeschickten, tollen Ausbruch Eugens begegnet Morell erst mit überlegenem, gutmütigem Spott, aber ein Stachel bleibt. Etwas Unsicheres ist über ihn gekommen, dessen er sich selber schämt. Etwas bemerkt er, wie wenig er oft Candida versteht und wie der Jüngling mit feinspüriger Seelengemeinschaft jeden ihrer Gedanken errät. Immer enger ziehen sich die Wälder um ihn zusammen und wie eine Erlösung aus furchtbarer Gefahr empfindet er am Schluß die das erlösende Wort ihrer Liebe. Er, der Selbstsüchtige, hat die Schranken seines Selbst erkennen müssen, hat in Angst gezittert. Aber auch für Eugen, dem sie in tiefster, mitleidig-zärtlicher und bewundernder Sympathie zugestanden ist, findet Candida, die Schlichterin des Streites, trostvollen Ruchpunkt. Ihr mildes Segenswort, halb wehmüsig, halb selbstisch, ihn an ihr Alter erinnernd, geleitet ihn zu neuen Bahnen.

Herr Gisfeld brachte das Schächtern-Edige und auch die leidenschaftliche Blut des Jünglings sehr gut heraus, doch fehlte jener Schimmer stiller Anmut, der die Gestalt umschweben und verstärken müßte. Dem Publikum erschien die Figur fast ausschließlich im Lichte des Durstlichen. Ausgezeichnet war Frau Sorma in der Hauptrolle, aber doch wohl nicht ganz so, wie man beim Lesen die Candida sich denkt. Man träumt sie festlicher, durch noch größere Distanzen von dem Alltäglichen getrennt. Herr Reichler war ein trefflicher Morell. In den Nebenrollen excellierten Herr Höfer als Pfarrer Burgah und Hedwig Wangel, deren spinöse Sekretärin ein ganzes Kabinettstück war. — dt.

Briefkasten der Redaktion.

G. S. Empfehlungen von Speisehäusern können wir unmöglich im Briefkasten bringen. Sehen Sie im Adressbuch nach. — Theka. „Dobereim liegt oft in schönem Spiel“. Schiller, Gedichte, nicht Wolkenstein-Trilogie. — Traurig. 1. Fragen Sie bei der Redaktion an. 2. Antwort später im juristischen Teil. — Preis. D. B. uns unbekannt. Senden Sie

sich an den Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, Berlin, Engel-Str. 15. — G. J. 74. Rein! — G. 21., sowie H. 23. und S. A. J. Auskunft können Sie durch Eugen Simonowitsch hier, Koch-Str. 48, in Anwesenheitsfragen erhalten. — Ueber „Heloisa“ können wir uns hier nicht äußern. Großjährigkeit in beiden Fällen mit dem 21. Lebensjahr. — Auch D. St. durch Herrn Simonowitsch. — M. 19. Ja. — Werte 73. Jeder muß noch Schumann erteilen darüber Auskunft. Gründe uns unbekannt. Vielleicht versuchen Sie Ihr Geld mit der Direktion selbst. — H. P. Die privaten höheren Mädchenschulen leisten nicht mehr als öffentlichen (städtischen und staatlichen), nehmen aber in den oberen Klassen meist ein höheres Schulgeld als diese. — D. 2. Mathematik wird in jeder Fortbildungsschule gelehrt, z. B. Pestalozzi-Str. 17, Dinter der Garnisonische 2. St., ferner in den beiden Handwerkerhochschulen, Lindenstr. 97 und Lindenstr. 1; auch in verschiedenen Fachschulen. (Bei Anfragen über Unterricht bitten wir um Angabe von Beruf und Alter.) — Thalespre. „Hohle Köpfe haben den lautesten Klang“. „König Heinrich V.“, nicht aus Goethes „Faust“.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 bis 9 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

Werte 73. Unerhebliche Körperfehler. — A. D. Innerhalb sechs Wochen nach dem Tode müssen Ihre Frau und die übrigen Erben in einem notariell beglaubigten Schriftstück auf die Erbchaft verzichten und dieses Schriftstück innerhalb der sechs Wochen dem Nachlassgericht einreichen. — A. 39. 1. Das Mädchen sollte schleunigst Remedur bei dem Amtsgericht beantragen. 2. Ja. — G. O. 52. Den Betrag müssen Sie zahlen. Er stellt das Entgelt für vorzeitige Aufhebung Ihres Vertrages dar. — J. N. 1904. Ein Recht, vom Vertrage vorzeitig zurückzutreten, steht Ihnen nicht zu. Sie können nur gegen den Wert auf Befehligung der die Benutzbarkeit der Wohnung beeinträchtigenden Zustände und eventuelle Aufhebung des Vertrages klagen. Zuständig ist das Amtsgericht. — D. G. 579. In der Erbchaftsfrage müssen Sie die Rechtsverhältnisse genauer darlegen, insbesondere angeben: Wann haben Sie geheiratet? Wo? Wo wohnen Sie nach der Heirat Wohnort? Liegt ein Ehevertrag vor? Wenn Ihre Eltern? Die Ihrer Frau? Sowie ohne Beantwortung dieser Fragen zu ersehen möglich, scheint ein wechselseitiges Testament in Ihrem und Ihrer Frau Interesse zu liegen. — G. O. 25. Nein. Sie können sich aber an Ihr Bezirkskommando wenden. — M. N. 5. 1. Nein. 2. Das hängt von dem Wortlaut Ihrer Vereinbarung ab. — S. O. Wiershof, Rein. — 80 N. 2. Prozeßkränker. Die Handlung kann als heilbar erachtet werden. — Hartmann. Die Befähigung der Wohnung zwecks Wohnvermietung muß der Mieter auch dann gestatten, wenn darüber nichts im Vertrage steht. Die Befähigung muß zu angemessener Zeit freigegeben werden können. Können die Parteien sich nicht einigen, so entscheidet das Gericht auf Antrag des Mieters oder Vermieters. Das hierige Gericht obliegt als angemessene Zeit die Zeit von 9 Uhr morgens bis 6 Uhr nachmittags und Sonntags von 9 bis 1 Uhr zu erachten. Wird die Befähigung verweigert, so kann der Mieter (Schadenersatzpflichtig) genötigt werden. — Reuge. Eine Ablehnung der Eintragung aus dem von Ihnen angeführten Grunde kann erfolgen. Ein Auftrag muß vor. — A. N. 3. In fünf. — W. M. Sofortige Entlassung (und umgehende Austritt) aus der Arbeitsstelle ist nach Ablauf von 14 Tagen nach Umbenennung des Vorkaufs zu erklären, es sei denn, daß die Arbeiterin mündlich oder schriftlich erklärt hat, daß sie mit dem Anhalt des Platzes nicht einverstanden ist. — G. O. 30. Der Landesbeamte hat recht. In Ihrem Falle können Sie zwei Wege einschlagen, um dem Kinde Ihren Namen beizulegen. Entweder — das ist das Geratene — Sie adoptieren das Kind; eine Dispensation vom Vater ist erforderlich ist zulässig. Oder Sie beantragen beim Polizeipräsidenten Umbenennung des Namens. In beiden Fällen ist zu berücksichtigen, daß die Eltern Ihren Wunsch entsprechen. Der Kostenpunkt beträgt in beiden Fällen 60 M. Im ersten Fall erhält das Kind die Rechte eines ehelichen, im zweiten Fall nicht. Erklären Sie also einen Adoptionsvertrag und beantragen Sie die Genehmigung des zweifelhafte notariell zu schließenden Vertrages beim Amtsgericht. — A. N. 1. Ja. 2. Nein. — A. 3. Leider nicht möglich.

Briefkasten der Expedition.

Willy Zampa, Gurlitt, und andre. Die Nr. 51 vom 1. März können Sie noch haben. Bestellen Sie diese von der Post nachgeliefert. — Die Erneuerung des Abonnements muß spätestens acht Tage vor Ablauf des Monats erfolgen. Für Nachlieferung bereits erscheinender Nummern erhebt die Post 10 Pf. Porto extra.

Advertisement for Cablian fish. Includes a bar chart comparing the fat and lean content of various fish species. Cablian is highlighted as having a high fat content. Text includes: 'Wichtig für jede Hausfrau!!!', 'Darstellung des Fettgehaltes', 'ganze Fische ohne Kopf 23 Pf.', 'im Anschnitt 25 Pf.', 'Seelachs pro Pfund 22 Pf.', 'im Anschnitt 28 Pf.', 'Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“', 'Größte Hochseefischerei Deutschlands mit 32 eignen Fischdampfern.', 'Filiale: Bahnhof Börse, Bogen 8-10.', 'Filiale II: Prinzenstrasse 30 (am Moritzplatz), Niederlage: Madaistrasse 22 (im Schlesischen Bahnhof).', 'Umfangreiche Fischkochbücher erhalten Käufer gratis.'

Advertisement for Versandhaus Jacob Katz, Berlin. Includes a large illustration of a gramophone. Text includes: 'Versandhaus Jacob Katz, Berlin', 'Alexanderstrasse 1, vis-à-vis dem Bahnhof', 'Direksenstrasse 21, vis-à-vis dem Prälaten', 'So lange der Vorrat reicht!', 'Ausnahme-Preise!', 'Nicht an Wiederverkäufer!', 'Nur diese Woche', 'Sonntag ist das Geschäft bis 2 Uhr nachm. geöffnet.', 'Dieser Phonograph mit neuer Konzert-Membrane, extra großem Aluminium-Trichter und Abstellhebel kostet jetzt nur Mark 6,75', 'Desgleichen mit kleinem gew. Trichter Mark 4,50.', 'Phonograph zur Aufnahme und Wiedergabe Mark 6,85.', 'Ganz besonders billiges Angebot! Original-Columbia-Walzen statt 1 Mark nur 55 Pfg.', 'Neueste Schlager in Walzen! Am Mazanaris — Molly, mein kleiner Nigger — Falken-Duett — Mensch, hast Du 'no Weste an usw.', 'Elektr. Taschenlampe mit grosser Linse, Ausnahmepreis 95 Pfg.'

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion den Publikums gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 5. März, Anfang 7 1/2 Uhr: Cyrenäus, Jov und Zimmermann. Schauspielhaus, Jugend von heute. Deutsches, Ronella d'Andrea. Berliner, Maria Theresia. Puffing, Papstentwurf. Welken, Der Postillon von Lonjumeau. Neues, Minna von Barnhelm. Residenz, Der feinsche Casimir. Vorher: Die Empfehlung. Central, Das Schwanenfest. Radm. 4 Uhr: Der gefesselte Kater. Belle-Alliance, Götterweiber. Thalia, Der Hochtourist. Anfang 8 Uhr: Schiller O. (Wallner-Theater.) Die Wildente. Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.) Lumpacivagabundus. Kleines, Nachtschl. Zitiu, Minna von Barnhelm. Trianon, Madame X. Carl Weiß, Zwei Frauen. Radm. 4 Uhr: Max und Moritz. Deutsch-Amerikanisches, Ueber'n großen Teich. Gebr. Herrnsfeld, Nur eine Nacht. Casino, Lichtsfer. Winter-Garten, Heide Gullbert. Spezialitäten. Apollo, Frühlingsluft. Blütenhochzeit. Spezialitäten. Metropol, Durchlaucht Hadjeschen. Reichshallen, Stettiner Säng. Vossage-Theater, Reed Solawi. Spezialitäten. Anf. 5 Uhr. Urania, Taubenstraße 48/49. Um 8 Uhr: Der Erdball als Träger des Lebens. Um 4 Uhr (kleine Preise): An den Seen Oberitaliens. Sternwarte, Invalidenstr. 57/62.

Neues Theater. Schiffbauerdamm 4a-5. Minna von Barnhelm. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Candida.

Central-Theater. Heute nachmittag 4 Uhr, halbe Preise. Kinderdarstellung. Jeder Erwachsene ein Kind mit Entraplay frei. Der gefesselte Kater. Abends 7 1/2 Uhr: Das Schwanenfest. Morgen nachmittag 3 Uhr, halbe Preise: Die Geisha. Abends 7 1/2 Uhr: Das Schwanenfest.

Luisen-Theater. Abends 8 Uhr: Minna von Barnhelm. Sonntag nachmittag: Maria Stuart. Abends: Philippine Welter. Montag: Die goldene Eva. Dienstag: Uriel Acosta. Mittwoch: Benefiz für Alb. Körner. Zum erstenmal: Die Kohlenhändler von Berlin. Donnerstag: Eine leichte Person.

Deutsch-Amerikanisches Theater. Heute: Köpnickstrasse 67. Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr 30 Min. GASTSPIEL Ad. Philipp. Ueberr grossen. Male: TEICH.

Residenz-Theater Direktion S. Rautenburg. Abends 7 1/2 Uhr: Die Empfehlung. Abends 8 Uhr: Der kensche Casimir.

Metropol-Theater Letzte Woche! Durchlaucht Radjeschen! Ausstattungssoppe mit Gesang und Tanz. Anfang 8 Uhr. Rancho überall gestattet.

Trianon-Theater. Georgenstraße, zwischen Friedrichs- und Unterfischstraße. Madame X. Anfang 8 Uhr. Nachmittags 3 Uhr: „Discolto“.

Sanssouci. Kolonnen Thor - Stat. der Hochbahn. Jeder Sonntag, Montag und Donnerstag Hoffmanns Norddeutsche Sänger und Tanzkränzchen. Dienstag, den 8. März: Die Tochter des Sträflings.

Schiller-Theater. Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Sonnabendabend 8 Uhr: Die Wildente. Schauspiel in 5 Aufz. v. Genff Böfen. Sonntagabend 8 Uhr: Uriel Acosta. Montagabend 8 Uhr: Die Wildente.

Thalia-Theater. Dreßdenerstr. 72/73. Amt IV 4410. Anf. 7 1/2 Uhr. Direktion Jean Kron. Zum 186. Male: Der Hochtourist. Guido Thiescher in der Titelrolle. Sonntag nachmittag: Charleys Tante.

Grosse Gala-Fest-Vorstellung. Frères Skremka in ihrer eigenartigen Wunderarbeit. Cake Walk zu Pferd von Geschwister Meers. 25 Löwen des Herrn Julius Seeth. Babel. Eine Wanderung durch acht Jahrtausende. Morgen nachmittag (1 Kind frei). Nachmittags: Kunst und Liebe. Cake Walk. Bombenregen. Saltomortale in der Luft mit dem Fahrrad. Frères Skremka. - 25 Löwen.

Urania. Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Der Erdball als Träger des Lebens. Um 4 Uhr (kleine Preise): An den Seen Oberitaliens. Sternwarte, Invalidenstr. 57/62.

CASTANS PANOPTICUM Friedrichstr. 163. Afrika in Berlin! - grosse Truppende - Die schönen Haremsdamen aus Tunis.

Apollo-Theater. 8 Uhr: Frühlingsluft Blütenhochzeit. 9 1/2-11 Uhr: Das grosse März-Specialitäten-Programm. Los Brunis. Mad Dorsy. Tom Hoera. Heinrich Blank. Boston-Ball- und Transatlantische-Tanz-Ensemble. ? Nordini?? x Robert Steidl. Messiers Kosmograph: Japan, Marino. Sonntag, den 6. März cr., nachmittags 3 Uhr: Ermässigte Preise. Lysistrata u. Specialitäten mit ? Nordini??

Kleines Theater. Unter den Linden 44. Nachtasyl. Anfang 8 Uhr. Morgen: Mutter Landstrasse. Passage-Theater. Anfang Sonnt. 3. Wochentags 6 Uhr. Anfang d. Abendvorstellung 8 Uhr. Sensationelles Engagement: Caicedo der berühmte Drahtseilkönig. Das Publikum schreit vor Lachen bei dem Redestreit der beiden feindlichen Improvisatoren Holländer u. Steinitz. 14 neue erstklassige Nummern.

Casino-Theater. Volhingerstr. 37. Anf. 8. Sonnt. 7 1/2. Das glänzende neue Märzprogramm. Gastspiel Mstr. Hopkin: Die größte Dressurnummer der Welt. 9 1/2 Die Cirkusfee. Sonntag nachm. 4 Uhr: Wie einst im Mai. Fröbels Allerlei-Theater. St. Puhlmann, Schönhauser Allee 148. Sonnabend, den 5. März cr.: Benefiz für die Hausknecht. Extra-Vorstellung. Orgonschen Sänger. Frühlings-Freizeitanz. Anfang 8 1/2 Uhr. Eintritt 50 Pf.

Steidl-Theater Linienstrasse 132. Oranienburger Thor. Täglich 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Fritz Steidl-Sänger. Neu! Der brillante Bariton Gustav Heid.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater). Sonnabendabend 8 Uhr: Zum erstenmal: Lumpacivagabundus. Gauberpöppe mit Gesang in 3 Aufzügen von Johann Restroy. Sonntagabend 8 Uhr: Die Stützen der Gesellschaft. Montagabend 8 Uhr: Lumpacivagabundus.

Belle-Alliance-Theater. Belle-Alliancestr. 7/8. Amt VI 283. Anf. 7 1/2 Uhr. Heute und folgende Tage: Götterweiber. Musikhall. Vöffe mit Gesang und Tanz. Sonntag nachm. 3 Uhr, kleine Preise: Der Hüttenbesitzer.

Herrnsfeld-Theater. Sonntag 8 Uhr. Heute und folgende Tage: Des Herrnsfeldsche Sensationsstück Nur eine Nacht! Zwei Akte aus einer Ehe. Vorher: Vollständig neuer Kunstlertheil: Schröder u. Deuter, Tanz-Markitieren. Erna Ernani, Vortragshoubrette. Martin Vallo, Humorist. Die süßen Mädchen, Damen-Gel.-Quart. Bendix als Honna Vanna. Edi Stadler, Alben-Jobler-Abnommer. Pilet-Börnerauf 11-2 Uhr.

Carl Weiss-Theater. Große Frankfurter Straße 132. Nachmittags 4 Uhr Kinderdarstellung 10, 25, 40 Pf. Dornröschen. Abends 8 Uhr: Zwei Frauen. Schauspiel in 5 Akten v. E. Forchard. Morgen nachmittag 3 Uhr, Barfett 60 Pf.: Der Bettelstudent von Berlin. Abends 7 1/2 Uhr: Zwei Frauen.

Palast-Theater Burgstraße 22, früher Foen-Palast. Heute abend 8 Uhr: Tante Molly. Am Spezialitäten-Teil: Martha Sarnoff, Vortragshoubrette. Milo, Riema mit ihrer urkomischen Pantomime. Mr. Franzosko, der Unzerbrechliche. Mr. Barna, komisch-musikal. Drehschiff. 10 Uhr: Mampes Glitterwochen. Morgen nachmittag 3 Uhr: Elite-Vorstellung: Wilhelm Tell. Halbe Rasenpreise. Abends 8 Uhr: Das grohrartige März-Programm. Am 12. März cr. bleibt das Theater wegen Privatfeiern geschlossen.

Reichshallen Stettiner Sänger Die Berliner bei den Hereros. Burleske von Knyfel. Anfang 8 1/2 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

Accumulatoren- und Elektrizitäts-Werke-Aktiengesellschaft vormals W. A. Voce u. Co. 7. ordentliche Generalversammlung. Die beschreiben und hiermit, unter Aktionäre zu der Freitag, den 8. April cr., vormittags 11 Uhr, im Sitzungssaal der Gesellschaft hier, Köpenickerstr. 154, stattfindenden 7. ordentlichen Generalversammlung einzuladen. Gegenstände der Tagesordnung: 1. Vorlage des Geschäftsberichts des Vorstandes nebst Gewinn- und Verlust-Rechnung und Bilanz pro 1903, sowie des Prüfungsberichts des Aufsichtsrats; 2. Beschlussfassung über die Bilanz und Gewinn- und Verlust-Rechnung; 3. Mitteilung der Entlastung an Aufsichtsrat und Vorstand. Die Aktionäre, welche in der Generalversammlung das Stimmrecht ausüben wollen, haben ihre Aktien ohne Dividendenbogen spätestens am feststen Tage vor dem Versammlungstage in Berlin bei der Kasse der Gesellschaft oder bei einer der nachbenannten Stellen: in Berlin bei der Deutschen Genossenschaftsbank, Zoergel, Parfiss u. Co. N. G., in Berlin bei den Herren F. W. Krause u. Co. Bankgeschäft, in Frankfurt a. M. bei der Deutschen Genossenschaftsbank, Zoergel, Parfiss u. Co. N. G., in Frankfurt a. M. bei der Pfälzischen Bank, in Frankfurt a. M. bei der Bank für industrielle Unternehmungen, in Frankfurt a. M. bei dem Bankhaus Voh n. Herz, in Stuttgart bei dem Bankhaus Wm. Schlutow zu hinterlegen. Es genügt auch die Hinterlegung bei einem deutschen Notar und der Nachweis dieser Hinterlegung bei einer der Hinterlegungsstellen innerhalb der angegebenen Frist. Die Zulassung zur Generalversammlung erfolgt nur gegen Eintrittskarten, welche von obigen Stellen aus Grund der bei diesen oder beim Notar erfolgten Hinterlegung erteilt werden. Berlin, 2. März 1904. Direktion der Accumulatoren- und Elektrizitäts-Werke-Aktiengesellschaft vorm. W. A. Voce u. Co. E. Dargatz, A. Kunze.

Cirkus Busch. 6 1/2 Uhr: Gr. Extra-Gala-Parade-Vorstellung. Morgen Sonntag nachm. 4 Uhr: Berliner Winterfreuden. Abends 7 1/2 Uhr: Aus den Alpen. In beiden Vorstellungen: Riesen-Bären-Gruppe des Mr. Roberto.

Bernhard Rose-Theater Gesundbrunnen, Badstraße 58. Heute: Keine Vorstellung. Morgen Sonntag, den 6. März 1904, nachmittags 3 Uhr: Minna von Barnhelm. Abends 7 Uhr: Lenore oder: Die Grabesbraut. Nach der Vorstellung: Grosser Ball.

WINTERGARTEN Yvette Guilbert. Paulon u. Doley Komische Radfahrer. Karnevals-Geister-Tanz-Divertissement. Imro Fox Zauberkünstler. Leo Billward Komischer Jongleur.

Madeleine Nocé Sängerin. Prosper-Trupps Akrobaten. Costantino Bernardi Verwandlungsschauspieler. Lony Elastisch-ogulibr. Akt. Tho Seldoms Plast. Darstellungen. Biograph.

Orts-Krankenkasse für den Gemeinde-Bezirk Lichtenberg. Montag, den 14. März cr., abends 8 Uhr: ausserordentl. Generalversammlung im Schwarzen Adler (Höflich), Frankfurter Chaussee 120.

Wahlversammlung zu oben angegebener Zeit und Ort hiermit ergebenst ein. Die Wahlen finden unter Punkt 1 der Tagesordnung obiger Generalversammlung in getrennten Wahlgängen statt. Die Delegierten der Herren Arbeitsgeber wählen aus ihrer Mitte (sfr. § 40 der Satzungen) 4 Vorstandsmitglieder. Die Delegierten der Herren Arbeitnehmer wählen aus ihrer Mitte (sfr. § 40 der Satzungen) 8 Vorstandsmitglieder. Die Wahlen erfolgen für die Dauer von 2 Jahren (sfr. § 41 der Satzungen). Der Wahlzeitabschnitt der diesmal Gewählten endet mit dem 31. Dezember 1905 (sfr. § 71 Absatz B der Satzungen). Die gewählten Herren Delegierten erlauben mir um recht zahlreichen und pünktlichen Erscheinen. 271/12 Der Kassenvorstand: P. Levyn, Vorsitzender.

Sechster Wahlkreis! Schönhauser Vorstadt. Sonntag, den 6. März, abends 6 Uhr, im Sägerhaus, Schönhauser Allee 103: 219/6 Volks-Versammlung für Männer und Frauen. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Waldeck Manasse über: Der Kampf ums Dasein. 2. Diskussion. Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein. Zu zahlreichem Besuch ladet ein Der Vertrauensmann.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 3353. Sonntag, den 6. März, vormittags 10 Uhr, in den Germania-Sälen Chausseestraße 103: Allgemeine Versammlung der Eisen-, Metall- u. Revolverdreher. Tages-Ordnung: 1. Unire Lage in der Gegenwart und Zukunft. Referent: Kollege P. Pawlowitsch. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Branchenvertreter und einer Agitationskommission. 4. Verschiedenes. Sonntag, 6. März, vormittags 10 Uhr, im Gesellschaftshaus Wedding, Müllerstraße 7: Versammlung der Hobler, Bohrer, Stofer u. Fraiser. Tages-Ordnung: 1. Der Erfolg unserer Branchenagitation. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Verhandlungsangelegenheiten. Zahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Verband der Möbelpolierer. Montag, den 7. März, abends 8 1/2 Uhr, in Rixdorf, Steinmeyerstr. 103: Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen H. H. Baege über: Die Entstehung und Abkämpfung des Menschen*. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Aufnahme neuer Mitglieder. 145/15 Heute abend in L. Kellers Festsälen, Kopenstr. 29: Masken-Ball. Eröffnung 8 Uhr. Anfang 9 Uhr. Billets a 50 Pf. sind bei den Zahlstellenkassieren zu haben. Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht Der Vorstand.

Central-Verband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands (Ortsverwaltung Berlin und Umgebung). Sonntag, den 6. März, nachm. 5 Uhr, bei Voigt, Ritterstr. 75: Versammlung. Tagesordnung: Vortrag des Herrn Conrads: Die Lungenkrankheit, ihre Ursachen, ihr Befehl, ihre Verhütung und naturgemäße Behandlung. Schlussberatung der Anträge Halle. Verschiedenes. Tragetasten. 139/6 Die Ortsverwaltung.

Verband der Steinseher, Pflasterer und Berufsgenossen Deutschlands. Ziskalen Berlin I und II, Charlottenburg, Rixdorf und Schönberg. Sonntag, den 6. März, vormittags 9 1/2 Uhr, bei F. Wilke, Brunnenstr. 188: Kombinierte Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Bericht vom Verbandstag. 2. Diskussion. 3. Wahlen. 4. Die lokale Arbeitlosen-Unterstützung. 5. Verschiedenes. In Anbetracht der umfangreichen und wichtigen Tagesordnung ist pünktliches und vollständiges Erscheinen notwendig. 174/1 Der Centralvorstand. J. A.: A. Knoll.

Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft. Verwaltungsstelle Berlin. Bureau und Arbeitsnachweis Köpenickerstraße 57. Geöffnet von 9 1/2-2 und 4-8 Uhr. Telefon III, 1296. Sonntag, den 6. März, nachmittags 5 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c, oberer Saal: Monats-Versammlung mit Frauen. Tages-Ordnung: 1. Vortrag (Babel und Elbel); die Entstehung des alten Testaments. Referent: Schriftsteller W. G. Baege. 2. Gewerkschaftliches. Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein mit Tanz. Gäste willkommen. Zahlreiches Erscheinen erwartet. 280/2 Die Ortsverwaltung.

W. Noacks Theater. Direktion: Robert Dill. Brunnenstrasse 16. Heute wegen Privatfeiern geschlossen. Sonntag: Von Stufe zu Stufe. Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf. Ball. Königstadt-Kasino Holzarbeiterstr. 72, Ecke Alexanderstraße. Täglich: Franz Sobanski. Die März-Specialitäten. Zum Schluss das Lebensbild Nach Südwest-Afrika. Nach der Vorstellung: Mittwoch, Sonnabend u. Sonntag: Tanz. Donnerstag, den 10. März: Benefiz für F. Sobanski. Apotheke z. goldenen Adler Alexannderstr. 41. Hämorrhoidallikör a Flasche 1 Mark, 7 Flaschen 6 Mark.

Enorm billig 4/1000* Seidenanzüge, Halbes nach Maß 10 M. Beste Stoffe, garantiert vornehmster Eig. Täglich Bekant leichtfertig wie vorjährig zurückgeschickt. Anzüge Paletots aus feinsten Materialien 18-38 M. Gehrockanzüge 21-42 M. Hosen 8-12 M. Sonnt. 8-10 u. 12-2 geöffn. Deutsches Versandhaus, Jägerstr. 63, 1 Troppa. Auf Hausnummer achten!

Unbedingt
sollen, wie beschlossen wurde

60 Rosenthalerstr. 60
erste Etage
„Avanti“

Rur
solange
Vorräte
reichen!

Niemals
wieder-
kehrende
Belegen-
heit!

die enormen Waren-Vorräte der aus der

Konkursmasse

Goldschmidt & Co. C. Heine stammenden und
andern Waren sobald wie möglich anverkauft werden.

Eine Partie Leberzieher

anstatt 10 1/2 15 17 25 34 42 51 M.
jetzt **6 10 11 1/2 18 23 28 33 M.**

Eine Partie Anzüge

anstatt 10 15 25 28 33 40 47 M.
jetzt **6 7/4 8 1/2 14 16 21 28 31 M.**

Eine Partie Herren- und Knaben-Anzüge

anstatt 3 1/2 4 7 9 12 15 18 24 M.
jetzt **1.65 2 1/4 3 1/4 5 7 1/4 10 11 1/2 15 M.**

Eine Partie Herren- und Knaben-Hosen

anstatt 1 1/2 2 1/4 4 1/2 6 8 11 13 15 18 M.
jetzt **50 Pf. 1 1/4 3 3 1/2 4 1/2 6 1/2 8 9 11 M.**

Knaben-Garderoben vom einfachsten bis zum elegantesten
in allen Größen für einen **Spott-Preis**,
wie eine Neuen-Auswahl in

Konfirmanden-Anzüge,

so daß der Armen Vermögen sein Kind für wenig Geld schön
gesteigert zur Konfirmation schicken kann. Kleiderhändler
finden bei diesen Preisen keine Berücksichtigung mehr.
Wenn auch schon so manche Kaufgelegenheit dem Publikum
geboten wurde, so stellt dieser Warenverkauf alles bisher Dar-
gebotene in den Schatten, indem es sich hier einzig darum handelt,
ohne Rücksicht auf sonstige Preise
zu Warenvorräte umgehend abzugeben. Jede Grösse u. Weite
ist in **Riesen-Auswahl** am Lager. Verkauf nur gegen Bar.

60 Rosenthalerstr. 60
erste Etage. — „Avanti“ 145/6

J. Georg Simon
Reinickendorfer Str. 8.

Grösstes Bekleidungshaus des Nordens von Berlin.

Ecke Ravenestr., Am Bahnhof Wedding.

Platzlos bemüht, meiner Kundschaft, wie dem p. Publikum stets die größten
Vorteile bieten zu können, so daß der auch noch so entlegene und weit Wohnende mein
Etablissement aufsucht — heute gibt's in Berlin keine Entfernungen mehr, für 10 Bfg.
fährt man bis vor mein Haus — ist es mir zu dieser Saison gelungen, enorme
Waren-Lager bedeutend unter Preis anzukaufen. Den Nutzen dieses

Gelegenheits-Einkaufs

lasse ich dem werten Publikum zugute kommen.

Herren-Paletots in allen Farben und
Längen 7.25, 8.50, 10, 11, 11.50, 13 M.
Herren-Paletots, vorzügl. Qualität, mit
u. ohne Raht 14.50, 16, 17.50, 19, 22 M.
Herren-Paletots, extraf. Ertrag für Maß
24, 26, 28, 34, 38, 42, 45 M.

Herren-Anzüge in solid. Stoffen u. allen
Farben 7.75, 9, 10.50, 12, 15 M.
Herren-Anzüge, bessere Qual., m. geraden
u. schräg. Tauchen 17, 19.50, 23.50, 25, 27 M.
Herren-Anzüge, extrafein, Ertrag f. Maß
29, 32, 35, 40, 42, 45 M.

Konfirmanden-Anzüge in Rommarn, Tuchen und Cheviot
M. 6 1/4, 7 1/2, 8 1/4, 10, 12, 14, 16 und höher.

Herren-Joppen in Loden 3.25, 4.50,
5.50, 6.75, 8 M.
Herren-Hosen in allen Farben 1.50, 2,
2.75, 3, 3.50, 4 M.
Herren-Hosen, extrafein, Ertrag für Maß
5.50, 6.75, 7.50, 9, 11, 15 M.

Jünglings-Anzüge und Paletots in
riesenreicher Auswahl 5, 6.50, 7.25, 8.75,
9.50, 10.25, 11.50, 13.50, 15, 19, 21, 24 M.
Knaben-Anzüge, Bjarkts u. Paletots
in noch nie dagewesener Ausw. 2.25, 2.75,
3.50, 4.75, 5.75, 6.75, 7.50, 8.75, 10, 12, 14 M.

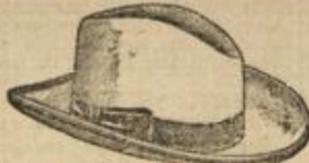
Schwarze Gesellschafts-Anzüge, Frack, Kellner-Anzüge u. Jacken u. einz. Westen
zu **stänlich billigen Preisen.**

Arbeiter- u. Berufs-Kleidung für jedes Gewerbe, Wäsche, Krawatten, Unterzeuge
in riesiger Auswahl zu **Fabrikpreisen.**

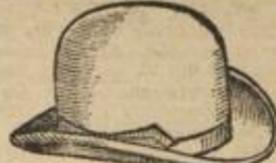
Alle Größen und Weiten sind am Lager.

Bei mir findet der einfache Mann wie der vermögendste Cavalier nach seinem
Geldmad fertig wie nach Maß für wenig Geld. Meine Konstruktion ist prima
Qualität und hat tadellosen, eleganten Sitz, wie erstklassige Verarbeitung, die nur mit
Nagarbeit zu vergleichen ist. Mein Etablissement — eine Seitenwirdigkeit des Nord-
dens Berlins — hat ein solches Renomme trotz der Kürze seines Bestehens für gut
und billig, so daß es keiner weiteren Reklame bedarf.

Reinickendorfer Str. 8,
Ecke Ravenestr.



Dieser weiße Herrenhut kostet
mit Satinfutter 1.75 Mark.
mit Atlasfutter 2.—
kleinere Form 1.50



Dieser schwarze steife Hut
mit Futter kostet 2 Mark.



Grösste Auswahl in Herren-, Knaben- und Mädchen-Hüten

Oscar Arnold
Grösstes Special-Geschäft
Engros für Filzhüte, Strohüte u. Mützen Export
nur **Dresdenerstr. 116** (Kein Laden)

Einzelverkauf zu erstaunend billigen Preisen
und aussergewöhnlich reichhaltige Auswahl in allen Preislagen.

Dr. Schünemann Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41, Specialarzt für Haut-, Haar- und Specialarzt für [76/16*]
Frauenleiden, Seydelstr. 9. Haut- und Harnleiden. [76/16*]
12-1/3, 1/6-1/8, Sonnt. 9-11 10-2, 5-7, Sonntags 10-12 2-4



Abt. I. Strickmaschinen.
Dauerhafte Konstruktion
Katalog u. Offerten gratis u. franco

Vertreter: **Albert Homburger**
Berlin, Spandauer Brücke 2.

**Jeder Arbeiter,
Jeder Handwerker
sollte zur Arbeit**

die **Lederhose Herkules** tragen.
Allein-Verkauf. Sehr starkes Leder in
professischen grauen u. braunen Streifen,
auch einfarbig. Am Bund aus einem
Stück gearbeitet. Sehr feste Kapp-
nähte. Haltbarste Filz- u. Fellein-
Große Hüllen umfassen. Die Hose

Bei Entnahme von 4 M. 50
8 Stück 25 M.

Edelblaues Monteur-Jackett 1 M. 90
Edelblaues Monteur-Hose 1 M. 50
Edelblaues Monteur-Jackett
Prima Köper-Gewebe . . . 2 M. 50
Edelblaues Monteur-Hose
Prima Köper-Gewebe . . . 2 M. 10
Manchester-Hose 8,75, 5,50, 4,50, 3 M. 50
Gefütterter Manchester-Jackett 14,50, 8,75
Weiße Herren-Jacketts 3,50, 2 M. 75
Stadthüter-Jacken, Preisig . . . 4 M. 50
Ruler-Kittel . . . 3.—, 2,50, 2 M. —
Reichhalter-Kittel (braun) 3.—, 2 M. 40
Weiße Leder-Jacketts, Preisig
7,50, 3 M. 75
Weiße Lederhosen . . . 4,50, 2 M. 50
Wohnhosen, fest u. schön, 3.—, 1 M. 75
Die Preise gelten für normale Größen

Baer Sohn

En gros. Export. En detail.
Chausseur, 24a/25, Brückenstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.
Die 22. Preisliste 1904 wird kosten-
los und portofrei zugestellt.
Bei Bestellung von Hosen ist die
Bundweite und die Schrittlänge, bei
Jacketts und Kitteln die Brustweite
anzugeben. 59112*
— Versand von 20 M. an franco. —

Nachdruck verboten!

**Grosse
Geld-Lotterie.**
Ziehung:
9. u. 10. März

Zur Erhaltung des
Schlosses Burg a. d. Wupper.

6034 Geldgewinne bar
ohne jeden Abzug zahlbar von Mk.

200000
Hauptgewinn: Mark
60000
30000
20000
etc. etc. etc.

Originallose à 3 Mark.
Für Porto und Liste 30 Pf. extra.
Oscar Bräuer & Co. Nachf.
G. m. b. H., Bank-Gesellschaft
Berlin W., Friedrichstr. 181.
Filialen:
NW. Wilsnackerstr. 63.
O. Andreasstr. 46a.
SO. Oranienstr. 177.

Unter sehr günstigen Bedingungen
verkaufe in Laub- und Tannen-
wald reicher Kolonie, bequem
erreichbar, Vorortverkehr, (Ange-
legenheit) mein reizendes 77/14*
Landhaus
mit kl. Anz. Off. unter G. C. 344 an
Rudolf Mosse, Berlin, Leipzigerstr. 103.

**Fehlt
Ihnen etwas?**

für die neue Wohnung,

so gehen Sie rechtzeitig in unser Special-Haus. Dortselbst finden
Sie eine überraschend grosse Auswahl von Neuheiten in:

Teppichen von M. 4.50 bis 12.—, 20.—, 30.—,
45.—, 60.— usw.

Gardinen von M. 2.10 bis 3.50, 5.—, 7.50, 9.—,
12.— usw.

Portieren besteht: 2 Chales und 1 Lambrequin
Wolle M. 5.50, Tuch M. 6.75, Plüsch
M. 9.75,
sowie Tisch-, Diwan- und Stoppdecken, Läufer- und Möbelstoffe etc.

Zum diesmaligen Umzuge sind grosse **Partie-Posten**
zu wirklichen **Ausnahme-Preisen** zum Verkauf gestellt,
worauf wir besonders aufmerksam machen. 4413L

**Teppichhaus
B. Adler & Co.**
Königstr. 20-21, an der Judenstrasse.
im altbekannten Lokal beim Rathaus.

Geschäfts-Eröffnung.

Mit dem heutigen Tage habe ich das Restaurations-Restaurant von **Paul
Karbe**, Adalberstr. 86, käuflich übernommen. Ich lade hiermit alle
Freunde und Genossen zu dem am 6. März er. stattfindenden ersten

Wurst-Essen
ganz ergebend ein und zeichne
hochachtend **Alex Kieburg** (früher Urbanstr. 68.) 42872

Leihhaus Friedrich-Strasse 131D

1. Etage Ecke Karlstrasse, zwischen Oranienburger Thor und Bahnhof Friedrichstrasse **Kein Laden**
verkauft täglich hochelegante, streng moderne Frühjahrs-Paletots, Anzüge, Gesellschafts-Anzüge, Hosen in den vorzüglichsten Qualitäten. Kolossale Auswahl.
Sämtliche Grössen auch für die stärksten Herren am Lager.

Der Preis ist auffallend billig, aber streng fest und mit grossen Zahlen an jedem Stück vermerkt.

Frühjahrs-Paletots Mark **7.50**
10.—, 12.—, 15.—, 18.—, 20.—, 25.—, 30.— Prima

Herren-Stoffhosen Mark **2.—**
3.—, 4.—, 5.—, 6.—, 7.—, 10.— Prima

Herren-Stoffanzüge Mark **8.50**
10.—, 12.—, 15.—, 18.—, 20.—, 25.—, 30.— Prima

Kellner-Anzüge Mark **11.—**
Kellner-Jacketts für 7 Mark.

Goldsachen, goldene und silberne Uhren, Brillanten, Cigarren 100 Stück für 2, 3, 4-12 Mark, Cigaretten billigst.

Beleihung und Ankauf von Herren-Garderoben, Brillanten, Pfandscheinen.

Pol. konz. Leihhaus.

Werktäglich von morgens 8 bis abends 9 Uhr geöffnet. Sonntags von 8-10 und 12-2 Uhr.

Am Sonnabend ist in den Betrieben, die zur Vereinigung der Metallwarenfabrikanten gehören, ein Auszug aus den Sonderbestimmungen dieser Vereinigung verteilt worden.

Die Kühnemänner glauben, für 2,50 Mark sind die Berliner Metallarbeiter zu kaufen. Kollegen! Gebt den Herren die einzig richtige Antwort: Niemand darf unterschreiben.

Nähere Anweisung über unser Verhalten werden die Kollegen in den nächsten Tagen bekommen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Kraft-Rothwein für Blutmarme u. Kranke. Feurig-Süßer. Santa Lucia. Preis 1,50 u. 2,00.

Schloss Burg-Geld-Lotterie. Ziehung schon am 9. und 10. März cr. 6634 Geld-Gewinne im Betrage von 200 000 Mark bar.

Moabiter Schützenhaus. Plötzensee. Inhaber: A. Freyer. Hierdurch zur güt. Kenntnisnahme, daß mein Lokal ab heute der organisierten Arbeiterschaft zu Verfügung steht.

HALT! Wollen Sie Ihren Husten, Ihre Erkältung oder das Kitzeln im Hals los sein? Wollen Sie eine klare Stimme haben und von Ihrer Verschleimung befreit sein? - gebrauchen Sie bitte Pascoe's Brust-Pastillen.

Kranz- u. Blumenbinderei von H. Eckert, 98. Kottbuser Damm 98.

Schmöckwitz, Restaurant Seddin-See. Herrlich am Wald und Wasser gelegen, 2 große Säle für Vereine und Gesellschaften bestens empfohlen.

Schmöckwitz Gasthaus zur Palme am Seddinsee. Hermann Peter. Telefon: Grünau No. 29.

Einsegnungs-Anzüge von 12-27 Mk. Anzüge nach Mass von 25 Mk. an. M. Schulmeister, Dresdenerstr. 4 am Kottbuser Thor. Schneidermeister.

Kleine Anzeigen. Jedes Wort 5 Pfennig. Das erste fettgedruckt. Wert 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe. Gardinenhand Große Frankfurterstraße 9, partiere. Vorhänge Herrenanzüge, Winterpaletots, Bemfelder, aus feinsten Stoffen.

Wingelmann, Bobbin, Schneidnähmaschine, ohne Ausschlag, Höhe 1,00, gebrauchte 12,00. Fahrrad, Teilzahlungen, 135 Mark.

Wetter, prachtvolles, 18,00, bessere Sportbillig. Wägel, Drehdreherstraße 88. Tafelkabiner (potthilbig) Wägenstraße 7, Hof partiere.

Achtung!! Sonnabend und Sonntag leidet der Bod-Anstich, wozu ergebenst einladet D. Reichpleisch, Jolingsstraße 29. Waschanstalt Wilhelm Krehl.

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Teilnehmer für möblierte Schlafkammer sucht Witwe Jacoby, Kolbergerstraße 26.

Vorarbeiter. Bei hohem Salair und dauernder Stellung. Tüchtige Schirmeister für Hammerwerke in Pantofa.